

missio

missio

Internationales Katholisches Missionswerk e.V.
Fachstelle Menschenrechte
Dr. Otmar Oehring (Hrsg.)
Postfach 10 12 48
D-52012 Aachen
Tel.: 02 41-75 07-00
Fax: 02 41-75 07-61-253
E-Mail: menschenrechte@missio-aachen.de
© missio 2002

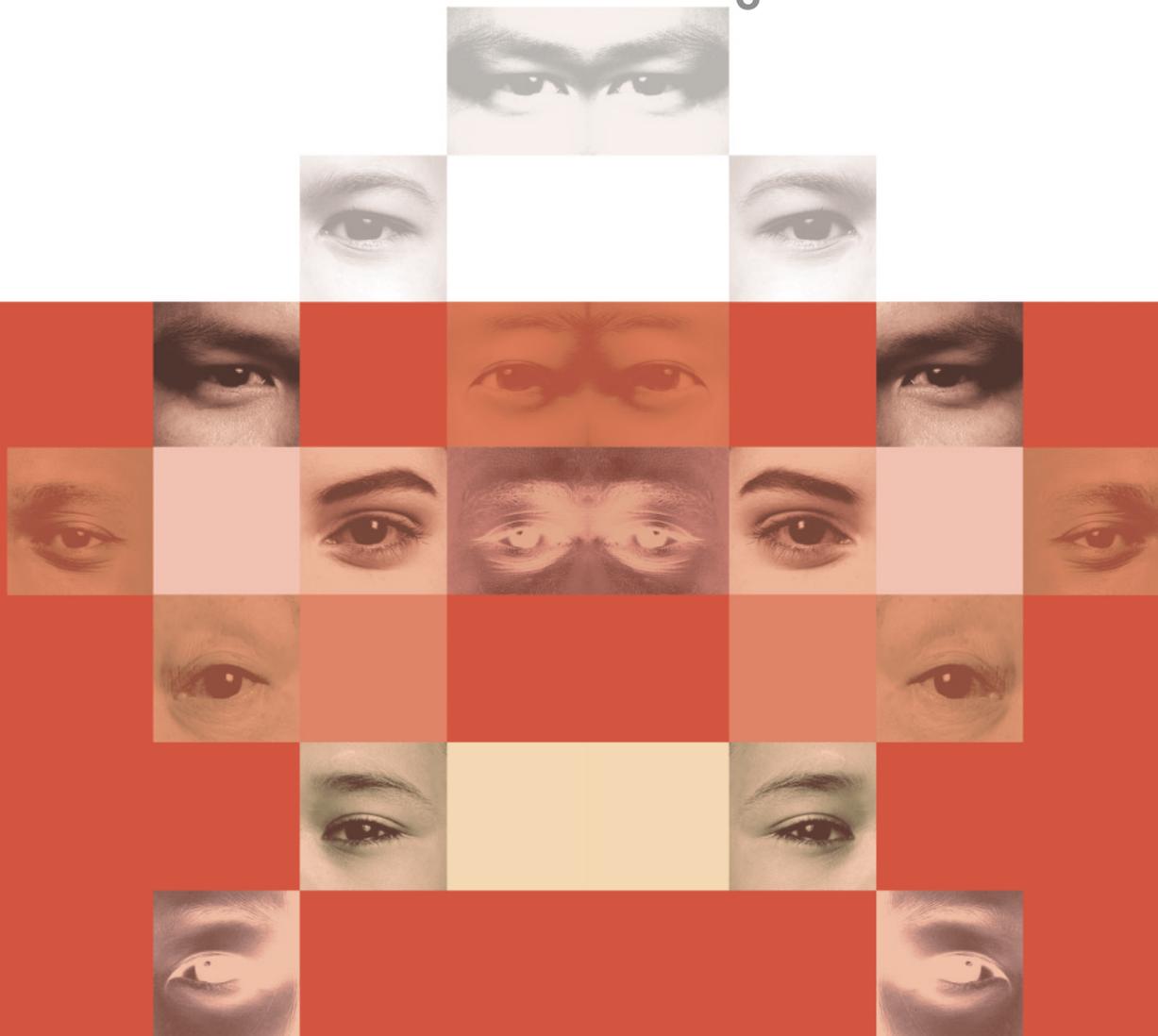
ISSN 1618-6222
missio-Bestell-Nr. 600 206

6

Human Rights
Droits de l'Homme
Menschenrechte

Verfolgte Christen? Analysen aus Asien und Afrika

Dokumentation einer
internationalen Fachtagung
14. bis 15. September 2001, Berlin



Das Anliegen der „Fachstelle Menschenrechte“ von **missio** ist es, die Kenntnis über die Menschenrechtssituation in den Ländern Afrikas, Asiens und Ozeaniens zu fördern. Um diesem Ziel näher zu kommen engagieren wir uns in der menschenrechtlichen Netzwerkarbeit und fördern den Austausch der kirchlichen Partner missios in Afrika, Asien und Ozeanien mit kirchlichen und politischen Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik Deutschland. In der Reihe „Menschenrechte“ werden Länderstudien, thematische Studien sowie die Ergebnisse von Fachtagungen publiziert.

Immer wieder ist von „Verfolgung von Christen“, gelegentlich sogar von „Christenverfolgung“ die Rede. Dass Christen in vielen Ländern, besonders in jenen, wo sie eine Minderheit sind, Diskriminierungen und Schikanen ausgesetzt sind, mitunter auch Verfolgung erleiden, ist unbestritten. Dabei bleibt zunächst die Frage unbeantwortet, ob all das, was heute in bestimmten Medien, von gewissen Menschenrechtsorganisationen und immer wieder auch von Politikern als Verfolgung beschrieben wird, tatsächlich als Verfolgung zu qualifizieren ist. Um einer Antwort auf diese Frage näherkommen zu können, hat die Fachstelle Menschenrechte von **missio** – Internationales Katholisches Missionswerk e.V. in Kooperation mit der Katholischen Akademie am 14. und 15. September 2001 in Berlin eine Fachtagung zum Thema „**Verfolgte Christen? Analysen aus Asien und Afrika**“ durchgeführt. Dabei wurde die Situation der Christen in den ausgewählten Ländern beschrieben und der Frage nachgegangen ob und gegebenenfalls aus welchen Gründen Christen in diesen Ländern diskriminiert, schikaniert oder sogar verfolgt werden. Um einen Vergleichsmaßstab im Hinblick auf die Situation der Christen in den ausgewählten Ländern zu haben – und nur aus diesem Grund – haben wir uns bei dieser Tagung auf die Darstellung der Lebensumstände von Christen in Ländern mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit beschränkt.

Wir freuen uns, mit dieser Publikation die Dokumentation der Tagung „**Verfolgte Christen? Analysen aus Asien und Afrika**“ in deutscher Sprache vorlegen zu können. Diese Dokumentation erscheint auch in englischer und französischer Sprache.

Fachstelle Menschenrechte

Erschienene/Geplante Publikationen

- 1/2001 Zur Lage der Menschenrechte in der VR China – Religionsfreiheit**
deutsch (Oktober 2001) – Bestellnummer 600 201
englisch (Juni 2002) – Bestellnummer 600 211
französisch (in Vorbereitung) – Bestellnummer 600 221
- 2/2001 Human Rights in the DR Congo: 1999 until the present day. The predicament of the Churches**
deutsch (August 2002) – Bestellnummer 600 202
englisch (Oktober 2001) – Bestellnummer 600 212
französisch (Juli 2002) – Bestellnummer 600 222
- 3/2001 Zur Lage der Menschenrechte in Indonesien Religionsfreiheit und Gewalt**
deutsch (November 2001) – Bestellnummer 600 203
englisch (in Vorbereitung) – Bestellnummer 600 213
französisch (in Vorbereitung) – Bestellnummer 600 223
- 4/2001 Osttimor – der schwierige Weg zur Staatswerdung**
deutsch (November 2001) – Bestellnummer 600 204
englisch (in Vorbereitung) – Bestellnummer 600 214
französisch (in Vorbereitung) – Bestellnummer 600 224
- 5/2001 Zur Lage der Menschenrechte in der Türkei – Laizismus = Religionsfreiheit?**
deutsch (Dezember 2001) – Bestellnummer 600 205
englisch (in Vorbereitung) – Bestellnummer 600 215
französisch (Juli 2002) – Bestellnummer 600 225
- 6/2002 Verfolgte Christen? Dokumentation einer internationalen Fachtagung Berlin, 14./15. September 2001**
deutsch (Juli 2002) – Bestellnummer 600 206
englisch (Juli 2002) – Bestellnummer 600 216
französisch (Juli 2002) – Bestellnummer 600 226
- 7/2002 Genitale Verstümmelung von Mädchen und Frauen Auswertung einer Befragung von Mitarbeiter/innen katholischer kirchlicher Einrichtungen aus 19 afrikanischen Staaten**
deutsch (in Vorbereitung) – Bestellnummer 600 207
englisch (in Vorbereitung) – Bestellnummer 600 217
französisch (in Vorbereitung) – Bestellnummer 600 227
- 8/2002 Genitale Verstümmelung von Mädchen und Frauen Situationsbericht aus dem Sudan**
deutsch/englisch/französisch (April 2002) – Bestellnummer 600 208

Inhalt

- | | |
|--|---|
| 2 Hermann Schalück
Verfolgte Christen?
Einleitung | 52 Antoine Audo
Verfolgte Christen?
Fallstudie Syrien |
| 6 Johannes Müller
Religionsfreiheit – Zwischen
Anspruch und Wirklichkeit
Überlegungen zum schwierigen
Verhältnis von Christen und
Muslimen | 56 Guy-Paul Noujaim
Verfolgte Christen?
Fallstudie Libanon |
| Heiner Geissler
Statement ¹ | 65 Louis Sako
Verfolgte Christen?
Fallbeispiel Irak |
| 19 Theodor Kampschulte
Verfolgte Christen?
Fallbeispiel Indonesien | 70 Cornelis Hulsman
Verfolgte Christen?
Fallbeispiel Ägypten |
| 26 Edmund Chia
Verfolgte Christen?
Fallstudie Malaysia | 87 Josef Stamer
Verfolgte Christen?
Fallbeispiel Westafrika? |
| 36 Norris Nawab
Verfolgte Christen?
Fallstudie Pakistan | 93 George Ehusani
Verfolgte Christen?
Fallbeispiel Nigeria |
| | 102 Referenten |

¹ Leider nicht schriftlich dokumentiert.

Verfolgte Christen? Einleitung

Hermann Schalück

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Akademietagung,

herzlich begrüße ich Sie alle hier in Berlin. Unsere Tagung wird vielleicht heute, drei Tage nach den Anschlägen in New York und Washington, nicht so ablaufen, wie wir uns das vorgestellt haben. Die Bilder, die uns in den letzten Tagen begegnet sind, verfolgen uns bis in diesen Saal. Wir wurden Zeugen unvorstellbarer Gewalt und Menschenverachtung. Ratlos und mit großer Trauer versuchen wir, das Udenkbare zu begreifen.

Unser Jahresthema „Frieden lernen“ hat für uns eine neue, ungeahnte Dimension erhalten. Wie können wir in einer solchen Situation von „Frieden lernen“ sprechen? Wird nicht jedes wohlgemeinte Engagement für einen „Gerechten Frieden“ von der brutalen Realität überholt?

Wir haben uns auch die Frage gestellt, ob wir diese Tagung überhaupt noch durchführen sollen. Das Thema „Verfolgte Christen?“, das uns beschäftigt, könnte, auch wenn es mit einem Fragezeichen versehen wird, doch nahe legen, dass wir uns als Missionswerk der Problematik von religiösen Minderheiten mit der Intention einer „Vereinnahmung“ nähern wollen. Weiter könnte ein Missverständnis dadurch entstehen, dass wir uns mit Regionen beschäftigen, die mehrheitlich vom Islam geprägt sind. Das könnte den Verdacht nähren, dass hier ein Negativbild dieser Religion verstärkt wird.

Wir waren uns dieser möglichen Missverständnisse bewusst, sind aber überzeugt, dass wir sie nicht nur vermeiden, sondern dass wir mit dieser Tagung einige positive Gesprächsbeiträge zum immer notwendiger werdenden Themenfeld „Dialog der Kulturen und Religionen“ leisten werden. Wir wissen uns dabei dem positiven Ansatz des Zweiten Vatikanischen Konzils verpflichtet, das in einer auch durchaus kritischen Schau auf die eigene christliche Tradition und in einer positiven Würdigung anderer großer Traditionen unverrückbare Ansatzpunkte für ein neues Miteinander und für einen konstruktiven Dialog geschaffen hat. Das Wirken des Geistes Gottes wird auch in nichtchristlichen Kulturen und Religionen gesehen und ist die theologische Basis des interreligiösen Dialogs. Dessen Ziel ist es, den Glaubensschatz der anderen zu ergründen und voneinander zu lernen. Es geht nicht länger um Verurteilung, Abgrenzung oder gar Vernichtung. Es geht vielmehr um die Ermöglichung eines konstruktiven Miteinanders, wie es milli-

onenfach an verschiedenen Orten der Einen Welt schon stattfindet, um Kommunikation in der theologischen und mystischen Tiefenschicht der religiösen Traditionen, und schließlich geht es auch um das Bemühen, in gemeinsamer Solidarität Verantwortung zu übernehmen für die Verständigung unter den Völkern, den Frieden in der Einen Welt und die Zukunft der ganzen Schöpfung. Auch unser Werk „missio“ bringt sich mit seinem Leitbild in dieses globale Bemühen ein: Wir verstehen uns als Förderer einer missionarischen Weltkirche, d.h. als

- Partner der Kirchen Afrikas, Asiens und Ozeaniens,
- Fachstelle für internationale kirchliche Zusammenarbeit,
- Vermittler finanzieller Hilfen der deutschen Katholiken für den Süden.

Unsere Fachtagung „Verfolgte Christen?“ ist demnach als Ausdruck unseres Bemühens im Dialog zu verstehen. Und es wird uns nicht darum gehen anzuklagen, sondern wir wollen Situationen analysieren und Zusammenhänge besser verstehen. Insbesondere geht es uns bei der Auswahl der Länder und Regionen, die hier zur Sprache kommen werden, nicht um Vorverurteilungen. Aber Diskriminierungen, Schikanen oder gar Verfolgungen von Minderheiten, die mit Sicherheit hier zur Sprache kommen werden, sind in vielen Ländern trauriger Alltag, nicht nur für Christen. Wir hätten hinsichtlich der Behandlung des Tagungsthemas deshalb im Grunde sehr viele Länder mit einem christlichen Bevölkerungsanteil auswählen können. Wir haben uns jedoch für eine Auswahl von Ländern entschieden, die nach unserer Meinung einige gemeinsame Merkmale haben. Es sind insbesondere afrikanische bzw. asiatische Länder mit islamischer Bevölkerungsmehrheit. Hierzu ist jedoch anzumerken, dass, wie es sich zeigen wird, die Beurteilung dieser Minderheitensituationen durchaus sehr differenziert ausfallen muss und ausfallen wird. Mit anderen Worten: Es kann, wie es auch unser Fragezeichen nahe legt, nicht unbedingt von vornherein explizit „Verfolgung“ von Christen unterstellt werden. Die Gegebenheiten, die in diesen Tagen zur Sprache kommen werden, sind äußerst komplex, und es dürfte der Wahrheit, dem Dialog und nicht zuletzt den christlichen Minderheiten in diesen Ländern sehr zugute kommen, wenn notwendige Differenzierungen in der Analyse und in der Bewertung vorgenommen werden. Dazu nur einige erste Anmerkungen:

Im Zusammenhang mit unserem Thema tauchen verschiedene Begriffe auf, die häufig vermengt werden. Im deutschen Sprachraum ist von Diskriminierung, Schikane und Verfolgung die Rede. Im englischen Sprachraum werden die Äquivalente „discrimination“, „harassment“ und „persecution“ gebraucht. Im Französischen schließlich ist von „discrimination“, „harcèlement“ und „persécution“ die Rede.

Unter Diskriminierung versteht man gemeinhin die Benachteiligung durch unterschiedliche Behandlung bzw. die Verächtlichmachung durch bewusst genährte Vorurteile. Unter Schikane versteht man weiter eine unter Ausnutzung staatlicher oder dienstlicher Machtbefugnisse getroffene Maßnahme, durch die jemandem Schwierigkeiten bereitet werden. Zu denken ist dabei vor allem an Quälereien, die im Englischen „harassment“ heißen.

Unter Verfolgung schließlich versteht man meines Erachtens das Bemühen, aus politischen, rassistischen und religiösen Gründen die Freiheit anderer einzuzengen, Vertreibung zu praktizieren, andere sogar auszulöschen.

Wenn wir uns mit diesen begrifflichen Distinktionen sowie mit den damit bezeichneten Gegebenheiten befassen, wird rasch deutlich, dass in der Umgangssprache nicht immer das, was Verfolgung genannt wird, auch wirklich Verfolgung ist. Dass diese Begriffunterscheidung vor dem Hintergrund des subjektiven Empfindens vor allem für die betroffenen Personen häufig weniger wichtig oder sogar bedeutungslos ist, ist ebenfalls in Rechnung zu setzen. Es macht die Behandlung unseres Themas nicht einfacher. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Übergänge von Diskriminierung zu Schikane und schließlich zur Verfolgung häufig sehr fließend sein können. Das, was in einer Region zumindest als Diskriminierung, wenn nicht gar als Schikane angesehen werden muss, kann von Betroffenen anderer Regionen, nicht zuletzt in Ermangelung eines Vergleichsmaßstabes, als Normalzustand oder doch wenigstens als Teil der Spielregeln angesehen werden. In Einzelfällen beschreiben Vertreterinnen und Vertreter aus Ländern vor allem Afrikas und Asiens Situationen, die bei uns gemeinhin als Verfolgung beschrieben werden, noch als Schikane. Nicht selten ist auch Einspruch eingelegt worden gegen einen vorschnellen Gebrauch des Begriffs „Verfolgung“.

Schließlich ist es ein wichtiges Ziel unserer Tagung und eventueller Folgeveranstaltungen, nach den Ursachen für Diskriminierung, Schikane und Verfolgung in bestimmten Ländern und Regionen zu fragen. Sind es religiöse, ethnische, soziale, wirtschaftliche oder politische Gründe, die die Diskriminierung, Schikane oder gar Verfolgung von Minderheiten zur Folge haben? Gibt es für solche Situationen ein ganzes Bündel von Motiven? Wir werden diese Fragen nur sachgemäß beantworten können, wenn wir zunächst auf die Analysen und Zeugnisse der Betroffenen selber hören. Und in dem Maße, in dem wir uns bei der kritischen Analyse, der Unterscheidung und der Einordnung in größere Zusammenhänge stellen, wird es uns vielleicht auch gelingen, ein wenig Frieden in unfriedlicher Zeit zu vermitteln und ein wenig zum Verständnis und zum Dialog gerade in einem Moment beizutragen, in dem in so unkritischer und emotionaler Weise die Religionen und vor allem der Islam als Quelle des Unfriedens

und der Gewalt ausgemacht werden. Ich jedenfalls wünsche dieser Tagung zuversichtlich einen guten Verlauf. Und ich möchte auch eine Vision formulieren, nämlich dass sehr bald, vielleicht auch wieder angeregt durch Papst Johannes Paul II, ein großes Treffen aller großen Weltreligionen stattfinden möge. Vielleicht in New York, vielleicht in Jerusalem, vielleicht wieder in Assisi. Denn eine bessere Zukunft wird es nur dann geben, wenn die Religionen sich in der Tiefe als dialogfähig erfahren, wenn sie diesen Dialog auch im geistlichen Austausch sowie in praktischer Solidarität führen und wenn sie für die weltweite Entwicklungszusammenarbeit wie auch für die notwendige Weltordnungspolitik einige wertorientierte Grundlagen schaffen und Vorgaben machen, die gerade nach dem 11. September 2001 wohl unverzichtbarer sind als je zuvor.

Religionsfreiheit – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit Überlegungen zum schwierigen Verhältnis von Christen und Muslimen¹

Johannes Müller SJ

Aus nicht wenigen Ländern Asiens und Afrikas erreichen uns seit Jahren Nachrichten und Berichte über die Diskriminierung von Christen durch Muslime, über die Zerstörung christlicher Kirchen oder sogar blutige Religionskonflikte, die viele unschuldige Menschen mit ihrem Leben bezahlen. Die terroristischen Anschläge vom 11. September in den Vereinigten Staaten erscheinen aus dieser Perspektive wie eine Globalisierung dieser Probleme oder wie der Beginn des „Kampfes der Kulturen“. Jedenfalls gibt es sowohl islamische wie westliche Kreise, die sich sehr bewusst einer solchen Rhetorik bedienen². So wenig unbestreitbare Fakten verschwiegen werden dürfen³, so sehr muss man sich aber gerade jetzt vor pauschalen Urteilen über den Islam hüten. Ein zentraler Streitpunkt diesbezüglich ist die Haltung des Islam zur Religionsfreiheit. Wie komplex die Situation in diesem Punkt tatsächlich ist, sollen zwei Beispiele verdeutlichen.

An Heiligabend 2000 explodierten in Indonesien an ganz verschiedenen Orten fast zeitgleich Sprengsätze vor und in christlichen Kirchen, die etwa zwanzig Todesopfer forderten. Vermutlich handelte es sich um eine bewusste Provokation politischer Kräfte der Suharto-Ära mit dem Ziel, einige Tage später, an Idul Fitri, dem islamischen Fest am Ende des Fastenmonats Ramadan, Gegenangriff durch Christen auszulösen. Dies wäre ein hinreichender Grund für ein Eingreifen des Militärs gewesen. Dank des besonnenen Einsatzes wichtiger Religionsführer konnte dies jedoch verhindert werden. Zunächst vermutete man hinter diesen Gewalttaten freilich muslimische Extremisten. Derartige Verdächtigungen lassen auch allzu leicht vergessen, dass es Muslime waren, die in vielen Fällen versucht haben, Kirchen zu schützen, und dass an diesem Heiligabend auch ein junger Muslim sein Leben verlor, als er eine Bombe aus einer Kirche wegzutragen versuchte und dabei von dieser zerrissen wurde.

Das zweite Beispiel: Die Pflingstnummer von „weltweit“, der Missionszeitschrift der Jesuiten, enthielt anlässlich eines Besuches von Bundespräsident Johannes Rau in Indonesien einen Bericht mit der Überschrift „Offenheit und Toleranz zeichnet große Kulturen aus“, ein Satz aus einer Rede des Bundespräsidenten. Die Redaktion erhielt daraufhin einige geharnischte Leserbriefe, die den Jesuiten „Chris-

tenverdummung“ vorwarfen und den Besuch zumal einer Koranschule durch Rau verurteilten. Begründet wurde dies u.a. mit dem Hinweis auf die Aufforderung zur Gewalt im Koran und der Feststellung, Allah sei „ein Götze“. Weiter wurden einige Beispiele für Christenverfolgung in islamischen Ländern angeführt, die zum Teil richtig waren, zum Teil aber auch evident falsch.

Man darf solche Beispiele sicher nicht überbewerten, aber sie zeigen, wie fragwürdig und sogar gefährlich einfache Freund-Feind-Kategorien sind. Gerade die Beziehungen zwischen Christentum und Islam sind nach wie vor ein schwieriges Feld, umso mehr, wenn Christentum mit der westlichen und Islam mit der arabischen Kultur gleichgesetzt werden. Dieser Beitrag will darum versuchen, ein möglichst differenziertes und vorurteilsfreies Bild des komplexen Problembereiches der Religionsfreiheit zwischen Intoleranz und Dialog zu zeichnen.

Historische Erblasten

Das Recht auf Religionsfreiheit ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat eine lange Entstehungsgeschichte. Wie alle Menschenrechte ist auch die Religionsfreiheit weniger das Ergebnis einer bestimmten Philosophie oder Theologie als vielmehr eine konkrete Antwort auf eine kollektive Geschichte zahlloser Opfer und unsagbaren Leides. Menschenrechte „negieren historisch erfahrene oder als drohend empfundene Gefährdungen der menschlichen Würde. Grundrechte sind so etwas wie ‚Schwielen‘ der menschlichen Würde.“⁴ Auf diese Weise ist in Europa im Gefolge der grausamen Religionskriege im 16. und 17. Jahrhundert der gemeinsame Wille erwachsen, diesen sinnlosen Gewalttaten, die langfristig niemandem nützen, ein Ende zu setzen. Dies allein schon sollte Grund genug sein, die Geschichte der einzelnen Religionen sowie der Beziehungen zwischen ihnen ernst zu nehmen.

Dies gilt ganz besonders für die Geschichte der Beziehungen zwischen Christentum und Islam. Franco Cardini hat sie in seinem Buch „Europa und der Islam. Geschichte eines Missverständnisses“⁵ eindrucksvoll beschrieben. Es ist eine Geschichte, in der es viele wertvolle Begegnungen gab, ohne die die kulturelle Entwicklung Europas vermutlich ganz anders verlaufen wäre. Europa und die islamische Welt übten auch immer wieder große Anziehungskraft aufeinander aus. Noch mehr aber ist diese Geschichte und vor allem die kollektive Erinnerung an sie geprägt von gegenseitigen Bedrohungen und Eroberungen mit all ihren Gräueltaten auf beiden Seiten. Man braucht nur Stichworte nennen wie: Karl Martell, Kreuzzüge, Reconquista, Belagerung Wiens durch die Türken oder europäischer Kolonialismus (Napoleon in Ägypten als Trauma für die islamische Welt). Diese Ereignisse, besonders die ebenso vielschichtige wie leidvolle Ausbreitung der Religionen und die Religionskriege, stellen eine schwere Erblast dar.

Eng damit verknüpft war stets, wie Cardini zeigt, eine meist einseitige, teils auch falsche und darum gefährliche gegenseitige Wahrnehmung.

Wie stark solche kollektiven Erinnerungen fortwirken, zeigt die Resonanz auf das Buch „Kampf der Kulturen“ von Huntington⁶. Er vertritt die These, dass im 21. Jahrhundert ein Kampf der Zivilisationen, die sich auffallenderweise weithin mit den großen Religionen decken, die Konflikte zwischen Nationalstaaten im 19. und Ideologien im 20. Jahrhundert ablösen werde. Aus seiner Sicht sind es Verwerfungen zwischen den Kulturkreisen, die den Frontverlauf der Zukunft bestimmen und die Weltpolitik beherrschen werden. Im Mittelpunkt steht die Bedrohung durch den Islam, zumal wenn dieser Bündnisse mit anderen antiwestlichen Kulturkreisen eingehen sollte. Dieses Buch, das inzwischen auf Bestsellerlisten wieder weit oben steht, ist gerade im deutschen Sprachraum auf besonders große Resonanz gestoßen.

An dieser Stelle eine kurze Bemerkung zur frühen Geschichte von Christentum und Islam, die auch erhebliche theologische Implikationen hat. Das Christentum lebte zunächst, d.h. in den ersten drei Jahrhunderten, häufig in Verfolgung: man könnte geradezu von einer „Religion der Verlierer“ sprechen. Dies hat sich mit der Konstantinischen Wende später zwar grundlegend geändert, und in der Kolonialzeit mit ihrer unglücklichen Verbindung von Kolonialismus und Mission hat man diese Ursprünge fast völlig vergessen. Dennoch ist die Erinnerung an diesen Anfang immer erhalten geblieben, eine Erinnerung, die darum weiß, dass Macht und Sieg kein Wahrheitskriterium sind, was ja auch in der Kreuzestheologie grundgelegt ist. Ganz im Unterschied dazu hat der Islam in den ersten Jahrhunderten nach dem Tode Muhammads eine beispiellose Erfolgsgeschichte erlebt, nicht nur im Hinblick auf seine Ausbreitung, sondern ebenso in kultureller Hinsicht. Es fällt dem Islam daher bis heute sehr schwer, Machtverlust und Niederlagen nicht als eine grundlegende Bedrohung zu betrachten. Dies ist vermutlich ein wesentlicher, aber häufig übersehener Grund, warum das Christentum zumindest grundsätzlich eher ein Recht auf Religionsfreiheit akzeptieren kann als der Islam, unbeschadet der Tatsache, dass es dazu historisch einen sehr langen und leidvollen Lernprozess durchlaufen musste.

Religionsfreiheit in der Lehre der Religionen

Der historische Rückblick hat bereits gezeigt, dass sich ein Recht der Religionsfreiheit nicht so ohne weiteres aus religiösen Quellen wie Bibel oder Koran ableiten lässt. Zunächst einmal steht dem entgegen, dass jede Religion mit universalem Wahrheitsanspruch Konversionen zu anderen Religionen begrifflicherweise mit größter Skepsis betrachtet. Schon Toleranz gegenüber Ungläubigen oder anderen Gläubigen, die „sich noch nicht bekehrt haben“, ist

nicht ohne weiteres gegeben und erfordert eine gute Begründung. Dies zeigt sich nicht zuletzt im Mangel an Toleranz selbst gegenüber Gleichgläubigen, die in der Lehre oder in der Praxis vom „wahren Glauben“ abweichen.

In den religiösen Quellen selbst findet man keine direkten Aussagen zu diesem Problemkreis, vielmehr kann man im Prinzip für alle Positionen sowohl Belege als auch Gegenbelege finden. Insofern ist die Bezugnahme auf solche Quellen nur sehr bedingt hilfreich, da sie für höchst unterschiedliche Interpretationen offen sind. Diese Ausgangslage sollte zur Vorsicht mahnen, die Religionsfreiheit allzu schnell auf die christliche Botschaft zurückzuführen bzw. umgekehrt dem Islam eine grundsätzliche Ablehnung der Religionsfreiheit zu unterstellen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass Christen heute meist weniger Probleme mit religiöser Toleranz haben als Muslime, was freilich keineswegs immer der Fall war. Außerdem ist die historische Ungleichzeitigkeit im Entwicklungsstand zwischen westlich-christlicher und islamischer Welt zu berücksichtigen.

Diese Sicht wird durch eine Studie mit dem Titel „Christen und Muslime vor der Herausforderung der Menschenrechte“ bestätigt, die im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlicht wurde⁷. Die Autoren zeigen, dass es für das Christentum ein langer Weg mit vielen Umwegen und Rückschlägen war, um zu den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils wie der „Erklärung über die Religionsfreiheit“ (Dignitatis humanae) und der „Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“ (Nostra aetate) zu kommen. Sie sehen in der Weise der Aneignung der Menschenrechte im Christentum ein Modell für die Überwindung der diesbezüglichen Widerstände im Islam, weil diese Aneignung nicht äußerlich blieb, sondern auch religiös begründet wurde. Man entdeckte die Widersprüche wie die Affinitäten zur eigenen religiösen Tradition, was den Weg zu einem vertieften Glauben öffnete.

Im Hinblick auf die Religionsfreiheit bzw. die Rechtsstellung religiöser Minderheiten stellt nach Meinung der Studie die (je nach Blickwinkel) Konversion bzw. Apostasie ein besonders belastendes Problem und den zentralen Prüfstein dar. Sie stehe in einer Reihe von islamischen Ländern noch immer unter Todesstrafe. Auch jede Form von Mission sei verboten, obwohl der Islam dieses Recht selbstverständlich für sich in Anspruch nehme. Auch eine Reihe von Menschenrechts-erklärungen offizieller islamischer Organisationen würden nicht weiterhelfen, nicht nur weil sie kaum repräsentativ seien, sondern auch wegen ihrer Ambivalenz. Sie würden zwar ein Recht auf Religionsfreiheit anerkennen, dieses jedoch unter Verweis auf islamische Rechtsvorstellungen wieder einschränken. Derartige Vorstellungen seien nicht hinnehmbar und ein großes Hindernis für den interreligiösen Dialog. Sie könnten überdies radikalen Muslimen als Legitimation für Gewalttaten dienen, selbst wenn dies nicht beabsichtigt sei.

Umgekehrt gebe es jedoch in fast allen islamischen Ländern reformorientierte muslimische Gelehrte, welche „die volle Anerkennung und Verwirklichung des Rechts auf Religionsfreiheit“⁸ forderten. Dies ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil der Islam keine hierarchische Autoritätsstruktur kennt, so dass auch einzelne Gelehrte oder ihre Schulen viel Gewicht haben. Die genannte Studie zitiert eine Reihe von islamischen Theologen (Abdullahi Ahmed An-Na'im, Mohamed Talbi), die sich um eine neue Hermeneutik islamischer Quellen bemühen, welche einen Wandel und ein vertieftes Verstehen des Islam zum Ziel hat. So handle es sich z.B. nach dem Tunesier Mohamed Charfi bei den im Koran angedrohten harten Strafen für Apostasie nicht um irdische Strafen. Häufig werde auch auf die berühmte Sure 2,256: „Es gibt keinen Zwang in der Religion“ als anschlussfähige Grundlage von Religionsfreiheit verwiesen. Außerdem habe es zur Zeit Muhammads noch keinen Zwang gegen abtrünnige Muslime gegeben.

Ähnlich argumentieren viele Islamgelehrte in Indonesien, was eine intensive Debatte darüber ausgelöst hat, ob der Islam primär eine religiös-kulturelle und nur indirekt auch eine politische Aufgabe habe.⁹ Bemerkenswert ist dabei die aus westlicher Sicht eher verblüffende Tatsache, dass die dem traditionellen Islam (Nahdlatul Ulama) nahestehenden Gelehrten, allen voran der frühere Präsident Abdurrahman Wahid, meist viel flexibler und toleranter sind als die Vertreter eines Reformislam (Muhammadiyah), die meist eine strenge Einhaltung aller Gebote und Regeln verlangen. Doch selbst der Vorsitzende der Muhammadiyah, Shafi'i Maarif, hat vor kurzem öffentlich erklärt, er werde sich vor die Christen stellen, wenn sie von radikalen Muslimen angegriffen werden sollten.

Schon diese wenigen Hinweise zeigen, dass es innerhalb des Islam erhebliche Unterschiede unter den Gelehrten, ihren verschiedenen Schulen, und sogar innerhalb derselben, sowie in den einzelnen Ländern gibt. Diese kaum überschaubare Gemengelage muss man auf jeden Fall wahrnehmen, wenn man ein pauschales Vorurteil vermeiden will. Manche Kritiker halten dem entgegen, dass diese Sichtweise sehr selektiv sei, weil die reformorientierten Kräfte völlig in der Minderheit seien und wenig Gewicht hätten. Dies gilt aber zum einen nicht überall, und zum anderen selbst wenn dies weithin richtig sein sollte, ist es dennoch sinnvoll, solche Kräfte zu unterstützen und zu stärken. Gerade die Geschichte des Christentums beweist, dass es sich dabei oft um Vordenker einer später allgemeinen Entwicklung handelt.

Interne Vielfalt von Religionen

Gerade im Hinblick auf die Religionsfreiheit ist es wichtig, die großen Unterschiede nicht nur in der Lehre wahrzunehmen, die es in allen großen Religionen gibt. Dies hat immer wieder zu Konflikten bis hin zu Spaltungen geführt,

aus denen neue Religionsgemeinschaften hervorgegangen sind, was schon die Begegnung untereinander oft sehr schwierig macht. Dies gilt bekanntlich auch für das Christentum. Aus diesem Grund ist der Umgang mit Minderheiten oder abweichenden Meinungen innerhalb der eigenen Glaubensgemeinschaften für alle Religionen ein wichtiger Prüfstein für ihre Einstellung zur Religionsfreiheit. Wer nämlich nicht nach innen Toleranz übt, wird sich kaum für Minderheitenrechte und Toleranz anderen Religionen gegenüber einsetzen.

Eine außerordentliche Vielfalt zeigt schon ein oberflächlicher Blick auf die Landkarte der vorwiegend islamisch geprägten Länder. Meist denkt man dabei vor allem an den Nahen Osten und vielleicht Nordafrika. Häufig verbindet man mit diesen Regionen höchst fragwürdige Entwicklungen wie die Herrschaft der Mullah im Iran oder der Taliban in Afghanistan, das Blasphemiegesetz in Pakistan oder die Morde an Ausländern und liberalen Muslimen in Algerien. Übersehen wird dabei leicht, dass Indonesien mit rund 180 Millionen Muslimen das größte islamische Land der Welt ist und dass auch Indien und Bangladesh jeweils weit mehr als 100 Millionen Muslime zählen.

Mit dieser geografischen Vielfalt sind ganz unterschiedliche sozio-kulturelle Kontexte verbunden, in denen auch Muslime meist seit Jahrhunderten leben und die erheblichen Einfluss auf die jeweiligen konkreten Formen und Ausprägungen ihrer Religion haben. Es ist ja ein Merkmal von Religionen, dass sie einerseits universale, alle Partikularitäten übersteigende Botschaften verkünden, dass sie andererseits aber immer nur in konkreter sozio-kultureller Gestalt greifbar sind. Obwohl die Religionen nie einfach in der jeweiligen Kultur und Gesellschaft aufgehen, sind sie doch stets eng mit ihnen verbunden. Sie spiegeln darum einerseits die jeweilige Kultur mit ihren Vorzügen wie Mängeln wider, stehen andererseits aber immer auch unter dem Anspruch kulturübergreifender Weltbilder und ethischer Imperative, was sie zu inneren Reformen befähigen kann.

Aus diesem Grund ist es hilfreich, die Religionen auch als kulturelle Systeme zu betrachten.¹⁰ Ihr spezifisches kulturelles Merkmal ist es, dass sie auf der Anerkennung einer Autorität (Glaube) beruhen und dass sie durch Rituale als zentrale Symbolhandlungen eine Beziehung zum Göttlichen als dem Unverfügbaren herzustellen versuchen. Ersteres begründet einen Wahrheitsanspruch, der sich auf eine absolute, von Menschen nicht hinterfragbare Autorität beruft, die dann auch Religionsführer ihrerseits allzu leicht für sich beanspruchen. Dies verleiht der Vielfalt von Religionen ein eigenes Gewicht, denn sie macht interreligiöse Unterschiede und Konflikte besonders gefährlich.

Ein Gegengewicht dazu kann die Einsicht schaffen, dass es Religionen nie in Reinform gibt, sondern sie stets auf Grund ihrer sozio-kulturellen Prägung sehr heterogene und in stetigem Wandel stehende Gebilde sind, die – zumindest in

gesellschaftlicher Hinsicht – als ambivalent zu bewerten sind. Für die Religionsfreiheit bedeutet dies überdies, dass sie nicht einfach nur in der Lehre der Religion gründet, sondern stets kulturell vermittelt ist. Dies erklärt wenigstens teilweise, warum zur Toleranz neigende Kulturen mit islamischer Mehrheit wie in Südostasien mehr zu religiöser Toleranz und Religionsfreiheit neigen, als Kulturen, die diese Merkmale nicht aufweisen.

Ein weiteres wichtiges Phänomen in diesem Zusammenhang ist der religiöse Synkretismus, der etwa als „javanische Religion“ in Indonesien oder in vielen Ländern Afrikas eine große Rolle spielt. Auch er unterstützt tendenziell interreligiöse Kontakte und Toleranz und wird – nicht zuletzt darum – heute meist positiver bewertet als in der Vergangenheit. In dieser Hinsicht ist eine Unterscheidung von Geertz¹¹ hilfreich, der von einem qualitativen Unterschied zwischen reiner und angewandter Religion spricht, insofern die Religion zwar moralisch-praktische Konsequenzen für den Alltag und die soziale Ordnung habe, andererseits aber auch religiöse Menschen ihre Perspektiven häufig wechselten, indem sie außerhalb des religiösen Bereichs nach anderen Maßstäben handelten, z.B. nach ihrem gesunden Menschenverstand. Dies ist für das alltägliche Miteinander und die praktische Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlichen Glaubens sehr wichtig, weil es einen gemeinsamen, in der Erfahrung wurzelnden Ansatzpunkt für Dialog und Toleranz bietet. Im Islam spiegelt sich dies – erinnert sei an Indonesien – in der Tradition pragmatischer Humanität im Unterschied zu einem rechtlichen Rigorismus wider.

Instrumentalisierung durch politische Interessen

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass Theorie und Praxis auch bezüglich der Religionsfreiheit aus verschiedensten Gründen häufig auseinander klaffen, was sich sowohl günstig als auch ungünstig auswirken kann. Dies bestätigt der Islamologe Richard Gramlich, der anlässlich eines Symposions zum Thema „Wie tolerant ist der Islam?“ feststellte: „Nun muss man hier allerdings auch die Praxis berücksichtigen; denn der Islam hat sich in der Geschichte normalerweise toleranter gezeigt, als er seinem Selbstverständnis nach eigentlich sein dürfte. Das Christentum andererseits hat sich als weniger tolerant erwiesen, als es vom jesuanischen Hauptgebot der Liebe aus gesehen sein müsste.“¹²

Was die Gegenwart angeht, so gibt es ohne Zweifel sowohl auf christlicher als auch islamischer Seite Intoleranz. Allerdings muss man hier verschiedene Formen unterscheiden. Sie reicht von einer alltäglichen Intoleranz im persönlichen oder Gruppenverhalten über institutionelle Diskriminierungen bis hin zu extremen staatlichen Repressionen. Generell wird man feststellen können, dass es sich christlicherseits in der Regel eher um private Formen der Intoleranz han-

delt, etwa die Behinderung des Baus einer Moschee, während eine Reihe islamischer Länder die Religionsfreiheit systematisch institutionell einschränkt, etwa durch Gesetze, welche selbst die private Feier von Gottesdiensten untersagen, ganz zu schweigen von der Androhung der Todesstrafe im Fall von Religionswechsel.

So sehr solche Intoleranz auch religionsbezogene Wurzeln hat, so wenig darf man übersehen, dass viele Diskriminierungen und daraus entstehende Konflikte nicht genuin religiöser Natur sind, sondern eine Folge politischer Instrumentalisierung. Die Beziehungen zwischen Religion und Politik sind nämlich nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis sehr komplex und oft sogar widersprüchlich.¹³ Teils herrscht weitgehende Interessengleichheit, teils bestehen aber auch erhebliche Spannungen, besonders wenn Religionen den Staat für sich instrumentalisieren wie im Iran, oder umgekehrt der Staat Einfluss und Macht von Religionen einzuschränken versucht. Letzteres kann freilich auch im Interesse des Gemeinwohls geschehen, wenn etwa wie im Fall Indiens nur ein entschlossenes Eingreifen des Staates verhindern kann, dass latente Konflikte zwischen Religionen offen ausbrechen.

Besonders in Entwicklungsländern, die noch über kein gefestigtes Staats- und Rechtssystem verfügen oder gar vom Staatsverfall bedroht sind, missbrauchen jedoch nicht selten die herrschenden Eliten, zu denen oft auch religiöse Führer gehören, sozio-kulturelle Traditionen und Religionen für eigene Interessen. Ihre Beweggründe haben meist absolut nichts mit Religion zu tun, sondern es geht ihnen allein um den Erhalt politischer und wirtschaftlicher Macht. Ihre Strategien ändern sich je nach Lage und Bedarf. So hat das Suharto-Regime in Indonesien lange Zeit den Islam auf Distanz gehalten, dann aber versucht, ihn in seine Politik einzubinden, indem es vor allem den religiösen Führern handfeste Vorteile verschaffte. Als das Regime schließlich doch zu wanken begann, hat es den Versuch unternommen, seine Macht zu erhalten bzw. wieder zu festigen, indem es Spannungen zwischen den Religionen nutzte und sie gegeneinander ausspielte. Eine ähnliche Strategie verfolgten die Verlierer des Demokratisierungsprozesses seit 1998, wie das Militär oder die bisherige Regierungspartei, aber auch manche neue politische Gruppen und Parteien im Kampf um die Macht und die damit verbundenen Pfründe.¹⁴

Verstärkt werden solche Entwicklungen häufig durch den Prozess einer ungezügelten Modernisierung und Globalisierung. Die Angst vor dem Verlust der eigenen kulturellen und religiösen Identität, oft verbunden mit der Enttäuschung darüber, zu den Verlierern dieser Prozesse zu zählen, lässt fast überall auf der Welt vielfältige, mehr oder weniger gegenläufige Bewegungen erwachsen. Es handelt sich dabei um ethnische, nationale, kulturelle, oft aber auch religiöse

Bewegungen, die sich sehr bewusst ihren partikularen Traditionen zuwenden. Auch wenn sie aus ganz unterschiedlichen Quellen entspringen, so ist ihnen allen doch ein „Zurück zu den eigenen Wurzeln“ gemeinsam. Dies führt im günstigen Fall zu einer Wiederentdeckung der eigenen Traditionen und Lebensräume. Häufig münden solche „Kehrtwendungen“ aber auch in fundamentalistische Strömungen oder Bewegungen, die ihrerseits dazu neigen, ihre Ziele notfalls auch mit Gewalt durchzusetzen. Vermutlich liegt hier auch einer der wichtigsten Gründe, warum Teile der Bevölkerung in nicht wenigen – keineswegs nur islamischen – Ländern der Dritten Welt die Anschläge auf die World Trade Towers zumindest auch mit einer gewissen Genugtuung sahen.

Aus all dem lassen sich mehrere Schlussfolgerungen ziehen: Erstens, viele so genannte Religionskonflikte mit der ihnen inhärenten Intoleranz und Gewaltanwendung sind nicht durch die Religionen als solche ausgelöst. Zweitens ist dem allerdings hinzuzufügen, dass kulturelle und vor allem religiöse Identitäten diesbezüglich einen entgegenkommenden Charakter haben.¹⁵ Sie lassen sich relativ leicht für soziale und andere Konflikte mobilisieren, da sie starke Emotionen auslösen können, ohne die eigentliche Wurzel dieser Konflikte zu sein. Und schließlich drittens: Gerade darum braucht es immer eine gründliche Analyse und eine nüchterne Diagnose solcher Konflikte mit ihren jeweiligen Trennlinien und Interessen, um von hierher konstruktive Lösungsansätze zu suchen, die von gegenseitiger Toleranz geprägt sind. Dabei wird viel darauf ankommen, die oft sehr einseitige oder ideologiebesetzte Wahrnehmung und Interpretation sowohl der direkt wie der indirekt Beteiligten zu überwinden.

Interreligiöse Spannungsfelder und Konfliktpotenziale

Religiöse Vielfalt enthält immer ein latentes Konfliktpotenzial, dessen Umfang und Form vor allem vom Verhältnis der Religionen untereinander abhängig ist. Die Globalisierung hat dieses Potenzial in gewisser Weise verstärkt, weil sie zu einer verstärkten Begegnung von Kulturen und Religionen geführt hat, der sich heute kaum jemand völlig entziehen kann. Man begegnet Menschen anderer Kulturkreise, und man erlebt andere Religionen. Dies hat einen doppelten, in gewisser Weise widersprüchlichen Effekt. Auf der einen Seite fördert es das gegenseitige Verständnis, und sei es nur innerhalb der eigenen Religion, weil man wahrnimmt, dass Menschen aus anderen Kulturen den gleichen Glauben anders leben. Dies kann eine Einheit in Vielfalt fördern, was auch das Verhältnis zu anderen Religionen entspannen kann. Andererseits führt die Begegnung mit anderen Kulturen und Religionen zu einer qualitativ neuen und wachsenden Pluralisierung von Weltbildern, Werten und Formen des sozialen Zusammenlebens und eröffnet so zumindest grundsätzlich neue Wahlmöglichkeiten. Nicht ohne

Grund spricht man von einem Markt der Weltanschauungen. Pluralität stellt damit aber überkommene und bisher selbstverständliche Identitäten in Frage. Auf diese Weise entsteht fast unvermeidlich ein nicht geringes Konfliktpotenzial. Dabei lassen sich verschiedene Spannungsfelder unterscheiden.

Ein erstes und zugleich das schwierigste Spannungsfeld ergibt sich aus der Tatsache, dass sich alle großen Religionen (zumindest heute) als universale Angebote verstehen. Sie erheben damit den Anspruch, Antworten zu besitzen bzw. Wahrheiten zu verkünden, die für alle Menschen gültig sind, zumindest aber nicht weniger gültig als die der jeweils anderen Religionen. Dies schafft eine Konkurrenzsituation der Religionen, vor allem wenn sie sich, wie der Islam und das Christentum, als missionarische Religionen verstehen. Die jeweils anderen Religionen empfinden dies als eine Bedrohung, auch der eigenen Kultur, und erheben den Vorwurf des Proselytismus, zumal wenn ein Religionswechsel mit materiellen Vorteilen verbunden ist. Manche islamische Fundamentalisten und christliche Sekten gefährden in der Tat den sozialen Frieden, indem sie in ihrer Missionierung sehr aggressiv vorgehen. Es gibt aber auch in dieser Hinsicht oft eine einseitige Wahrnehmung, etwa wenn Christen beklagen, dass reiche Ölländer des Nahen Ostens die islamische Mission mit viel Geld unterstützen, dabei aber übersehen, dass die finanzielle Förderung der christlichen Mission durch den Westen mit seinem Wohlstand eine alte Tradition ist.

Ein zweiter Konfliktbereich ist das Verhältnis zwischen vorherrschender Religion und religiösen Minderheiten. Teils sind die Rechte dieser Minderheiten erheblich eingeschränkt, manchmal üben sie aber auch einen unproportional großen politischen Einfluss aus, wie z.B. für lange Zeit die Christen in Indonesien, was verständlicherweise den Unwillen der anderen Religionen hervorruft. Besonders gefährdet sind fast überall die alten Stammes- und Naturreligionen, die politisch machtlos sind und als rückständig gelten, weshalb sie bevorzugte „Objekte“ der „Hochreligionen“ sind, oft sogar mit staatlicher Rückendeckung. Dies bedeutet nicht selten das Ende dieser ethnischen und kulturellen Minderheiten.

Ein drittes Konfliktfeld schaffen die teils recht unterschiedlichen religiösen Normen, Verhaltensweisen und Bräuche, besonders wenn diese direkt das tägliche Zusammenleben und die politische Ordnung tangieren. Im Verhältnis zum Islam betrifft dies z.B. das Kopftuch der Frauen, das Schächten, das Beerdigen ohne Sarg, die Zulässigkeit von Glücksspielen, das Zinsverbot, das Verbot von Schweinefleisch und Alkohol oder die Abstimmung der Schulferien mit dem islamischen Fastenmonat. In diesem Feld sind bei gutem Willen meist akzeptable Kompromisse möglich. Es gibt allerdings auch schwierigere Fragen, wo dies nicht der Fall ist, etwa die – nirgends im Koran oder in der islamischen Tradition gebotene – Genitalverstümmelung von Frauen.

Theologische und handlungsbezogene Perspektiven

Wenn solche Spannungen nicht zu schweren Konflikten und zur Verletzung grundlegender Menschenrechte führen sollen, dann bedarf es zweifellos einer institutionell-rechtlichen Absicherung der Religionsfreiheit durch den Staat. Eine Schlüsselrolle spielen dabei die Rechte von Minderheiten – auch innerhalb der Religionen. Darum ist der Einsatz für Christen wie Muslime, denen diese Rechte verweigert werden, ein wichtiger Beitrag zur interreligiösen Zusammenarbeit.

Doch ist dies leichter gefordert als in die Tat umgesetzt. Außerdem ist dies allein keineswegs ausreichend. Wirkliche Religionsfreiheit, auch im alltäglichen Zusammenleben, ist nur möglich, wenn auch die betreffende Bevölkerung bzw. die Gläubigen sie sich innerlich zu eigen machen. Mit anderen Worten, eine gedeihliche Pluralität der verschiedenen Religionen erfordert einen Dialog der Religionen, der noch weit schwieriger und anspruchsvoller ist als der Dialog zwischen den Kulturen, mit dem er jedoch eng verwoben ist und den er in gewisser Weise voraussetzt. Dies ist vor allem darin begründet, dass Religionen emotional noch stärker verwurzelt sind, weil es in ihnen um den Bezug zum Absoluten und damit in gewisser Weise um Alles oder Nichts geht. Möglicherweise kann der Ansatz einer negativen Theologie, die es in allen Religionen gibt und die die völlige Unzulänglichkeit alles menschlichen Wissens und Redens von Gott in den Mittelpunkt stellt, ein hilfreicher und verbindender Ausgangspunkt für einen solchen Dialog sein.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat aus katholischer Perspektive im Hinblick auf den Dialog zwischen den Religionen neue Wege geöffnet, zu einem gewandelten Missionsbewusstsein beigetragen und damit zumindest indirekt auch auf das Selbstverständnis anderer Religionen Rückwirkungen gehabt.¹⁶ Allerdings hat auch das Konzil noch keine wirkliche Lösung für die Spannung zwischen Dialog und Mission gefunden, so dass daraus Konfliktfelder entstanden sind, welche die Beziehungen der Ortskirchen zu Rom, aber auch den interreligiösen Dialog selbst belasten. Wie umfassend dieser Dialog sein muss und wie komplex er darum ist, zeigt ein Dokument des Päpstlichen Rates für interreligiösen Dialog und der Kongregation für die Evangelisierung, das von einem vierfachen Dialog spricht¹⁷: 1) Dialog des Lebens, in dem die Menschen ihre gemeinsamen Probleme und Freude und Leid teilen; 2) Dialog des Handelns, in dem Christen und Nichtchristen im Einsatz für andere Menschen und für eine umfassende Entwicklung zusammenarbeiten; 3) Dialog des theologischen Austausches zwischen den Fachleuten mit dem Ziel, die gegenseitigen Traditionen und Werte schätzen zu lernen; 4) Dialog der religiösen Erfahrung, in dem man den gegenseitigen spirituellen Reichtum miteinander teilt, etwa im gemeinsamen Gebet.

Die Erfahrung in multireligiösen Gesellschaften hat gezeigt, dass ein solcher Dialog am besten dort gelingt, wo man mit einem Dialog des Handelns beginnt

und sich für gemeinsame Anliegen einsetzt, die nicht direkt religiöser Art sind. Dies kann etwa das Engagement im Umweltbereich oder der Kampf gegen ein als ungerecht empfundenes Projekt sein. Solche Zusammenarbeit schafft Vertrauen zueinander und gegenseitige Wertschätzung, was dann auch den Dialog über den Glauben wesentlich leichter macht. Außerdem handelt es sich nicht um realitätsferne und folgenlose Gespräche, sondern um Dialoge, die etwas bewirken möchten und können.

Dies gilt auch im Hinblick auf die großen weltweiten Herausforderungen, vor denen die Menschheit heute steht, angefangen von der Minderung der Armut und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bis hin zu den Problemen der Globalisierung. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist ein Ausgleich zwischen Nord und Süd wie zwischen West und Ost, aber auch innerhalb der einzelnen Länder, der die realen Lebensverhältnisse betrifft. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich Unzufriedenheit, Enttäuschung oder gar Verzweiflung in Form von Aggressionen oder sogar Gewalttaten gegen andere Völker, Kulturen oder Religionen ein Ventil schaffen, wie die Terrorangriffe in den Vereinigten Staaten auf bisher nicht vorstellbare Weise gezeigt haben. Mit anderen Worten, es ist unbedingt zu vermeiden, dass die Ideale des Dialogs in einer rein virtuellen Welt befolgt werden, ohne im materiellen Bereich des Überlebens ihren Niederschlag zu finden.

Das Ringen um Religionsfreiheit erfordert zwei Haltungen, die allerdings nicht so einfach miteinander zu verbinden sind. Zum einen braucht es einen nüchternen Realismus, der nicht die Augen vor unliebsamen Tatsachen verschließt. In der Studie „Christen und Muslime vor der Herausforderung der Menschenrechte“ heißt es am Ende: „Manche Entwicklungen in der islamischen Welt mögen derzeit skeptisch stimmen. Andererseits gibt es immer wieder Erfahrungen gelungener Begegnung. Indes geht es nicht primär um optimistische oder pessimistische Prognosen, sondern um die prinzipielle Offenheit für die Möglichkeiten – vielleicht auch für die überraschenden Möglichkeiten – des Anderen.“¹⁸

Zum anderen darf man dennoch nicht die eigene Toleranz an die praktizierte Toleranz der anderen binden. Sehr klar begründet dies Ernst Nagel, der vor kurzem verstorbene langjährige Leiter des Instituts für Theologie und Frieden in Hamburg: „Diese theologische Selbstbesinnung hat zugleich zur Folge, dass das eigene Dialogverhalten nicht vom Wohlverhalten des Partners abhängt. Gerade die Forderung nach Reziprozität führt in die Irre, da immer wieder Versagen der anderen Seite als hinreichender Grund für eigene Dialogverweigerung dient. Theologisch begründete Dialogverpflichtung hingegen, die um der eigenen Identität willen und unbeschadet der Antwort anderer vorliegt, durchbricht den Teufelskreis der Eigenent- und Fremdbeschuldigung, der in der Minderheitenfrage jeden Fortschritt verhindert.“¹⁹

Fußnoten:

- 1 Dieser geringfügig überarbeitete Beitrag ist unter der Überschrift „Christentum und Islam – ‚Kampf der Kulturen‘? Religionsfreiheit zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ erschienen in: Stimmen der Zeit 219 (2001) Heft 12 (Dezember). Es handelt sich dabei um ein überarbeitetes Referat einer Tagung von missio Aachen in Kooperation mit der Katholischen Akademie in Berlin zum Thema „Verfolgte Christen? Analysen aus Asien und Afrika“ am 14.9.2001 in Berlin.
- 2 Vgl. J.L.Esposito u. J.O.Voll: Islam and the West: Muslims Voices of Dialogue, in: Millenium 29 (2000) 613-639, bes. 614-617.
- 3 Vgl. etwa: Evangelisches Missionswerk: Christen Asiens: Zwischen Gewalterfahrung und Sendungsauftrag, Hamburg 2000 (EMW-Informationen Nr. 124).
- 4 H.F.Zacher: Elemente der Rechtsstaatlichkeit, in Stimmen der Zeit 203 (1985) 415.
- 5 München 2000.
- 6 S.P.Huntington: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München u.a. 1996. Englischer Originaltitel: The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order.
- 7 J.Schwartländer und H.Bielefeldt, Bonn 1992. Vgl. ausführlicher J.Schwartländer (Hg.): Freiheit der Religion. Christentum und Islam unter dem Anspruch der Menschenrechte, Mainz 1993.
- 8 Ebd. 29.
- 9 Vgl. etwa R.W.Hefner: Islamische Toleranz: Der Kampf um eine pluralistische Ethik im heutigen Indonesien, in: P.L.Berger (Hg.): Die Grenzen der Gemeinschaft, Gütersloh 1997, 399-446. Ausführlicher Ders.: Civil Islam. Muslims and Democratization in Indonesia, Princeton 2000.
- 10 Vgl. C.Geertz: Religion als kulturelles System, in: Ders., Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt/M. 1987, 44-95. Original: Religion As a Cultural System, in: C.Geertz: The Interpretation of Cultures, New York 1973, 87-125.
- 11 Vgl. ebd. 86-92.
- 12 Walter Kerber (Hg.): Wie tolerant ist der Islam?, München 1991, 80.
- 13 Vgl. J.Müller: Zwischen Transzendenz und Widerstand. Religion und Politik in Südostasien, in: Der Überblick 22 (1986) Nr. 2, 52-55.
- 14 Vgl. J.Prior: Gibt es keine Hoffnung mehr? Hintergründe zur anwachsenden Gewalt in Indonesien, in: KM Forum Weltkirche 120 (2001) Nr. 2, 13-17.
- 15 Vgl. Th.Meyer: Fundamentalismus und Universalismus in Moral und Politik, in: W. Kerber (Hg.): Religion: Grundlage oder Hindernis des Friedens?, München 1995, 165-183, bes. seinen Diskussionsbeitrag, 185f.
- 16 Vgl. J.Müller: Globalisierung und das II. Vatikanum in den Kontrasten Asiens, in: P.Hünemann (Hg.): Das II. Vatikanum. Christlicher Glaube im Horizont globaler Modernisierung, Paderborn 1998, 255-263.
- 17 Dialog und Verkündigung. Überlegungen und Orientierungen (19.5.1991), Bonn 1991, Nr. 42.
- 18 S. 48.
- 19 Minderheiten in der Demokratie. Politische Herausforderung und interreligiöser Dialog, Stuttgart 1998, 266.

Verfolgte Christen? Fallbeispiel Indonesien

Theodor Kampschulte

Die Christen in Indonesien haben einen Anteil von etwa 10% an einer Gesamtbevölkerung, die heute ca. 220 Millionen Einwohner zählt. Der größte Teil der Bevölkerung, 85%, ist moslemisch. Die restlichen 5% sind Hindus, Buddhisten und Naturreligionen.

Indonesien ist weder ein säkularer Staat noch wird er von der Religion der moslemischen Bevölkerungsmehrheit dominiert. In seiner Verfassung heißt es in Artikel 29, Abs. 2:

„Der Staat garantiert die Freiheit eines jeden Bürgers, sich zu seiner jeweiligen Religion zu bekennen und gemäß seiner Religion und seinem Glauben Gottesdienst zu feiern.“

Damit ist die Freiheit der Religion, auch der religiösen Minderheiten, verfassungsmäßig garantiert, obwohl dies in der täglichen Praxis zunehmend nicht mehr so eindeutig ist.

Die Christen haben sich bisher nie als Staatsbürger zweiter Klasse gefühlt. Dank ihres hohen Bildungsstands besetzten sie führende Stellen im Staat und im Bildungswesen. Die größte Tageszeitung bis heute ist katholisch. Doch Anfang der 90er Jahre begann sich die Situation zu ändern, als der damalige Präsident Soeharto sich immer mehr auf ausgesprochen islamische Kräfte stützte. Sein Minister und Nachfolger Habibie hatte den Verband islamischer Intellektueller gegründet, der mit seinen Mitgliedern zielstrebig die Führungspositionen in Regierung und Verwaltung besetzte und heute offensichtlich politisch sehr einflussreich geworden ist.

Diskriminierungen

Es gibt in Indonesien offiziell keine die religiösen Minderheiten diskriminierenden Vorschriften, aber in der Praxis sieht das häufig anders aus. So haben christliche Beamte und Angestellte in Regierung und Verwaltung es zunehmend schwerer, befördert zu werden. Immer mehr erhalten sie nur noch untergeordnete Funktionen, während Moslems die Führungspositionen besetzen. Das gelte auch, meinen Beobachter, immer mehr für die staatlichen Universitäten. Im Militär und in der Polizei erreichten Christen bis vor einigen Jahren noch höchste Kommandopositionen. Heute, sagt man, sei das nicht mehr möglich. Allerdings wird die Situation so pessimistisch nicht von allen Kennern des Landes beurteilt.

Insgesamt wird man jedoch sagen dürfen, dass die Tendenz zu beobachten ist, den Einfluss von Christen und anderen religiösen Minderheiten in öffentlichen Funktionen immer mehr zurück zu drängen.

Eine viel beklagte und für die christlichen Gemeinden schwerwiegende Diskriminierung in den meisten Landesteilen mit moslemischer (und auf Bali hinduistischer) Mehrheit der Bevölkerung ist die permanente Verweigerung der Bauerlaubnis für christliche Kirchen und Gemeindehäuser. Die Behörden berufen sich dabei auf eine gemeinsame Entscheidung des Innen- und des Religionsministers aus dem Jahre 1969, nach der eine Bauerlaubnis davon abhängig gemacht wird, dass 40 Familienoberhäupter der Nachbarschaft ihre Zustimmung zum Kirchbau erklären. Für die christliche Minderheit ist es äußerst schwierig, diese Zustimmung von der moslemischen Mehrheit zu bekommen. Diese Auflagen grenzen an Schikanen und sind ganz klar gegen die Verfassung, die allen indonesischen Staatsbürgern das Recht garantiert, gemäß ihrer Religion Gottesdienst zu feiern. Dieses verfassungsmäßige Recht wird eindeutig auch dann verletzt, wenn es den christlichen Gemeinden in verschiedenen Landesteilen von den Behörden verwehrt wird, ein rechtmäßig errichtetes, aber vom Mob zerstörtes Gotteshaus wieder aufzubauen, oder wenn den christlichen Gemeinden sogar verboten wird – wie in der Stadt Bima auf der Insel Sumbawa geschehen – sich in ihren privaten Wohnungen zum Gottesdienst zu versammeln. Dass finanzielle Hilfen des Staates vornehmlich zur Errichtung von Moscheen gegeben werden, sei nur am Rande erwähnt.

Die Zerstörung der Kirchen

Zu den Realitäten im heutigen Indonesien gehört die Gewalt gegen die Religion und ihre Symbole. An erster Stelle ist hier die wachsende Zahl zerstörter Kirchen und kirchlicher Einrichtungen zu nennen. Seit Bestehen der Republik bis Ende Januar 2001 wurden insgesamt 825 christliche Kirchen durch Gewalteinwirkung total zerstört, erheblich beschädigt, oder durch die Behörden verboten bzw. geschlossen. Das Ausmaß der Zerstörungen reicht von eingeworfenen Fenstern und aufgebrochenen Türen sowie verwüsteten Innenräumen und entweiheten kultischen Geräten und Büchern bis hin zur totalen Zerstörung durch Abbrennen der Gebäude. In der o.g. Zahl sind die zur gleichen Zeit zerstörten Pfarr- und Gemeindehäuser, Schulen, Kindergärten, Schwestern- und Waisenhäuser und andere kirchliche Einrichtungen nicht enthalten.

Erschreckend ist die Zunahme der Kirchenzerstörungen. Während in den 21 Regierungsjahren des ersten Präsidenten, Soekarno, nur insgesamt 2 Kirchen zerstört wurden, waren es in den 32 Jahren unter Präsident Soeharto insgesamt 456, in den 17 Monaten unter Präsident Habibie insgesamt 156 und in den ersten 15

Monaten unter Präsident Abdurrahman Wahid (bis Januar 2001) insgesamt 211. Deutlicher wird die Steigerungsrage an den monatlichen Durchschnittszahlen. Für die 21 Regierungsjahre unter Präsident Soekarno ist das unerheblich. Aber unter Soeharto waren es monatlich 1,2; unter Habibie 9,2 und unter Abdurrahman Wahid 14. Die Steigerung besagt, dass schließlich jeden 2. Tag eine Kirche beschädigt oder zerstört wurde.

Enthalten in diesen Zahlen sind die Zerstörungen infolge der Konflikte auf den Molukken und im Poso-Gebiet in Mittel-Sulawesi, wo seit Anfang 1999 insgesamt 192 Kirchen (und 28 Moscheen) zerstört bzw. beschädigt wurden.

Beobachter machen darauf aufmerksam, dass die Zahl der Kirchenzerstörungen ohne Berücksichtigung der genannten Konfliktgebiete in den letzten Jahren eine abnehmende Tendenz zeigt.

Es gibt unterschiedliche Interpretationen des Gewaltphänomens, unter dem die religiösen Minderheiten in Indonesien wie in sonst keinem anderen Lande Südostasiens zu leiden haben. Man verweist auf das Konfliktpotential und die zunehmenden sozialen Spannungen bei einer Arbeitslosenquote von inoffiziell mehr als 40%, die insbesondere die Jugendlichen trifft. Untersuchungen machen deutlich, dass Kirchenzerstörungen häufig im Zusammenhang mit massenhaften Gewaltausbrüchen stattfinden. Ein Beispiel hierfür sind die Ereignisse am 26. Dezember 1996 in der Stadt und dem Umland von Tasikmalaya in West-Java. Innerhalb von 24 Stunden wurden von den fanatisierten Massen neben 15 Kirchen unterschiedlicher christlicher Konfessionen folgende weitere Gebäude und Einrichtungen zerstört: 18 Polizeiposten bzw. -zentralen, 3 Hotels, 6 Banken, 8 Fabriken, 7 Super-Märkte, 4 christliche Schulen, 8 Auto-Geschäfte und 89 weitere chinesische Geschäfte und Restaurants.

Wie soll man die Gewaltbereitschaft und Zerstörungswut der Massen erklären? Wissenschaftler weisen darauf hin, dass es sich vorwiegend um benachteiligte ländliche Bevölkerungsgruppen handelt, die nicht am Fortschritt teilhaben und ihm misstrauisch und ablehnend gegenüberstehen. Sie fühlten sich und ihr traditionell von der islamischen Religion bestimmtes einfaches Leben durch das Eindringen der westlichen Welt bedroht und seien schnell bereit, die Symbole der Moderne: Banken, Super-Märkte, Fabriken und auch Kirchen zu zerstören. Dieses Muster der Gewalt sehen sie auch bei anderen Massenausschreitungen, so in den Städten Surabaya, Situbondo, Banjarmasin u.a.

Doch es fällt auf, dass es sich insbesondere bei den Angriffen auf christliche Kirchen nicht um blinde Zerstörungsaktionen handelt. Denn die Übergriffe geschehen in der Regel nicht spontan sondern offensichtlich wohl geplant. Oft scheint man nur auf irgend einen Anlass zu warten, um die Leute zu Gewalttaten gegen Kirchen anzustacheln. Voraus gehen anonyme Briefe, die die Menschen

vor drohender Christianisierung warnen. Beteiligt an den Ausschreitungen sind selten die Bewohner der Nachbarschaft, die im Gegenteil oft versuchen, die christlichen Einrichtungen zu schützen. Die Speerspitze des Mobs sind meist fanatisierte Studenten und Schüler islamischer Einrichtungen, die mit Molotow-Cocktails und Benzinbomben ausgerüstet und dem Ruf, „Allah ist groß!“, die Aktionen anführen. Die eigentlichen Drahtzieher wurden zwar nie gefasst. Aber vieles weist darauf hin, dass radikal-islamische Fanatiker die Gunst der Stunde und die Frustration und Gewaltbereitschaft der Menschen für ihre Ziele nutzen. Zudem steckt viel Geld dahinter, wie häufig betont wird. Jugendliche, die nach Augenzeugenberichten in großer Zahl auf Lastwagen herangekarrt werden, lassen sich leicht für etwas Geld anwerben.

Am Heiligabend 2000 gab es eine Bombenanschlagsserie auf 30 Kirchen unterschiedlicher Konfessionen in 11 Städten des Landes, die generalstabsmäßig geplant fast gleichzeitig während der Gottesdienste explodierten. Bisher wurden die Täter nicht gefasst

Bisher haben die Angreifer lediglich Gebäude und Einrichtungen zum Ziel ihrer Zerstörung gemacht, wobei sie den Tod von Menschen durchaus in Kauf nahmen. So wurde beim Niederbrennen der 'Pentekosta Pusat Surabaya-Kirche' in Situbondo ein altes evangelisches Missionarseehepaar und ihre Tochter mit Enkelin und einer weiteren jungen Frau in ihrer angrenzenden Wohnung von den Flammen eingeschlossen und kamen ums Leben. Doch die Aktionen richten sich bisher nicht gezielt gegen Menschenleben. Es gibt Befürchtungen, dass sich das ändern könnte, so dass statt der Kirchengebäude die Kirchenführer selber zur Zielscheibe des Terrors werden. Auch jetzt schon gehen manche Gläubige nur noch voller Angst zu ihren Gottesdiensten, weil sie nach den Bombenexplosionen der Vergangenheit jederzeit mit neuen Anschlägen rechnen müssen.

Die Zwangsislamisierungen

Der Konflikt auf den Molukken zwischen den moslemischen und den christlichen Bevölkerungsgruppen hat seit Anfang 1999 etwa 10.000 Menschenleben gefordert. Die Zahl der Flüchtlinge wird auf 400.000 geschätzt. Dieses Drama hat bis jetzt noch kein Ende gefunden.

Ein besonders schmerzhaftes Kapitel dieser Auseinandersetzungen stellt die erzwungene Islamisierung tausender protestantischer und katholischer Christen dar. Obwohl die islamische Seite und teilweise auch die Behörden die Sache herunter spielen oder sogar leugnen, sprechen die Fakten eine eindeutige Sprache.

Am 23. November 2000 und in den darauf folgenden Tagen wurde auf der Insel Kesui ein christliches Dorf nach dem anderen von moslemischen Kämpfern überrannt und die Bewohner, die sich wehrten oder sich nicht in Sicherheit bringen konnten, getötet, die Häuser niedergebrannt und die Kirchen zer-

stört. Einigen hundert Christen gelang es, auf die Nachbarinseln zu entkommen. Insgesamt 625 Katholiken und Protestanten retteten sich zunächst ins Innere der Insel. Da diese jedoch nicht sehr ausgedehnt ist, wurden sie bald gefangen und vor die Wahl gestellt, sich entweder beschneiden zu lassen oder auf der Stelle getötet zu werden. Genau so erging es den 140 Christen der Dörfer Korfutin und Korlokin, die auf der Nachbarinsel Teor am 11. Dezember 2000 gezwungen wurden, sich öffentlich beschneiden zu lassen und zwar Männer wie Frauen.

Einige Monate vorher schon waren, wie erst später bekannt wurde, auf den Inseln Seram, Buru und Bacan insgesamt etwa 6.000 Christen gezwungen worden, sich zum Islam zu bekennen. P. Yos Kuda Makin SVD, Pfarrer der Pfarrei Masohi auf Seram, versucht alles, den Schleier des Schweigens zu zerreißen, der von den Behörden über diese Zwangsislamisierungen ausgebreitet werden soll. Inzwischen konnten etwa 800 Christen, die unter Zwang beschnitten worden waren, von den Inseln Kesui und Teor evakuiert werden. Ein großer Teil dieser noch immer traumatisierten Beschneidungsopfer ist heute in der Stadt Ambon in einer Kirche untergebracht. Aber es waren viel mehr, die auch auf anderen Inseln unter Gewaltandrohung gezwungen wurden, ihre Religion zu wechseln. Was geschieht mit ihnen? Werden sie das gleiche Schicksal erleiden wie jene christlichen Dörfer und deren Bewohner im Innern der Provinz Süd-Sulawesi, die durch die islamische Aufstandsbewegung der Jahre 1948-61 ausgerottet wurden, ohne dass dies je rechtlich aufgearbeitet worden wäre?

Die Reaktionen von Staat und Gesellschaft

Die Haltung der Regierung in Jakarta zu den Gewaltaktionen gegen religiöse Minderheiten, wie sie sich in der Zerstörung der Kirchen und den Menschenrechtsverletzungen in den Konfliktgebieten zeigen, ist ambivalent. Die Regierung bedauert die Vorkommnisse. Sie lädt die Vertreter der Religionen zu gemeinsamen Gesprächen ein und distanziert sich von den Gewaltaktionen. Aber, man hat den Eindruck, ihr Tun hat nur Symbolcharakter, denn sie ergreift bis jetzt nicht die wirklich geeigneten Maßnahmen zum Schutze ihrer Staatsbürger.

Es stellt sich die Frage, wie weit das Rechtswesen in Indonesien seinen Beitrag zur Lösung der Krise, die das ganze Land erfasst hat, leistet. Die Antworten, die man auf diese Frage bekommt, sind sehr ernüchternd. Der allgemeine Tenor lautet: Es gibt kein Recht mehr. Nie zuvor war das moralische Fundament des Rechtsstaats so zerrüttet wie heute, denn die Richter sind genau so käuflich wie die Politiker.

Die Polizei hält sich zurück, wird immer wieder berichtet. Häufig zögert sie durchzugreifen, denn wegen der Verletzung der Menschenrechte in der Vergangenheit fühlt sie sich angeklagt. Angesichts der Größe des Landes und der

Vielzahl der Konfliktherde ist die Polizei personell weit unterbesetzt. Zudem ist sie ungenügend ausgestattet. Die Bezahlung vor allem der unteren Ränge ist schlecht und motiviert nicht zum Einsatz des eigenen Lebens. Unter diesen Voraussetzungen kann man wohl nicht davon ausgehen, dass die Aufklärung von Straftaten und der Schutz der Minderheiten eine selbstverständliche Pflicht und Aufgabe der Polizeibeamten ist.

Die Bevölkerung zeigt sich betroffen über die Gewalt gegen die religiösen Minderheiten, die ja häufig die gut bekannten Nachbarn sind. Sie hilft den Opfern mit Lebensmitteln und trifft gemeinsam Vorkehrungen gegen Gewaltmaßnahmen. In Ostjava bewachen die Mitglieder der moslemischen Jugendorganisation Ansor die christlichen Kirchen vor Anschlägen. Am Heiligabend 2000 wurde einer dieser jungen Männer dabei von einer Bombe zerrissen. Allerdings ist es in der Bevölkerung bisher zu keiner solidarischen Aktion gegen Gewalt gekommen. Es gibt aber kleine private Selbsthilfegruppen und Rechtshilfeorganisationen, die sich ernsthaft um die Opfer kümmern.

Ein besonderes Phänomen im heutigen Indonesien sind die radikal-islamischen Gruppen, die bereit sind, ihre Vorstellungen mit Waffengewalt durchzusetzen und die von den staatlichen Autoritäten nicht daran gehindert werden, ihre Milizen militärisch zu trainieren und in Konfliktgebieten einzusetzen. Hier sind an erster Stelle die ‚heiligen Krieger‘ der Laskar Jihad zu nennen, deren Menschenrechtsverletzungen im Rahmen ihrer ethno-religiösen Säuberungen zur Zerstörung christlicher Dörfer und Kirchen auf den Molukken bisher von keiner staatlichen Instanz geahndet wurden. Bis jetzt erhalten sie offenbar Protektion von höchsten politischen und militärischen Stellen.

Zusammenfassend muss man feststellen, dass der Staat und seine Organe heute in vielen Fällen nicht ihrer Verpflichtung nachkommen, das verfassungsmäßige Recht der Freiheit der Religion wirksam zu schützen. Die Gräueltaten in den Konfliktgebieten aber auch die Kirchenzerstörungen in weiten Teilen des Landes sind dafür ein bedrückender Beweis. Dieser mangelnde Schutz von Seiten des Staates ist jedoch nicht als politische Absicht sondern wohl eher als Folge einer allgemeinen Staatsmisere anzusehen. Es fehlen ganz einfach die notwendigen finanziellen Mittel und darüber hinaus wohl auch der moralische Anspruch der Verantwortlichen zur umfassenden Sicherung des Rechtsstaates.

Die Kirchen stehen dieser bedrückenden Entwicklung nicht tatenlos gegenüber. In eindeutigen Erklärungen verurteilen sie öffentlich die Gewalt im Lande und fordern die Regierung zur Wiederherstellung des Rechtsfriedens auf. Nachdrücklich bitten sie die christlichen Gemeinden, auf alle Gegengewalt zu verzichten und sich statt dessen um die sozialen und wirtschaftlichen Nöte auch ihrer andersgläubigen Nachbarn zu kümmern. Insbesondere fördern sie den Dia-

log mit den gesprächsbereiten Vertretern des Islam, um zu einer Atmosphäre der Offenheit und der Toleranz beizutragen. Sie sind überzeugt, dass man zwar ihre Kirchen und Institutionen, nicht aber den Glauben ihrer Gemeinden zerstören kann.

Verfolgte Christen in Indonesien? Bedrängte Christen, ja. Und in den Konfliktgebieten des Landes ist die Bedrängnis groß. Doch Grund zur Panik sehen die Christen in Indonesien nicht, auch wenn der Druck auf sie in den letzten zehn Jahren gewachsen ist. Sie wissen, es besteht weiterhin die Freiheit, Gottesdienst zu feiern, religiösen Unterricht zu geben, zu taufen und als Christen in Indonesien zu leben.

Verfolgte Christen? Fallstudie Malaysia

Edmund Chia

Verfolgte Christen?

„Lasst uns fortfahren in unserem Gebet für die Religionsfreiheit in unserem Land. Wir beten insbesondere für die Verantwortlichen unserer Regierung, dass sie immer fair und gerecht ihre Pflichten ausüben und niemanden wegen seines Glaubens diskriminieren. Wir beten vor allem für unsere eigene Christengemeinschaft, dass sie angesichts von Christenverfolgung die Hoffnung nicht verliert und gegenüber der Islamisierungspolitik der Regierung wachsam bleibt.“

Obwohl nicht gesagt wird, woher dieses Gebet stammt, fällt es wohl niemandem schwer, sich vorzustellen, auf welches Land es sich beziehen könnte. Der erste Teil des Gebets spricht von religiöser Diskriminierung und könnte praktisch auf jedes Land in der Welt Anwendung finden. Es könnte ein Gebet der in Fidschi lebenden Hindus oder der in Myanmar ansässigen Christen oder der in Deutschland wohnenden Muslime sein. Minderheiten pflegen sich als Opfer religiöser Verfolgung zu betrachten. Das ist keine spezifische Erscheinung, von der nur Christen betroffen sind, die in Ländern mit nicht-christlicher Mehrheit leben, sondern es gibt ebenso viele Fälle von Nicht-Christen, die in Ländern mit christlicher Mehrheit leben.

Der letzte Teil des Gebets enthält dagegen einen Aufschluss gebenden Hinweis, der unsere Aufmerksamkeit sofort auf ein islamisches Land lenkt. Doch auch ohne diesen Hinweis hätten vielleicht viele von uns von Anfang an vermutet, dass das Gebet aus einem Land mit muslimischer Mehrheit stammt. Das zeigt deutlich, welche Stereotypen und Vorurteile in vielen Köpfen noch herumgeistern. Den Medien haben wir es leider zu verdanken, dass, wann immer es um religiöse Verfolgung geht, wir sofort an Bilder denken, die uns die Taliban beim Sprengen von Statuen oder beim Verhaften von Christen, abgehackte Hände, von Schleiern verhüllte Frauen oder Selbstmordterroristen und im Namen des Islam begangene Terrorakte zeigen.

Es liegt in der Tat eine gewisse Ironie darin, dass die Welt immer kleiner und die gegenseitigen Einflüsse zwischen den religiösen Traditionen immer intensiver werden, gleichzeitig aber Spannungen und Konflikte zwischen den Religionen zunehmen. In gewisser Weise scheint es, dass die Herbeiführung des Dialogs zwischen den Religionen mit größerem Misstrauen und mit Krieg zwischen

den Religionen einhergegangen ist. Angesichts dieser Realität muss man sich vor Augen führen, dass es meist nicht die Religion per se ist, die Quelle und Ursache der Konflikte ist, sondern dass viele andere Faktoren das Problem zuspitzen. Genauer gesagt ist es in der Tat so, dass die Religion oftmals benutzt und missbraucht wird aus Beweggründen, die alles andere als edel sind. Da die Religion das tiefste Innere der Menschen betrifft, besitzt sie eine geheimnisvolle Dimension und ist leider leicht zu manipulieren, was so weit gehen kann, dass Menschen bereit sind, für ihre Religion zu sterben oder in deren Namen zu töten.

Dieser Beitrag wird sich jedoch mit religiösen Konflikten nicht so beschäftigen, als ob diese allein im Raum stehen, sondern er will sich vielmehr einigen tieferen Ursachen und Vorläufern von Spannungen und im Namen der Religion begangenen Ungerechtigkeiten zuwenden. Er wird sich insbesondere mit der Behandlung der Christen in Malaysia auseinandersetzen und versuchen, auf die Frage einer möglichen religiösen Diskriminierung in Malaysia eine Antwort zu geben. Viele in Malaysia lebende Christen haben sicher den Eindruck, dass sie verfolgt werden. Das anfangs zitierte Gebet wurde in der Tat regelmäßig in einer malaysischen Kirche gesprochen. Dieser Beitrag wird in Anbetracht der Situation versuchen, eine Analyse der interreligiösen Beziehungen von einem objektiveren Standpunkt aus vorzunehmen und dabei die sozialen und historischen Faktoren und insbesondere die politischen und ökonomischen Realitäten, die das heutige Malaysia charakterisieren, in Betracht zu ziehen. Dazu muss zunächst der Hintergrund der Entwicklung Malaysias beschrieben und speziell die Auswirkungen des Kolonialismus und seine Verquickung mit dem Christentum untersucht werden.

Malaysia und seine Bevölkerung

Malaysia besteht aus zwei Regionen: Westmalaysia, das eine aus dem asiatischen Festland hervorspringende Halbinsel bildet, und Ostmalaysia, zu dem die nördlichen Regionen der Insel Borneo gehören. Obwohl Westmalaysia nur die Hälfte der Fläche Ostmalaysias einnimmt, ist es die am stärksten entwickelte Region des Landes. Hier befindet sich auch die Hauptstadt Kuala Lumpur mit dem höchsten Gebäude der Welt, den Petronas Twin Towers. Ostmalaysia dagegen ist eine überwiegend ländliche Gegend, hier gibt es nach wie vor riesige mit Primär- und Sekundärwald bewachsene Flächen.

Das herausragende Merkmal des Landes ist die Vielfalt der Rassen unter den 21 Millionen hier lebenden Menschen. Reichlich 50 % sind Malaien, ca. 25 % sind Chinesen, 8 % sind Inder, und der Rest sind entweder indigene Stammesgruppen oder gehören zu der neuen Welle von nicht eingebürgerten Einwanderern. Die meisten Malaien sind Muslime. Selbst die malaysische Verfassung defi-

niert einen Malaien als jemanden, der den Islam verbreitet und die malaiische Kultur praktiziert. Von den anderen ethnischen Gruppen, von denen es sicher Übertritte zum Islam gegeben hat, gehört die stärkste Gruppe der Chinesen einem synkretischen Religionsgemisch von Buddhismus, Konfuzianismus und Taoismus an, während die Inder und die anderen Nachfahren des südasiatischen Kontinents mehrheitlich dem Hinduismus, Jainismus oder Sikkhismus verbunden sind. Das Christentum kam mit den Kolonialmächten nach Asien und holte sich seine Gläubigen unter den konvertierten Chinesen und Indern oder von der indigenen Stammesbevölkerung.

Die Christen machen etwa 6 % der nationalen Bevölkerung aus, die Hälfte von ihnen gehört der römisch-katholischen Kirche an. Sie sind ungleichmäßig auf West- und Ostmalaysia aufgeteilt: Von den 3 % Katholiken im Land leben mehr als zwei Drittel in Ostmalaysia, während weniger als ein Drittel bzw. etwa 170.000 in Westmalaysia angesiedelt sind. Wenn man bedenkt, dass im stärker entwickelten Westmalaysia ca. 17 Millionen Menschen leben, machen die Katholiken lediglich 1 % der Bevölkerung der Halbinsel aus. Auf der anderen Seite kommen die 450 000 Katholiken in Ostmalaysia auf mehr als 10 % Anteil an der ostmalaysischen Gesamtbevölkerung, von denen die Mehrheit zur indigenen Stammesbevölkerung gehört.

Kolonialgeschichte und Nationalismus

Die europäische Kolonialgeschichte begann 1511, als die Portugiesen Melaka eroberten, eine Küstenstadt auf der Malaysischen Halbinsel. Die portugiesische Herrschaft dauerte bis zum Jahre 1641, dann ging Melaka an die Niederländer über. Die Niederlande kontrollierten Melaka etwa 150 Jahre lang, bis 1786 die Briten begannen, ihren Einfluss in Südostasien auszudehnen. Die britische Herrschaft endete, als der Malaiische Bund (wie Malaysia damals hieß) im Jahre 1957 seine volle Unabhängigkeit erlangte.

Wie in den meisten anderen Ländern Asiens entstanden unter der Bevölkerung Malayas nationalistische Gefühle erst nach dem Ende des zweiten Weltkriegs. Der Fall Malaysia ist insofern etwas anders gelagert, als die Bewohner des Landes kein wirklich geeintes Volk waren und Nationalismus daher sehr unterschiedlich aufgefasst wurde. Während die Malaien stark antikolonialistische Gefühle hegten, teilten alle nicht malaiischen Gruppierungen diese Haltung nicht. Die Tatsache, dass zu jener Zeit insgesamt über 50 % der Gesamtbevölkerung keine Malaien waren, ließ die ethnische Zugehörigkeit zu einem entscheidenden Faktor für die Gestaltung der neuen Nation werden. Die ethnischen Beziehungen waren zeitweise äußerst instabil und führten 1969 sogar zum Ausbruch schwerer Rassenunruhen. Zum besseren Verständnis der ethnischen Beziehungen in

Malaysia muss man sie daher im Zusammenhang mit dem britischen Kolonialerbe untersuchen.

Das Erbe der britischen Kolonialherrschaft

Der britische Imperialismus wollte, wie allgemein bekannt, zum Wohl wirtschaftlicher Interessen Großbritanniens die Kontrolle über strategische Städte und Verkehrswege in ganz Asien erlangen – mit anderen Worten: die Motive waren rein weltlicher Natur. Daher sicherten sich die Briten durch das Abkommen von Pangkor im Jahre 1874 die weltliche Herrschaft und überließen den malaiischen Sultanen die Kontrolle über alle Belange der malaiischen Religion und Bräuche. Bäuerliche Lebensart und religiöse Werte der malaiischen Bevölkerung dienten zur weiteren Rechtfertigung der Kolonialherrschaft. Insbesondere galten – der imperialistischen Ideologie zufolge – die Malaien als ein ländliches Volk ohne wirtschaftliche Interessen und als unfähig, die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes selbst zu nutzen. Sie sollten daher dankbar sein für das Eingreifen der Briten, die als „fortschrittlichere“ Zivilisation den Malaien bei der Entwicklung ihres Landes helfen würden.

Als Mitte des 19. Jahrhunderts Zinnvorkommen in Westmalaysia entdeckt wurden, unterstützten die Briten die Zuwanderung chinesischer Einwanderer, die sie als Arbeiter in den Zinnminen brauchten. Mit der Entstehung von Kautschukplantagen zu Beginn des 20. Jahrhunderts kamen indische Immigranten in großer Zahl ins Land. Seither lebten auf der Malaysischen Halbinsel drei unterschiedliche Volksgruppen nebeneinander: Die Chinesen arbeiteten als Bergarbeiter in den Zinnminen oder sie trieben Handel und lebten hauptsächlich im städtischen Bereich, die Inder arbeiteten auf den Kautschukplantagen und lebten über die ländlichen Gebiete verstreut in abgeschiedenen Siedlungen und die Malaien blieben als Landarbeiter und Kleinbauern auf ihrem Land und in ihren Kampung (kleinen Dörfern). Diese Arbeitsteilung auf der Grundlage ethnischer Gesichtspunkte verstärkte noch die gesellschaftlichen und kulturellen Unterschiede, und die räumliche Trennung verschärfte die bereits angespannten Beziehungen zwischen den Volksgruppen. Als die Chinesen wegen des ihnen durch ihre Tätigkeit zufallenden Vorteils dann auch noch wirtschaftlich erfolgreicher waren, fühlten sich die Malaien von den fremden Immigranten verdrängt. Daraufhin sahen sich die Briten als „Beschützer“ malaiischer Interessen gegen die Chinesen an. Sie gestanden den Malaien gewisse politische Rechte zu und überließen den Chinesen die wirtschaftliche Macht. Diese Politik nach dem Prinzip „teile und herrsche“ verschleierte die Tatsache, dass die verschiedenen asiatischen Volksgruppen in Wirklichkeit allesamt der Herrschaft der Kolonialherren unterworfen waren.

Interethnische Beziehungen

Die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs waren der Wendepunkt in den Beziehungen zwischen den Ethnien. Bis dahin war es zu keiner offenen Spannung zwischen den Rassen gekommen, wenn vielleicht auch nur, weil die Gelegenheit zur Interaktion fehlte. Als jedoch die japanische Armee im zweiten Weltkrieg Malaya besetzte, wandte sie sich vor allem gegen die Chinesen, die als loyal gegenüber China und daher als Feinde Japans angesehen wurden. Die ethnische Säuberung trieb viele Chinesen in kommunistische Untergrundorganisationen. Außerdem setzten die Japaner die Malaien, von denen sehr viele Angehörige der Polizei waren, zur Unterdrückung der kommunistischen Bewegung ein. Bei ihrer Rückkehr nach Ende des Krieges fanden die Briten eine hauptsächlich unter malaiischer Führung stehende, nationalistische Bewegung vor, welcher die Chinesen bereits mit Skepsis begegneten. Dennoch gaben die Briten den Forderungen der Malaien nach mehr politischen Rechten nach, sicherten ihnen die volle Staatsbürgerschaft zu und versprachen, ihre Rechte und Privilegien zu schützen.

Während die Briten auf die Forderungen der Malaien eingingen, waren sie den Chinesen gegenüber weniger großzügig, die Staatsbürgerschaft wurde nur denen zugestanden, deren beide Elternteile in Malaysia geboren waren. Die Chinesen reagierten entsprechend – sowohl auf die Briten als auch auf die Malaien. Die nach dem Krieg aufgetauchte kommunistische Bewegung verschwand 1948 wieder in den Untergrund, von dort aus startete sie eine Reihe von Terrorakten, die in eine Periode des Ausnahmezustands mündeten. Die überwiegend malaiisch besetzte Regierung musste gegen die sich überwiegend aus Chinesen rekrutierenden Kommunisten antreten. Durch die Umsiedlung von rund einer Million Chinesen aus ländlichen Gegenden in „Neue Dörfer“, in denen sie mit Stacheldraht umzäunt wurden, schnitten sie die Kommunisten von ihrem Nachschub ab, was die Beziehungen zwischen den Ethnien weiter verschlechterte. Die Briten holten ihrerseits zur Betreuung der Chinesen in den Neuen Dörfern christliche Missionare ins Land, die von der neuen kommunistischen Regierung Chinas des Landes verwiesen worden waren. Zu dieser Zeit, um 1950 herum, fanden viele aus China verbannte, chinesisch-katholische Priester und Religionsgemeinschaften Zuflucht in West- und Ostmalaysia.

Der Faktor Rasse

Es ist nicht weiter überraschend, dass die malaiisch dominierte Regierung nach der Unabhängigkeit Malayas, als sich Malaien und Nicht-Malaien ohne eine kontrollierende Supermacht selbst überlassen blieben, eine von den nicht-malaiischen Volksgruppen als diskriminierend empfundene Politik einsetzte. In diesem Zusammenhang muss das Programm zur positiven Diskriminierung im

Rahmen der Neuen Wirtschaftspolitik (NEP) angeführt werden, dessen Ziel die Umverteilung des Wohlstands war: Den Malaien sollte damit Gelegenheit gegeben werden, den Vorsprung der Chinesen in den Bereichen Wirtschaft und höhere Bildung aufzuholen. Es wurde ein Quotensystem eingeführt, nach dem ein gewisser Prozentsatz an Universitätsposten, Geschäftslizenzen und staatlichen Aufträgen an malaiische Bewerber vergeben werden musste.

So lobenswert die Ideologie der positiven Diskriminierung sein mag, in der praktischen Umsetzung wurde sie oft missbraucht, da auch wohlhabende und gebildete Malaien das Programm nur zu ihrer weiteren Bereicherung benutzten. So ist es zum Beispiel nichts Ungewöhnliches, dass im Fall von Staatsaufträgen, die zu 80 % für malaiische Bewerber vorgesehen sind, eine Handvoll malaiischer Elitegruppen mit den richtigen Beziehungen die meisten dieser Aufträge an sich reißt und nur ein kleiner Teil zum Rest der Bevölkerung durchdringt. Nicht anders verhält es sich bei den nicht-malaiischen Gruppen, wo reiche Chinesen und Inder mit politischen Beziehungen den Löwenanteil des Wirtschaftskuchens für sich beanspruchen. So hat das Programm für positive Diskriminierung die Kluft zwischen Arm und Reich nicht etwa wie vorgesehen verringert, sondern eine kleine Elite superreicher Malaien, eine nicht unbedeutende Mittelschicht sowie einen kleinen Kreis superreicher nicht-malaiischer Elitegruppen geschaffen, während diejenigen, die vorher arm waren – und dazu zählen viele Malaien, Inder und Chinesen – weiterhin arm sind.

Folglich scheint also die Rasse oder ethnische Zugehörigkeit der entscheidende Faktor bei der Diskussion um die Diskriminierung in Malaysia zu sein: Die Malaien gegen alle anderen Rassen, die Nicht-Malaien. Die Religion spielt bei dieser Auseinandersetzung eine eher untergeordnete Rolle, da sich die Ablehnung nicht etwa gegen das Christentum, den Buddhismus oder den Hinduismus richtet. Die Malaien als Volksgruppe und Rasse fühlten sich in der Vergangenheit ungerecht behandelt von den britischen Kolonialherren und korrigieren nun, da sie politische Macht innehaben, lediglich das von ihnen empfundene Ungleichgewicht, besonders im Bereich der Wirtschaft. Diese Situation entstand nicht deshalb, weil sie Muslime waren oder aufgrund islamischer Prinzipien, noch waren es die Christen oder Buddhisten, die um ihren Erfolg beneidet wurden, sondern vielmehr die Chinesen als ethnische Gruppe. Es ist dabei reiner Zufall, dass die meisten Chinesen Buddhisten, Konfuzianer oder Christen sind. Das wichtigste Identitätsmerkmal ist die Rasse oder Volkszugehörigkeit.

Es überrascht nicht, dass sich nach der Unabhängigkeit Malaysias die neu-geformte Regierung aus einer Koalition von politischen Parteien zusammensetzte, die sich mehr oder weniger auf Volkszugehörigkeit gründeten. Diese Koalition nannte sich Nationale Front und bestand aus mehr als einem Dutzend politi-

scher Parteien, die sich meist aufgrund von Rassenzugehörigkeit bildeten. So gibt es eine rein malaiische Partei, eine rein chinesische Partei, eine rein indische Partei usw. Ethnische Parteien sind eine Begleiterscheinung der ethnischen Politik, und die Grenze zu Chauvinismus und Rassismus ist nicht immer klar zu erkennen. Das ist nun einmal die Realität, der sich politische Parteien stellen müssen, um zu überleben.

Der Faktor Religion

Die Dinge nahmen eine neue Wendung, als sich aus der führenden politischen Partei innerhalb der Regierung der Nationalen Front, der United Malays National Organization (UMNO, dt.: Vereinigte Nationale Organisation der Malaien), aufgrund innerparteilicher Auseinandersetzungen eine Splittergruppe abspaltete, die sich Pan Malaysian Islamic Party (malaiisch PAS) nannte. Die PAS vertrat die Auffassung, dass die UMNO in ihrem Streben nach ungehinderter Entwicklung und Modernisierung auf Kosten der Religion zusehends weltlicher werde. Die Mitglieder der PAS waren zum großen Teil islamische Gelehrte und damit Verfechter einer religiösen Politik, und insbesondere der Errichtung eines islamischen Staates. Sie vertraten den Glauben, der Islam könne der Gesellschaft die nötige Führung geben, besonders bei der Ausrottung von Korruption, Klüngerei und Nepotismus – Übel, die ihrer Ansicht nach in der von der UMNO geführten Regierung wucherten. Da die PAS nun Oppositionspartei war, und noch dazu ein ernstzunehmender Gegner, musste die UMNO zum Gegenangriff übergehen. Denn da die politische Landschaft im Großen und Ganzen die ethnische Aufteilung des Landes widerspiegelte, warben beide Parteien um dieselbe Wählerschaft: die Malaien.

Den islamistischen Ambitionen der PAS setzte die UMNO eine Politik der Islamisierung entgegen, deren Ergebnis die umfassende Einführung pro-islamischer Politiken und Programme ist. UMNO und PAS versuchten sich gewissermaßen gegenseitig in ihrer Islamisierungspolitik zu übertrumpfen und jeweils islamischer zu sein als die andere. Dabei musste natürlich alles, was diesem Prozess im Wege stand, beseitigt werden. Zuwider laufende Interessen mussten eingedämmt werden. Die Kirche steht beispielsweise für eine Gruppe solcher zuwider laufenden Interessen. Und so musste zum Beispiel, um die Islamisierung der Schulen durchzusetzen, zunächst ein Entchristianisierungsprozess stattfinden. Im Zuge dieser Politik untersagte man christlichen Schulen, die seit über hundert Jahren existierten, christliche Symbole zu zeigen oder christlichen Religionsunterricht als Teil des offiziellen Stundenplans abzuhalten.¹ Christliche Missionare aus dem Westen konnten ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängern lassen. Es wurde zusehends schwieriger, eine Genehmigung für den

Bau von Kirchen² oder die Errichtung christlicher Friedhöfe usw. auf malaysischem Grund und Boden zu erhalten. In gewissem Sinne entzog man den Christen die ihnen von den Briten eingeräumten Privilegien nach und nach wieder.

Des weiteren gilt es zu berücksichtigen, dass der Islam genauso wie das Christentum eine Missionierungsreligion ist, mit dem Ziel, alle auf den einzig wahren Weg des Glaubens zu führen. Und so bestehen einerseits Bestrebungen, den Islam zu fördern, um neue Anhänger für diesen Glauben zu gewinnen, andererseits findet man Bemühungen, das Wachstum anderer Religionen zu beschneiden, besonders derer, die eine Bedrohung für den Islam darstellen könnten. In diesem Licht muss man versuchen, den glühenden Bekehrungseifer zu verstehen, mit dem muslimische Regierungsmitglieder politische Maßnahmen zur Eindämmung „ungläubiger“ Religionen ergreifen. Die Gesetze, die in diesem Zusammenhang verabschiedet wurden, dienen zum einen der Förderung des Islam und zum anderen dem Schutz gegen die Verbreitung anderer Religionen unter der muslimischen Bevölkerung. So gibt es zum Beispiel ein Gesetz, das es Nicht-Muslimen untersagt, Begriffe zu gebrauchen, die man für islamisch halten könnte, z.B. arabische Wörter wie „Allah“, „Nabi“ oder „Rasul“. Dieses Gesetz soll zwar eigentlich ungebildete Muslime vor dem Irrglauben schützen, die christliche Religion gleiche dem Islam, da etwa Christen und Muslime Gott auf dieselbe Weise anrufen, doch natürlich beschneidet es damit das Recht der Christen (und Anhänger anderer Religionen), diese Wörter in ihren eigenen Gebeten, Gottesdiensten und Lehren zu verwenden. In gleicher Weise schränkt das gesetzliche Verbot der Bibelübersetzung ins Malaiische, das darauf abzielt, der malaiischen Bevölkerung den Zugang zur Bibel möglichst zu erschweren, gleichzeitig auch das Recht derjenigen Christen ein, die in der malaiischen Sprache heimischer sind und die Bibel gern auf Malaiisch lesen würden. Sicher werden diese Gesetze in der Praxis kaum angewandt, sofern sich kein Muslim in seinem Glauben gefährdet sieht, und so verwenden die Kirchen z.B. weiterhin Bibeln in malaiischer Sprache. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, dass diese Gesetze für andere, weniger edle Zwecke missbraucht werden, ganz besonders in Krisenzeiten.

Darüber hinaus werden die Gesetze immer komplizierter und ihre Inhalte brisanter, sobald muslimische Regierungsmitglieder überspannte protektionistische Ambitionen an den Tag legen. So begeht zum Beispiel ein Muslim, der dem islamischen Glauben abschwört, eine Todsünde, und folglich verschärfen sich interreligiöse Spannungen, wenn ein Muslim zum Christentum übertritt. Nicht nur das Leben des vom Islam konvertierten Christen ist in Gefahr, auch die Kirche, die ihn getauft hat, wird geächtet. Die Situation wird noch heikler, wenn ein Christ, Buddhist oder Hindu sich dem islamischen Glauben zuwendet und nach einer Weile seine Gesinnung ändert und zum alten Glauben zurückkehren will.³ For-

maljuristisch ist eine solche Person durch die Konvertierung zum Islam an die islamischen Gesetze gebunden, und zwar leider unwiderruflich, selbst wenn jemand bei seiner Konvertierung nicht zurechnungsfähig oder noch sehr jung war. Es gibt noch ein weiteres Gesetz, das die strafrechtliche Verfolgung der Organisatoren von nicht-muslimischen religiösen Veranstaltungen zulässt, wenn Muslime an ihnen teilnehmen. Auch hierbei handelt es sich wieder um ein Gesetz, das eigentlich zum Schutz der Muslime und nicht zur Verfolgung anderer Religionen gedacht war, doch die praktische Realität sieht so aus, dass dieses Gesetz unter Umständen missbraucht werden kann. Dieses Gesetz hat im Übrigen dazu geführt, dass viele christliche Veranstaltungen wie Evangelisierungs-Festlichkeiten, Weihnachtskonzerte, Gesundheitsveranstaltungen usw. sich nunmehr gezwungen sehen, ein gut sichtbares Schild mit der Aufschrift „Zutritt nur für Nicht-Muslime“ aufzustellen. Diese Maßnahme allein verärgert natürlich die Buddhisten, Hindus und Sikhs, da sie so anmutet, als sei es moralisch korrekt, die Anhänger ihrer jeweiligen Religionen abzuwerben, denn es existieren keine entsprechenden gesetzlichen Verbote. Sie wünschen sich nun Gesetze, die auch die Anhänger ihrer Religionen schützen.

Schlussbemerkung

Das zuletzt Gesagte ließe sich so auslegen, dass in Malaysia tatsächlich Formen von religiöser Diskriminierung vorliegen. Wie jedoch aus der vorangegangenen Analyse hervorgeht, beruht diese Diskriminierung nicht so sehr auf Ressentiments, die sich gegen eine bestimmte Religion als solche richten, sondern ist mehr wirtschaftlicher und politischer Natur. Es wäre irreführend zu behaupten, diese Diskriminierung sei Ausdruck religiöser Verfolgung. Es wäre auch unzutreffend zu unterstellen, dass Christen aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden. Und dennoch lässt sich nicht leugnen, dass manches im Argen ist: Bestimmte Gruppen werden diskriminiert, und sei es auch „nur“ aus politischen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Gründen. Es steht der Kirche daher zu, sich weiterhin gegen diese Ungerechtigkeiten zu wenden, welche die grundlegenden Menschenrechte der Bevölkerung missachten.

Gleichzeitig müsste die Kirche jedoch auch alle anderen Formen der Diskriminierung verurteilen, von denen viele gewiss sehr viel schwerer und tiefgreifender sind als die, welche sich gegen Christen richten. Die Armen zum Beispiel, sowohl in den ländlichen Gebieten Malaysias als auch in den Städten, sind mit Sicherheit eine Gruppe, die nach wie vor diskriminiert wird, insofern, als sie bei Rechtsstreitigkeiten zwischen Arm und Reich (z. B. Bauunternehmern oder multinationalen Konzernen) oft den Kürzeren ziehen. Die einheimischen Volksgruppen, insbesondere aus dem unterentwickelten Ostteil Malaysias, wurden auch

oft Opfer von Diskriminierung: So wurde das Land ihrer Vorfahren häufig von der Regierung aufgekauft und an politisch verbündete Unternehmen der Holzindustrie übergeben. In den letzten Monaten wurden viele malaiische Muslime der PAS und der neu gebildeten Gerechtigkeitspartei (gegründet von der Ehefrau des ehemaligen stellvertretenden Premierministers, der abgesetzt und der Sodomie und Korruption angeklagt wurde, und zur Zeit eine lange Gefängnisstrafe absitzt) verfolgt, verhaftet und unter dem Gesetz zur Inneren Sicherheit festgehalten, nach dem eine Inhaftierung ohne Gerichtsverhandlung zulässig ist. Die Regierung unternahm außerdem Bemühungen, diese Malaier mit den Gruppen der Taliban und Dschihad in Verbindung zu bringen, die an der Brandschatzung von Kirchen in Indonesien beteiligt waren.

Diese und viele andere Fälle von Verfolgung und Diskriminierung sind sicherlich schwerwiegender als die Formen, denen sich Christen und andere nicht muslimische Gruppen gegenübersehen. Leider hat die Kirche jene Übergriffe bisher nicht eben lautstark verurteilt, außer in Fällen, in denen sie selbst Opfer der Diskriminierung ist. Als Entschuldigung dafür wird oft vorgebracht, die Kirche könne es sich aufgrund ihres Minderheitenstatus nicht erlauben, zu offen zu sprechen, da sie sich dadurch den Zorn der Machthaber zuziehen würde. Dabei würde es der Kirche im Falle Malaysias gut tun, sich nicht nur der Aspekte religiöser Diskriminierung gegen Christen anzunehmen, die zweifellos vorhanden sind, sondern auch all der anderen, oft viel schlimmeren Formen von Diskriminierung, besonders der vielen Fälle von Verfolgung malaiischer Oppositionsführer. Gewiss, wenn sie das täte, würde die Kirche wahrscheinlich wirklich ein Opfer der Verfolgung. Bis dahin muss man sich allerdings die Frage stellen: Werden Christen in Malaysia wirklich verfolgt?

Fußnoten:

- 1 Dies ist natürlich nicht anders als zu der Zeit, als christliche Missionare das Sagen hatten und religiöse Symbole anderer Religionen nicht gestattet waren; noch wurde in christlich geführten Schulen ein anderer als der christliche Religionsunterricht angeboten, obwohl die Mehrzahl der Schüler damals wie heute nicht dem christlichen Glauben angehörte.
- 2 Von den Christen wird oft beanstandet, dass nicht genügend Land für den Bau von Kirchen zur Verfügung stehe. Als Antwort führen die Muslime an, dass es in der Hauptstadt Kuala Lumpur, in der nur knapp 200.000 Christen leben, mindestens einige Hundert Kirchen gibt. Im Vergleich dazu finde man in Manila, einer Großstadt in einem Land mit überwiegend christlicher Bevölkerung, mehr als 200.000 Muslime, aber nicht einmal ein Dutzend Moscheen.
- 3 Es ist nichts Ungewöhnliches für Christen oder Buddhisten usw., zum Islam überzutreten, wenn sie einen Muslim/eine Muslimin heiraten möchten, doch wenn dann die Beziehung nicht mehr funktioniert, wollen sie häufig ihre alte Religion wieder annehmen.

Verfolgte Christen? Fallstudie Pakistan

Norris Nawab

Einführung

Pakistan ist ein hauptsächlich islamisches Land; siebzig Prozent der Bevölkerung sind Moslems, und nur drei Prozent der Bevölkerung gehören einer religiösen Minderheit an. Der Staat Pakistan wurde am 14. August 1947 gegründet. Die indische Moslemliga kämpfte als führende islamische Partei um einen von Indien unabhängigen Staat, Christen und Hindus spielten jedoch ebenfalls eine aktive Rolle bei der Schaffung des Staates Pakistan.

Schon in den Anfangsjahren des Staates entzündete sich die Debatte um die islamische Identität Pakistans. Mohammed Ali Jinnah, der Staatsgründer, nahm in dieser Frage eine ganz klare Position ein. Bei zahlreichen Gelegenheiten äußerte er sich unmissverständlich dahingehend, dass Pakistan kein theokratischer Staat, sondern ein säkularer und liberaler Staat sei. Sein früher Tod im Jahre 1948 öffnete für die fundamentalistischen islamischen Kräfte, die mit Nachdruck einen theokratischen Staat anstrebten, ein weites Spielfeld. Unterstützung fanden sie insbesondere bei dem Teil der Bevölkerung, der im Namen des Islam von Indien nach Pakistan kam. In der Zeit der Erringung der pakistanischen Unabhängigkeit kam es zur größten Bevölkerungsbewegung weltweit; im Zuge dieser Geschehnisse wurde zu beiden Seiten der Grenze ungefähr eine Million Menschen getötet.

1949 wurde die Grundsatzresolution in der verfassungsgebenden Versammlung verabschiedet. Entsprechend dieser Resolution wurde Pakistan zum islamischen Staat erklärt, und die Staatsbürgerschaft wurde ausschließlich Moslems gewährt. Hiermit wurde die Grundlage für den niedrigen Status von religiösen Minderheiten gelegt und die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme der Minderheiten verschärft.

In den Augen der islamischen Mehrheit dient der Staat Pakistan nur den Moslems; religiösen Minderheiten ist es zwar erlaubt, dort zu leben, ihr Status wird ihnen aber durch Staat und Gesellschaft zugewiesen. Die zwei größten Gruppen der religiösen Minderheiten, Christen und Hindus, werden als Ausländer behandelt, wobei Hindus als Inder, und Christen, wegen ihres christlichen Glaubens, als Europäer betrachtet werden.

Trotz der Erklärung in der Verfassung, dass alle Bürger gleich sind (Artikel 25 a), werden Minderheiten vom Staat durch verschiedene Gesetze diskriminiert. Auch die Gesellschaft schafft durch ungerechte Verfahrens- und Verhaltensweisen

unmenschliche Lebensbedingungen. So ist die Ansicht sehr weit verbreitet, Moslems dürften auf Grund ihres höheren Status keine Mahlzeiten gemeinsam mit Angehörigen religiöser Minderheiten einnehmen.

Minderheitengruppen

Derzeit hat Pakistan eine Bevölkerung von 141,3 Millionen Menschen; die Minderheiten, die ungefähr 7 bis 8 Millionen Menschen umfassen, machen also ca. 3 % der Gesamtbevölkerung Pakistans aus. Die Ursprünge von Christen und Hindus, welche die größten Minderheitengruppen stellen, gehen unter anderem zurück auf die Ahmadis, Parsis, Sikhs, Buddhisten und Bahais.

Obwohl überall in Pakistan Christen zu finden sind, stammen 98 % der Christen aus Punjab, wobei 60 % in den Dörfern von Punjab leben, der bevölkerungsreichsten Provinz Pakistans. Der Rest der christlichen Bevölkerung besteht aus Goanern, Anglo-Indern und Angehörigen anderer indischer Bevölkerungsgruppen. Einige kommen aus niedrigen Hindukasten wie etwa Kutchis, Parkaris, Kholis oder Marwaris in Sindh und sind erst kürzlich zum Christentum übertreten. Die meisten Christen aus Punjab gehörten früher den niedrigen Hindukasten an und waren arm, ausgebeutet und ungebildet. Auch nach über hundert Jahren der Missionsarbeit und der Unterstützung der Christen lässt sich noch keine wesentliche Verbesserung der Lebensbedingungen feststellen; nach wie vor leben die Christen unter schwierigsten Bedingungen.

Nach dem Tod des Staatsgründers Mohammed Ali Jinnah 1948 verschlechterte sich die Situation der religiösen Minderheiten, sie wurden diskriminiert und als Bürger zweiter Klasse behandelt, sie wurden verfolgt und politischem, religiösem, sozialem und wirtschaftlichem Druck ausgesetzt. Die Minderheiten fühlen sich als Fremde im eigenen Land, bedroht durch die Verbreitung islamischer Gesetze. Durch die Auslegung und die Umsetzung islamischen Rechts werden die religiösen Minderheiten in die Ecke getrieben, und fanatische Moslems agieren so, als sei der Staat ausschließlich für und durch Moslems geschaffen, was jedoch historisch falsch und obendrein ungerecht ist.

Vierundfünfzig Jahre nach der Staatsgründung werden die Ziele Jinnahs bezüglich der religiösen Minderheiten zwar verbal unterstützt, aber bis diese Ziele erreicht sind, ist es noch ein weiter Weg. Dennoch haben die Angehörigen von religiösen Minderheiten, und insbesondere die Christen, immer wieder bewiesen, dass sie in jeder Hinsicht engagierte Bürger des Landes sind.

Die in der Gesellschaft herrschenden Vorurteile gegenüber religiösen Minderheiten haben sich als wesentlicher Bestandteil der pakistanischen Kultur erwiesen und zeigen sich entweder durch diskriminierende Einstellungen gegenüber beispielsweise den Christen, aber auch durch offene Feindseligkeit gegenüber den

Hindus. Das Hervorheben des Islam als Staatsreligion hat zu einer Gesetzgebung geführt, in der die diskriminierende Haltung gesetzlich sanktioniert wird. Durch die offizielle Unterstützung von Fundamentalismus, durch die zahlreichen Zugeständnisse an den Fundamentalismus wird der Fanatismus ermutigt und religiöse Intoleranz als begrüßenswerte Einstellung gefördert. Im Laufe der Jahre haben sich gesellschaftliche Diskriminierung und religiöse Intoleranz verstärkt. Im Bericht zu den religiösen Minderheiten in Pakistan für den Zeitraum 1998/1999 wird von Begebenheiten berichtet, bei denen islamische Lehrer sich weigerten, Speisen zu sich zu nehmen, die von nichtislamischen Schülern zubereitet worden waren. Der aktuelle Bericht zur Situation religiöser Minderheiten legt zahlreiche Beweise für soziale Diskriminierung am Arbeitsplatz vor, wobei dies für öffentliche und private Beschäftigungsverhältnisse gleichermaßen gilt. Durch diese Diskriminierung, die sich u. a. bei Stellenbesetzung, Beförderung, Pensionen und Renten zeigt, haben die religiösen Minderheiten einen schweren Stand auf dem Arbeitsmarkt.

Siedlungen von religiösen Minderheiten werden von Behörden und Programmen, die für die öffentlichen Versorgungseinrichtungen zuständig sind, oftmals einfach ignoriert. Diese subtile Art der Diskriminierung zeigte sich bei Versorgung mit Wasser und Elektrizität, Schulen, Gesundheits- und Notfalldiensten. So wurde der von Christen bewohnten Siedlung Jhang City in Punjab der Zugang zum elektrischen Versorgungsnetz vorenthalten. Die für die Versorgung mit Wasser und Elektrizität zuständige Stelle, die WAPDA (Water And Power Development Authority) führte die Installationsarbeiten für die elektrischen Anschlüsse einfach nicht zu Ende, auch wenn die entsprechenden Gebühren von den Bewohnern längst bezahlt worden waren. Diese Siedlung wurde ignoriert, weil sie von Christen bewohnt wird.

Auf Grund der fehlenden Wasserversorgung konnten sich unter der christlichen Einwohnerschaft von Panjgor verschiedene Krankheiten ausbreiten. Fünfzehn Einwohner dieser Siedlung starben, weil keine elementaren Gesundheitseinrichtungen zur Verfügung standen. Windpocken konnten sich bei Kindern in der Siedlung ungehindert ausbreiten, und die Mitarbeiter der Polio-Impfkampagne schienen die Ortschaft überhaupt nicht zur Kenntnis zu nehmen. Eine Abordnung der christlichen Einwohnerschaft wandte sich an die lokalen Behörden und wies auf die vielen Mängel hin, es erfolgte jedoch keine Reaktion.

Seit der Erringung der Unabhängigkeit 1947 hat sich die ohnehin schlechte Situation der Minderheiten noch weiter verschlechtert. Die Gesetzgebung des Staates beruht auf dem Islam, und das Staatsoberhaupt, d.h. der Präsident, muss ein Moslem sein. Auch der Premierminister muss islamischen Glaubens sein, da der zu leistende Amtseid nur von einem Moslem abgelegt werden kann.

Tritt ein Christ zum Islam über, so wird dies in der Presse mit großem Wohlwollen und entsprechender Berichterstattung aufgenommen. Tritt jedoch ein Moslem zum Christentum über, erlassen die islamischen Geistlichen einen religiösen Erlass, die Fatwa; der zum Christentum Übergetretene wird zum Abtrünnigen erklärt und damit zum Tode verurteilt. (Fanatische) Moslems haben dann das Recht, den Abtrünnigen jederzeit zu töten. Wenn eine verheiratete christliche Frau einen Moslem heiratet und zum Islam übertritt, wird ihre christliche Ehe als null und nichtig erklärt, auch wenn der Übertritt und die Heirat mit dem Moslem erzwungen oder gar im Zuge einer Entführung erfolgt ist.

In unserem Land steht die religiöse Freiheit auf dem Spiel. Wir werden als „heiliges Kartell“ bezeichnet, wodurch der Eindruck erweckt wird, als ob die Christen nicht zu diesem Land gehörten, als ob wir Außenseiter wären. Ein in Pakistan weit verbreiteter Slogan lautet: „Pakistan ka matlab kiya? la Ilaha IL Allah, Muhammed Rasool Allah“, was übersetzt bedeutet: „Was bedeutet Pakistan? Es gibt keinen Gott außer Allah und Mohammed ist sein Prophet.“

Für islamische Schüler sind die Lehren des Islam obligatorischer Teil des Lehrplans, wohingegen es den religiösen Minderheiten nicht gestattet ist, ihre Religion in den Schulen zu lehren. Moslems können bei Ableistung religiöser Übungen (etwa Auswendiglernen des Korans) einen Teil ihrer Gefängnisstrafen erlassen bekommen; solche Konzessionen werden den Nichtmoslems nicht angeboten.

Zwar kann die christliche Religion „frei“ ausgeübt werden, doch gilt dies nur für die private Wohnung und die Kirchengebäude. Das Wort „frei“, das in diesem Zusammenhang noch in der von der ersten verfassunggebenden Versammlung am 12. März 1949 verabschiedeten Grundsatzresolution enthalten war, wurde mit dem von General Mohammed Zia ul-Haq ausgegebenen Präsidentenerlass Nr. 14 von 1985, mit dem dieses Dokument Teil der Verfassung wurde, aus Abschnitt 6 gelöscht. Für die Minderheiten war dies eine erschreckende Entscheidung.

Seit der Erringung der Unabhängigkeit 1947 hat sich die ohnehin schlechte Situation der Minderheiten noch weiter verschlechtert. Für die Angehörigen von religiösen Minderheiten ist es ausgesprochen schwierig, Zugang zu qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen zu bekommen. Sie werden durch zahlreiche Vorgaben der Verfassung und Gesetze diskriminiert.

Vor dem Scharia-Gericht ist die Zeugenaussage eines Christen gegen einen Moslem nur wenig wert. Seit 1973 lautet der Name des Staates „Islamische Republik Pakistan“, wodurch der Eindruck erweckt wird, als ob Nichtmoslems mit diesem Staat nichts zu tun hätten. Es ist einem nichtislamischen Anwalt nicht gestattet, vor dem Scharia-Gericht als Anwalt aufzutreten und zu fungieren, obwohl dies Artikel 10 der Verfassung widerspricht. Entsprechend diesem Artikel hat ein

Angeklagter das Recht, sich nach eigener Wahl einen Anwalt zur Verteidigung zu suchen. Die Blasphemiegesetze sind so vage gehalten, dass sie oftmals zur Regelung privater Zwistigkeiten missbraucht werden.

Übersicht über die wichtigsten Gesetze, durch welche die Rechte von Minderheiten, insbesondere von Christen, in Pakistan verletzt werden:

- Blasphemiegesetz 295c
- Hudood-Erlass
- Familiengesetze
- Gesetz zur Beweiskraft von Zeugenaussagen
- Qisas- und Diyat-Gesetz
- Getrennte Wahlverfahren für Minderheiten

Im Laufe der Zeit haben sich die Probleme der Minderheiten auf Grund des undemokratischen Systems und der fortschreitenden Islamisierung des Landes verschärft. Durch die vom Diktator Zia ul-Haq eingeführten brutalen Gesetze wurden die Lebensbedingungen immer unmenschlicher und die Situation der Minderheiten immer prekärer. Im Folgenden möchte ich kurz einige der diskriminierenden Gesetze vorstellen.

Blasphemiegesetze

Von den Blasphemiegesetzen sind insbesondere Paragraphen 295 B und C des Strafgesetzbuchs von Pakistan zu nennen. Sie wurden erst 1986 und 1991 im Zuge der Islamisierung des Strafrechts durch den damaligen Diktator eingegliedert. Entsprechend der heutigen islamischen Strafprozessordnung müssen mindestens zwei erwachsene Moslems mit untadeliger Lebensführung als Zeugen aussagen, um die erforderliche Beweiskraft zu erbringen. Der vorsitzende Richter in einem Verfahren muss ein Moslem sein. Nach islamischem Recht haben Zeugenaussagen von Minderheiten und Frauen einen geringeren Beweiswert als Aussagen von islamischen Männern.

Die wegen Blasphemie Angeklagten werden oftmals schon im Polizeigewahrsam, manchmal sogar noch im Gerichtssaal von fanatischen Moslems ermordet. Nur wenige Fälle werden bis zum Urteil verhandelt. Letztes Jahr versuchte General Pervez Musharraf, eine Verbesserung der rechtlichen Lage herbeizuführen, traf jedoch auf erbitterten Widerstand von Seiten der Geistlichkeit und gab seine Versuche schnell auf. Das Gesetz ist also immer noch so barbarisch wie einst. Die Minderheiten befinden sich in einer verzweiferten Lage. Am stärksten sind die Ahmadis, die Christen und die Hindus von den diskriminierenden und repressiven Gesetzen Pakistans betroffen, wobei die Christen und Ahmadis am weitesten in die Opferrolle gedrängt werden. Ihre Aussagen haben

vor Gericht keine Beweiskraft, sie haben keine Religions- oder Glaubensfreiheit und keinen Zugang zu höheren Ämtern im Militär oder in der Verwaltung.

Blasphemie gegenüber dem Islam wird wesentlich strenger geahndet als Blasphemie gegenüber anderen Religionen. In Pakistan gibt es keine Religions- oder Glaubensfreiheit. Der Römisch-Katholische Bischof von Faisalabad, Bischof John Joseph, beging sogar vor dem Gerichtshof in Sahiwal am 5. Mai 1998 Selbstmord, doch auch dieses Opfer vermochte die Verwaltung oder die Gesetzgebung nicht zu ändern.

Berichten zu Folge sind für den Zeitraum 1987 bis zum 18. August 1999 ungefähr 47 Christen den Blasphemiegesetzen zum Opfer gefallen. Im Zeitraum Januar bis Oktober 2000 wurden 15 Verfahren gegen 40 Ahmadis und 5 Verfahren gegen 6 Christen eröffnet.

Aus allen Teilen der Welt muss der Druck auf das System zunehmen, damit die Gesetze geändert und die Opfer geschützt werden können. Das theokratische System Pakistans nimmt vielen ehrlichen Bürgern ihre Freiheit und gar ihr Leben.

Die Blasphemiegesetze bestehen aus folgenden zwei Sätzen (Paragraphen 295 B und 295 C des Strafgesetzbuches von Pakistan):

Paragraf 295 B des Strafgesetzbuches von Pakistan: Beschmutzen o. Ä. einer Ausgabe des Heiligen Korans: Wer eine Ausgabe des Heiligen Korans oder eines Teils davon absichtlich beschmutzt, beschädigt oder entweiht oder in abfälliger Weise oder zu ungesetzlichem Zweck verwendet, soll mit lebenslanger Gefängnisstrafe bestraft werden. Die Todesstrafe soll erleiden, wer den Namen des Propheten des Islam beschmutzt; lebenslange Gefängnisstrafe ist vorgesehen für den, der den Heiligen Koran entweiht.

Paragraf 295 C Strafgesetzbuches von Pakistan: Entweihende Äußerungen u. Ä. Aus Respekt gegenüber dem Heiligen Propheten: Wer durch gesprochene oder geschriebene oder bildlich dargestellte Worte oder durch Bezeichnungen, versteckte Andeutungen oder Anspielung den geheiligten Namen des Heiligen Propheten (Friede sei mit Ihm) beschmutzt, soll mit dem Tode bestraft werden.

Hudood-Erlass

Dieses Gesetz wurde am 22. Februar 1979 erlassen und befasst sich mit Diebstahl, Trunkenheit, Ehebruch, Vergewaltigung und falscher Zeugenaussage. Der Zina-Teil des Erlasses ist in zwei Abschnitte unterteilt, zum einen Zina (Ehebruch und Unzucht), zum anderen Zina-biljabar (Vergewaltigung). Mit Hilfe dieser Vorschriften können Frauen mühelos und oftmals fälschlicherweise des Ehebruchs angeklagt werden.

Familiengesetze:

Das herrschende Recht bietet christlichen Familien keine Sicherheit. Wird eine christliche Ehefrau entführt und erklärt sie dann ihren Übertritt zum Islam, so wird die erste Ehe null und nichtig erklärt.

Gesetz zur Beweiskraft von Zeugenaussagen bzw. Qanoon-e-Shahadat:

Dieses Gesetz, das auch nicht-islamische Frauen diskriminiert, trat 1984 in Kraft. Das Gesetz legt fest, dass die Zeugenaussage eines islamischen Mannes in der Beweiskraft den Zeugenaussagen von zwei islamischen Frauen oder von vier nichtislamischen Männern gleichzustellen ist. Wie viele nichtislamische Frauen nötig sind, um die Beweiskraft eines islamischen Mannes zu erlangen, ist nicht endgültig geregelt. In Fällen, in denen einem angeklagten Moslem die Todesstrafe droht, ist die Aussage von nichtislamischen Zeugen im Verfahren nicht zulässig. In solchen Fällen dürfen Frauen, selbst wenn sie die Opfer des zu bestrafenden Verbrechens waren, nicht als Zeugen aussagen.

Qisas- und Diyat-Gesetz:

Qisas bedeutet wörtlich übersetzt Vergeltung im Sinne von Auge um Auge, Zahn um Zahn. Diyat bedeutet Blutgeld im Fall von Mord, finanzielle Entschädigung für Körperverletzung an Stelle von Vergeltung. Das Gesetz dient der Bestrafung von Mord und Körperverletzung, diskriminiert jedoch durch die geforderte Anzahl von Zeugen zur Verhängung der Todesstrafe Frauen, die als Zeuginnen nur in Verfahren mit niedrigerem Strafmaß zugelassen sind. Zeugenaussagen von Christen sind nur verfahrenswirksam, wenn der Angeklagte ebenfalls christlichen Glaubens ist. Die Entschädigungsvorschriften im Diyat sind ebenfalls klar diskriminierend, da das für Mord oder Körperverletzung von Frauen an die geschädigte Partei zu zahlende Blutgeld nur die Hälfte des Betrags beträgt, der für Männer zu zahlen wäre. Sind Frauen jedoch die Angeklagten, so haben sie die gleichen Strafen wie Männer zu erwarten. Dasselbe gilt übrigens für Christen.

Durch die Islamisierung stehen die Frauen auf einer den Männern untergeordneten Position. Ihre Aussagen gelten nur halb soviel wie die von Männern; wenn sie entführt oder vergewaltigt werden, müssen mindestens zwei Frauen gegen einen islamischen Mann aussagen, damit die Zeugenaussage anerkannt wird. In der Mehrzahl solcher Fälle finden die Betroffenen keine zweite Frau, die ihre Aussagen stützt, manchmal werden sie zum Stillschweigen gezwungen oder auf vielerlei Wegen bedroht. Das ist der Grund, warum die Anzahl von Gewaltfällen gegen Frauen im Land so stark zunimmt. Alle Gesetze, die Frauen diskriminieren und die Diskriminierung von Frauen rechtlich stützen, müssen

aufgehoben werden. Im Falle einer Frau christlichen Glaubens verdoppelt sich die gegenüber einer islamischen Frau ausgeübte Diskriminierung ja noch, da sie zum einen eine Frau und darüber hinaus auch Angehörige einer Minderheiten-gruppe ist.

Getrennte Wahlverfahren für Minderheiten:

Christen und alle anderen religiösen Minderheiten sind politisch durch eine ungleiche Trennung der Wahlbevölkerung vom Hauptteil der Einwohnerschaft getrennt. Moslems können nur von Moslems gewählt werden, und Christen dürfen nur Christen wählen. Der Ausschuss für Gerechtigkeit und Frieden ist der Ansicht, dass dies religiöse Apartheid ist.

Im Land herrscht ein System der getrennten Wahlverfahren, das Apartheid im Namen der Religion festschreibt, ein System, in dem Moslems und Nichtmoslems sich nicht gegenseitig wählen können. Angehörige von Minderheiten werden dadurch zu Bürgern zweiter Klasse degradiert, die keinen Einfluss auf die Politik der Regierung haben. Zahlreiche Organisationen von Minderheiten, aber auch Einzelpersonen, fordern zunehmend eine Änderung dieses Systems. Die derzeitige Regierung versprach, das gemeinsame Wahlverfahren wieder herzustellen, sie hielt dieses Versprechen jedoch für die am 31. Dezember 2000 abgehaltenen Kommunalwahlen nicht.

Neues System der Kommunalregierung

Im Jahr 2000 wurde von der derzeitigen Regierung eine Umgestaltung der Kommunalregierungen vorgenommen, durch welche die Minderheiten noch weiterer Diskriminierung unterliegen. Im Rahmen dieser neuen Struktur werden die Minderheiten nun nach Geschlechts- und Klassenzugehörigkeit diskriminiert. In den neugegliederten Kommunalregierungen werden Sitze in den Kommunalparlamenten speziell für Frauen reserviert, nichtislamische Frauen haben jedoch kein Anrecht auf diese Sitze. Dadurch werden sowohl Vorschriften des Strafgesetzbuches von Pakistan als auch die UN-Erklärung zu den Rechten von Angehörigen nationaler oder ethnischer, religiöser und linguistischer Minderheiten (Art. 2.2 und Art. 4) verletzt. Darüber hinaus ist der kulturelle Druck in Pakistan so stark, dass Frauen sich kaum mit Aussicht auf Erfolg zur Wahl stellen können.

Diskriminierung von Frauen, die 50 Prozent der Bevölkerung stellen, ist in Pakistan überall anzutreffen, Gewalt gegen Frauen und die Praxis der Tötung von Frauen zur Wiederherstellung verletzter Ehre ist weit verbreitet. Wie sich in der neuen Struktur der Kommunalregierung zeigt, haben nichtislamische Frauen darüber hinaus noch weniger Rechte als islamische Frauen.

Die neue Struktur der Kommunalregierung führt zu Diskriminierung auf der Grundlage von Klassenzugehörigkeit und Beruf. Für islamische Kleinbauern und Arbeiter wird eine bestimmte Anzahl Sitze in den Parlamenten reserviert, Angehörige religiöser Minderheiten haben hierauf jedoch keinen Anspruch. Islamischen Grundherren wird durch diese systematische Manipulation der Demokratie die Möglichkeit zu mehr Kontroll- und Einflussmöglichkeiten gegeben, gleichzeitig wird das Feudalsystem durch die neue Struktur verstärkt.

Beispiele für die Diskriminierung von Minderheiten in Pakistan, insbesondere von Christen

Bedrohung einer christlichen Lehrerin

Frau Suryia arbeitet als Lehrerin in einer staatlichen Schule im Bezirk Toba Tek Singh (Chak 424 J.B.). Als sie christlichen Schülern auf deren Bitten hin Bibeln und andere christliche Literatur zur Verfügung stellte, erhielt sie Drohanrufe und Drohbriefe von Unbekannten, in denen angedroht wurde, man würde ihren Sohn entführen oder töten und ihre Tochter vergewaltigen, wenn sie nicht sofort die Verbreitung christlicher Lehre in der Schule unterlassen würde. Darüber hinaus erhielt sie Briefe mit wüsten Beschimpfungen und Beschuldigungen.

Gotteshäuser

Obwohl man in Karachi einige Hindu-Tempel und sogar eine verlassene Synagoge besuchen kann, wird den Gotteshäusern von religiösen Minderheiten in Pakistan, wie übrigens auch in anderen Teilen Südasiens, offene Feindschaft entgegen gebracht. Es sei nur an die religiös motivierte Welle von Gewalt erinnert, die 1997 über Shantinagar hereinbrach. Bei diesem brutalen Vorfall zerstörte ein aus 2000 bis 3000 fanatischen Moslems bestehender Mob das im Bezirk Khanewal in Punjab liegende christliche Dorf. 80 Prozent der Häuser wurden dabei vollständig zerstört, 13 Kirchen niedergebrannt, Tausende von Bibeln und anderen christlichen Büchern verbrannt, privates Eigentum im Wert von mehreren Millionen Dollar vernichtet und geraubt. Zahlreiche Mädchen aus den christlichen Familien wurden vergewaltigt. Bis heute ist noch keiner der Schuldigen bestraft worden.

Schwierigkeiten bei der Erteilung von Baugenehmigungen für Kirchen

In einem Fall brauchten die örtlichen Behörden mehr als zehn Jahre, um die Genehmigung für den Bau einer Kirche in Islamabad, der Hauptstadt Pakistans, zu erteilen.

Auch nach Jahren des mühseligen Kampfes mit den Behörden gelang es in Shadbagh, Lahore, nicht, die erforderliche Baugenehmigung für eine Kirche zu bekommen.

Fanatische Moslems ermordeten 1977 den evangelischen Pfarrer Nur Alam, weil er versuchte, eine Kirche in Sheikhpura zu errichten.

Übertritt zur anderen Religion

In den Nachrichten war zu lesen, dass Mitarbeitern der vom bekannten pakistanischen Kricketspieler Imran Khan in Lahore gegründeten privaten Shaukat Khanum Memorial-Krebsklinik vorgeworfen wurden, sie hätten einen Patienten zum Übertritt zum Islam gedrängt und ihm im Gegenzug kostenlose Behandlung versprochen. Es gibt viele Begebenheiten, bei denen Übertritte zur anderen Religion Skandale und Befürchtungen hervorgerufen haben; unbegründete Vorwürfe gegen Christen und Ahmadis wegen angeblichen Bekehrungsversuchen fanden ihren Weg in die Schlagzeilen. Andererseits gab es in diesem Jahr auch regelmäßig Presseberichte über Christen, die zum Islam übergetreten sind. In den meisten Fällen handelte es sich um Übertritte im Zuge einer Heirat, oft auch ohne die Zustimmung der Eltern. Dennoch haben in vielen Fällen auch wirtschaftlicher Zwang, Druck oder Drohungen eine Rolle gespielt.

Im vergangenen Jahr berichtete die Presse von 64 Fällen, in denen ein Nichtmoslem zum Islam übergetreten ist. Allein in Lahore wurden in diesem Jahr allerdings bereits über 113 solcher Fälle in vier Tageszeitungen berichtet.

Friedhöfe für Christen

Eines der größten Probleme für die Angehörigen der christlichen Minderheiten, insbesondere für die Einwohner der großen Städte, sind die Friedhöfe für Christen. Alle Friedhöfe, die derzeit noch in Betrieb sind, wurden zur Kolonialzeit unter den Briten angelegt, und seit dieser Zeit sind kaum neue Flächen hinzugekommen. Es gibt sogar Orte wie Waziristan nahe der Grenze zu Afghanistan, wo Christen ihre Toten nicht begraben dürfen. Sie sind gezwungen, entweder nach Peschawar, der Hauptstadt der Nordwestlichen Grenzprovinz, die etwa 200 Kilometer südlich der afghanischen Grenze liegt, zu reisen, oder sie müssen ihre Angehörigen in die Provinz Punjab überführen, wo 80 Prozent der Christen leben. In einigen Ortschaften werden ehemalige Friedhöfe für Christen zu kommerziellen Zwecken genutzt.

Die Angehörigen der christlichen Minderheit sind wirtschaftlich unterprivilegiert und gehören zu den Ärmsten der Bevölkerung. Es gibt nicht einen christlichen Eigentümer einer Mühle, einer Fabrik oder eines anderen größeren Unternehmens. In fast allen mehrheitlich von Moslems bewohnten Ortschaften wird den Christen eine gemeinsame Fläche im Dorf für den Bau ihrer Häuser zugewiesen, und im ganzen Land gibt es keine christliche Siedlung und kein christliches Dorf, das über alle Grundversorgungssysteme wie sauberes Trinkwasser, Gas, befestigte Straßen, Abwassersystem, Telefon, Schule, Klinik, Spielplätze u. s. w. verfügt. Die Mehrzahl der in diesen Dörfern lebenden Christen sind gewissermaßen die Sklaven der jeweiligen Grundherren. Es gibt zahlreiche Fälle von christlichen Frauen und Mädchen, die in den Häusern von Moslems arbeiten und dort vergewaltigt wurden, ohne dass die Täter in irgend einer Weise zur Verantwortung gezogen worden sind.

Verstaatlichung von christlichen Schulen und Hochschulen

Unter der Regierung des Premierministers Zulfikar Ali Bhutto wurden 1972 die meisten christlichen Schulen und Hochschulen verstaatlicht. Verschiedene Nachfolgeregierungen wie die von Benazir Bhutto, Mohammed Khan Junejo, Nawaz Sharif und sogar die derzeitige Regierung haben die Rückgabe dieser Schulen an die christlichen Eigentümer versprochen, bisher sind jedoch nur die wenigsten Einrichtungen wieder in die Hände der Eigentümer zurück gegangen. Dieses von Ungerechtigkeit geprägte Vorgehen beeinträchtigte nicht nur die christliche Minderheit, sondern das Erziehungs- und Bildungssystem als Ganzes und führte zu einer allgemeinen Verschlechterung des Bildungsstandards. Nur widerwillig gab die Provinzregierung von Punjab das Versprechen, die Schulen zurückzugeben und legte ein kompliziertes Rückgabeverfahren fest mit dem Vorwand, die Rechte des Schulpersonals zu schützen. Die Kirchen wurden aufgefordert, eine Einlage in Höhe von 6 Monatsgehältern der beschäftigten Lehrer und des sonstigen Schulpersonals beim Finanzministerium zu leisten; diese Einlage belief sich auf 25 Millionen Rupien. Die Einlage wurde vor dreieinhalb Jahren eingezahlt, bis heute belaufen sich die dadurch verursachten Zins- und Gewinnverluste auf 10 Millionen Rupien. Darüber hinaus hatte die Regierung festgelegt, dass Lehrer und sonstiges Schulpersonal die Möglichkeit haben sollten, entweder an der Schule zu bleiben oder nach drei Monaten an eine staatliche Schule zu wechseln. Einige der Schulen wurden darüber hinaus in desolatem Zustand, ohne Fenster oder Türen, zurück gegeben.

Verbrechen gegen christliche Frauen

Entführung und Vergewaltigung von weiblichen Angehörigen der christlichen Minderheit ist ein sehr schwer wiegendes Thema. Oftmals werden diese Frauen, nachdem sie entführt und vergewaltigt wurden, dazu gezwungen, zum Islam überzutreten, insbesondere in ländlichen Gebieten, in denen Christen und Hindus die Minderheit stellen.

Die Täter bei diesen Verbrechen sind Männer, die der Bevölkerungsmehrheit angehören. Bei den Strafverfolgungsbehörden und bei der Mehrheit der Gesellschaft herrscht die Einstellung vor, dass solche gegenüber Angehörigen der Minderheit begangenen Verbrechen eher zu entschuldigen sind, als wenn sie gegenüber islamischen Frauen begangen worden wären. Diese Art der Gewalt gegen christliche Frauen umfasst Fälle von Vergewaltigungen, auch durch mehrere Täter begangene Vergewaltigungen, Entführungen, Misshandlung und Folter am Arbeitsplatz, Entkleiden und demütigendes Zurschaustellung von Frauen etc.

Aber es gibt nicht nur die geschlechtsspezifische, gegen Frauen gerichtete Gewalt, sondern Angehörige der christlichen Minderheit werden allgemein oft Opfer von Gewalt. So wurde im August 2000 im Bezirk Sheikhpura ein christliches Paar öffentlich von dem Grundbesitzer, für den es arbeitete, geschlagen, die Frau wurde nackt ausgezogen und obendrein wurde ihr zur weiteren Demütigung der Kopf kahlrasiert. Gegen den Grundbesitzer wurde keinerlei Maßnahme von öffentlicher Seite eingeleitet.

Oftmals finden gewalttätige Angriffe auf die Angehörigen der christlichen Minderheit durch Einzelne statt, ohne dass die Polizei irgend etwas zum Schutz oder zur Hilfe der Angegriffenen tun würde. Seit Oktober 1999 wurden über mehrere Fälle von Angriffen auf Christen berichtet, bei denen die Angegriffenen zu Tode kamen. So wurde beispielsweise in Gujranwala ein junger Christ, nachdem er einen islamischen Jugendlichen aufgefordert hatte, ein christliches Mädchen nicht weiter zu belästigen und zu bedrängen, durch den so Zurechtgewiesenen getötet.

Zusicherung der Verteidigung von Minderheitenrechten

Die gegenwärtige Regierung von General Musharraf hat im Unterschied zu allen Vorgängerregierungen anerkannt, dass die Rechte der Minderheiten nicht in ausreichendem Maße gewahrt werden und dass oftmals religiöse Themen zu politischen Zielen missbraucht worden sind. Mit dem geplanten Maßnahmenkatalog verfolgt die Regierung das Ziel, den in der Verfassung von Pakistan verankerten Schutz der Menschenrechte aufrechtzuerhalten, auch wenn dieser im Rahmen der Ausrufung des Notstands am 14. Oktober 1999 aufgehoben wurde. Das Recht auf Religionsfreiheit gehört zu den in der Verfassung verbrieften Rechten,

die gültig geblieben sind. In Artikel 20 der Verfassung heißt es:

In den Grenzen des Rechts, der öffentlichen Ordnung und der Moral

- hat jeder Bürger das Recht, sich zu seiner Religion zu bekennen, sie auszuüben und zu verbreiten;

- hat jede religiöse Gruppierung und damit verbundene Sekte das Recht, eigene religiöse Einrichtungen zu gründen, zu betreiben und zu verwalten.

In Artikel 21 wird der Schutz vor Besteuerung zu religiösen Zwecken verankert, und Artikel 22 enthält Regelungen zu Fragen der Religionserziehung.

Am 17. Oktober 1999, nur wenige Tage nach dem Umsturz durch das Militär, sagte General Musharraf in seiner ersten Ansprache an die Nation: „Lassen Sie mich einige Bemerkungen zum Missbrauch von Religion machen. Der Islam lehrt Toleranz statt Hass, Brüderlichkeit statt Feindschaft, Frieden statt Gewalt und Fortschritt statt Engstirnigkeit. Ich habe großen Respekt für die Ulema (die Religionsgelehrten) und erwarte von ihnen, dass sie den Islam aktiv im rechten Licht erscheinen lassen.“

Die religiösen Minderheiten leben unter den hier beschriebenen Bedingungen in dem von uns geliebten Land. Sie werden ihrem Glauben, aber auch ihrer Heimat treu bleiben; sie werden nicht davon ablassen, gegen sie begangene Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen mit lauter Stimme anzuklagen. Die Heilige Schrift und die Kirchengeschichte, die von der Verfolgung, Demütigung, Verachtung und Ermordung von Christen erzählt, ermutigt die Christen in Pakistan, auf ihrem Weg fortzuschreiten. Sie haben gelernt, unter diesen Bedingungen zu leben.

Man ist versucht, sich die Frage zu stellen, warum die Moslems in Pakistan die dort lebenden religiösen Minderheiten auf solche Weise behandeln. Auf diese Frage können verschiedene Antworten gegeben werden. Zum einen könnte es sein, dass die Moslems den Islam bedroht fühlen, oder sie empfinden ihr Handeln als eine Art Vergeltung gegenüber dem Westen. Viele Moslems sind der Auffassung, dass sie in und von den westlichen Ländern, die ja christliche Länder sind, nicht gut behandelt werden. Darüber hinaus waren zahlreiche islamische Länder vormals Kolonien westlicher Länder, und vor diesem Hintergrund üben die Moslems nun Vergeltung an den in den islamischen Ländern lebenden religiösen Minderheiten, insbesondere den Christen.

Schlussfolgerungen

Die bisherigen Ausführungen belegen die intolerante Haltung der religiös geprägten Bevölkerungsteile gegenüber den Christen. Die im Land lebenden Christen sind oftmals gezwungen, als Bürger zweiter Klasse ihr Leben zu führen oder zum

Islam überzutreten. Dies steht jedoch klar im Widerspruch zu dem Versprechen des Gründervaters der Nation, Mohammed Ali Jinnah, der am 11. August 1947 (drei Tage vor Staatsgründung) in einer Ansprache an die erste verfassunggebende Versammlung von Pakistan Folgendes erklärte:

„Ihr seid frei, ihr könnt in diesem Staat Pakistan eure Tempel aufsuchen, ihr könnt eure Moscheen aufsuchen, ihr könnt irgend einen anderen Ort aufsuchen, um dort euren Gott zu ehren. Es ist gleich, welcher Religion oder welchem Glauben ihr angehört, denn dies hat nichts mit den Geschäften des Staates zu tun. ... Wir beginnen mit dem grundlegenden Prinzip, dass wir alle Bürger, und zwar Bürger mit gleichen Rechten, in diesem Staat sind. ... Im Laufe der Zeit werdet ihr feststellen, dass Hindus nicht mehr Hindus sind und Moslems nicht mehr Moslems, und zwar nicht im religiösen Sinne, denn es handelt sich ja um den persönlichen Glauben eines jeden Einzelnen, sondern im politischen Sinne, als Bürger des Staates.“

Es ist die Aufgabe der Regierung, sicherzustellen und entsprechende Schritte einzuleiten, dass die Versprechen Jinnahs auch im Fall der religiösen Minderheiten in Pakistan erfüllt werden.

Ich möchte Ihnen versichern, dass die religiösen Minderheiten durchgängig eine positive Rolle beim Aufbau des Landes gespielt haben, insbesondere auf dem Gebiet der Bildung, der Gesundheit und der sozialen Dienste. Sie werden auch weiterhin eine konstruktive Rolle spielen, Brücken zwischen Christen und Moslems schlagen und sich für eine Kultur des Friedens und der Toleranz einsetzen. Dialog und Versöhnung zwischen islamischen und nichtislamischen Gemeinschaften sowie Gleichheit und soziale Gerechtigkeit gehören zu den Zielen, welche die Christen anstreben.

Empfehlungen:

Ich möchte Ihrer Regierung und der Regierung von Pakistan einige Empfehlungen vorlegen.

1. Die Regierung von Pakistan möge alle diskriminierenden Gesetze, einschließlich der Blasphemiegesetze in Paragraf 295 B und 295 C des pakistanischen Strafgesetzbuches, aufheben.
2. Die Regierung von Pakistan möge die in der Verfassung von Pakistan verankerten Grundrechte wirksam umsetzen.
3. Die Regierung möge das System der getrennten Wahlverfahren für Minderheiten abschaffen. Ich appelliere mit Nachdruck an das deutsche Parlament und an die Weltgemeinschaft, die pakistanischen Behörden schriftlich zur unverzüglichen Wiedereinsetzung des Systems des gemeinsamen Wahlverfahrens aufzufordern.

4. Die Regierung von Pakistan möge energische Maßnahmen gegen die fundamentalistischen Organisationen in diesem Land, die sektiererische und religiöse Intoleranz fördern, ergreifen. Die religiösen extremistischen Gruppen sind zu entwaffnen und ihre sektiererischen Betätigungen sind zu beobachten und zu unterbinden. Internationale Menschenrechtsorganisationen sind aufgerufen, die Aktivitäten dieser Gruppen in Pakistan zu überwachen.
5. Die Regierung von Pakistan möge von der Weltgemeinschaft dazu bewegt werden, den Menschenrechtsstatus und die Politik gegenüber religiösen Minderheiten, insbesondere gegenüber den Christen, zu verbessern.
6. Die Regierung von Pakistan möge eine Politik in Richtung eines modernen, liberalen und säkularen Pakistans, wie es den Vorstellungen des Staatsgründers Mohammed Ali Jinnah entspricht, betreiben. Alle Verfassungsartikel, die zur Entfremdung und Diskriminierung von religiösen Minderheiten beitragen, sind zu ersetzen.
7. Die in den Schulen und Hochschulen von Pakistan verwendeten Lehrbücher mögen überarbeitet und alles darin enthaltene Material, das zu Hass und einer Mentalität der Voreingenommenheit gegenüber Christen beiträgt, entfernt werden. Die Rolle der Christen bei der Schaffung und Entwicklung des Staates Pakistan möge veröffentlicht und in die Lehrbücher der Schulen und Hochschulen aufgenommen werden. Für die einer religiösen Minderheit angehörenden Schüler und Studenten ist religiöse Unterweisung in deren Religion als Fach in Schulen und Hochschulen anzubieten. Religionsfreiheit und die grundlegenden religiösen Werte aller Religionen sollen Teil der Lehrbücher in Schulen und Hochschulen sein.
8. Die Menschenrechtsverträge, die noch nicht ratifiziert sind, mögen ratifiziert werden.
9. Die Regierung möge die in den bereits ratifizierten Verträgen enthaltenen Bestimmungen als Zeichen des Willens zur Zusammenarbeit mit den internationalen Vertragsorganen, UN-Mechanismen und UN-Sonderverfahren umsetzen.
10. Die Regierung möge den Sonderberichterstatter zu Fragen religiöser Intoleranz zu einem Besuch nach Pakistan einladen.

Die religiösen Minderheiten Pakistans und insbesondere die Christen glauben an Gleichheit und soziale Harmonie, sie führen einen harten Kampf für dieses hohe Ziel. Sie möchten, dass Pakistan ein modernes, entwickeltes und in der Welt

respektiertes Land mit echten demokratischen Normen und Werten wird, wo jeder Bürger respektiert werden muss und gleiche Möglichkeiten zur Entwicklung und Partizipation an den Angelegenheiten des Staates erhält.

Als Vertreter der Minderheiten von Pakistan rufen wir die Staatengemeinschaft auf, die Entwicklung hin zu einem demokratischen, fortschrittlichen und liberalen Pakistan zu unterstützen, in dem niemand wegen seiner Religion, seinem Geschlecht oder seiner ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert werden kann. Wir sind ein Volk der Hoffnung, und wir hoffen, dass unsere Bemühungen Früchte tragen und wir in Frieden in unserem Heimatland leben werden. Wir glauben an einen gewaltlosen Kampf, den wir so lange fortzuführen gewillt sind, bis wir unser Ziel einer gerechten Gesellschaft, in der wir als gleichberechtigte Bürger und Pakistanis erachtet werden, erreicht haben.

Schließen möchte ich meine Ausführungen mit den Worten Mahatma Gandhis, des großen Mannes des Friedens, der an den gewaltlosen Protest glaubte: „Was ist der Glaube wert, wenn er nicht zur Tat wird.“ Dies ist genau das, was wir tun. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

„Verfolgte Christen?“ Fallstudie Syrien

Antoine AUDO S.J.

Bevor wir über die Verfolgung von Christen in den Ländern des Mittleren Ostens und besonders in Syrien sprechen, sollten wir einen Blick auf den Islam und auf all das werfen, was er – mit einem leider kaum verhohlenen Bestreben nach Rache – in bezug auf Gerechtigkeit, Autonomie und die Anwendung der Gesetze des Korans für sich beansprucht.

Wenn wir uns die bewaffneten Auseinandersetzungen in der heutigen Welt anschauen, so müssen wir feststellen, dass sie sich zu 90 % in den arabischen und muslimischen Ländern abspielen. Es gibt Konflikte zwischen Israel und Palästina, im Irak, im Sudan, in Ägypten, Libanon und Algerien, außerhalb der arabischen Welt im Iran, in Indonesien, Afghanistan, Tschetschenien, im Kosovo, auf den Philippinen und seit kurzem die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen in Nigeria.

Heute, am Ende des 20. Jahrhunderts und zu Beginn des neuen Jahrtausends trägt der Islam – eine Religion, die auf der südlichen Halbkugel weit verbreitet ist – schwer an den Folgen einer westlich geprägten Moderne, die traditionellen religiösen Vorstellungen kritisch gegenübersteht, die Beziehung des Menschen zur Natur verändert und ein neues Verständnis von Menschenrechten mit sich bringt.

Angesichts der Macht dieser als christlich geltenden westlichen Welt, die für sich das Recht beansprucht, über das Schicksal der Menschheit zu bestimmen, fühlen sich die von ihrer heiligen Religion überzeugten Anhänger des Islam gedemütigt und entrechtet.

Dies hat in allen Ländern des Nahen Ostens zu einem Erstarken der islamistischen Kräfte und damit zu einer Veränderung des „Zusammenlebens“ in den arabisch-muslimischen Gesellschaften geführt. Der religiöse Fundamentalismus ist für die in den Ländern des Islam lebenden Christen zu einer Bedrohung geworden. Indem er eine öffentliche islamische Ordnung propagiert, treibt er einen Keil zwischen die „muslimischen“ und die „christlichen“ Bürger. Dadurch wird die politische Identität der Christen in Frage gestellt und die nationale Loyalität der Nicht-Muslime in Zweifel gezogen.

Die Baath, eine syrische Volkspartei. Der Nasserismus

Als Folge dieser Entwicklungen ist zu beobachten, dass die (in den 50er Jahren besonders von den Christen in den sozialistischen und nationalistischen arabischen Parteien geförderte) Entkonfessionalisierung wieder rückläufig ist und dass sich immer weniger christliche Intellektuelle an der philosophisch-politischen Debatte über die arabische Welt beteiligen. In dem ursprünglichen laizistischen Konzept wurde die Integration von Christen innerhalb der arabischen Nationalstaaten gepriesen und eine Einbeziehung aller Bürger befürwortet. Heute, nach dem Fall der Berliner Mauer, die nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt von großer symbolischer Bedeutung war, und auch angesichts der Schwächung des arabischen Nationalismus, gewinnt der muslimische Fundamentalismus als politisch-religiöse Ideologie an Boden und zieht Menschen in seinen Bann, die nach eschatologischen oder apokalyptischen Visionen dürsten, wie wir am Beispiel von New York unlängst feststellen mussten.

Im übrigen ist festzustellen, dass die Gemeinschaftsmodelle, die zur Integration von Christen in die Gesellschaft beigetragen haben, sich in einer Krise befinden und nicht mehr zeitgemäß sind:

- Das libanesische Modell: Formelle Gemeinschaftssysteme.
- Das Modell der Baath-Partei (Syrien-Irak): Unterordnung religiöser Identitäten unter einen laizistisch geprägten Nationalismus.
- Das ägyptische Modell: Nationale Integration, aber begrenzte politische Beteiligung.
- Das sudanesisches Modell: Wiedereinführung des Dhimmi-Status.
- Das iranische Modell: Die islamische Republik.

In dieser Situation, in der die islamistische Bewegung an Boden gewinnt und die Regimes laizistischer Prägung unfähig sind, sich rechtsstaatlich zu organisieren, sehen sich die Christen in einer ausweglosen Lage, die ihnen keine Wahl lässt – totalitäre islamistische Gesellschaften auf der einen Seite und Republiken, die oft Kompromisse in bezug auf moralische Werte abverlangen, auf der anderen. Dieser Umstand, in die Enge getrieben zu sein und spüren zu müssen, wie tiefempfundene Werte zum Zwecke der Erpressung und Bedrohung (Korruption, Repression, Schutzgelder) missbraucht werden, kann als Verfolgung bezeichnet werden. Diese richtet sich zwar nicht ausdrücklich gegen die Christen, jedoch wird ihnen als Minderheit und als im Sinne der Wahrheit, der Freiheit und des Gewissens erzogene Menschen derart zugesetzt, dass ihr Widerstand früher oder später gebrochen ist, so dass sie den Weg in die Emigration wählen, die wirtschaftlich verlockend ist und diesen entmutigten und ihrer politischen Identität beraubten Menschen umfangreiche Sicherheit bietet.

Bevor ich jedoch einige Schlussfolgerungen aus meinen Ausführungen über die politischen und sozialen Aspekte christlicher Präsenz in den arabischen Ländern und speziell in Syrien ziehe, möchte ich nicht versäumen, den Besuch Seiner Heiligkeit Papst Johannes Paul II. vom 5. bis 8. Mai dieses Jahres in Damaskus zu erwähnen.

Der Papst hat den syrischen Boden als Pilger betreten. Auf den Spuren des auf dem Weg nach Damaskus bekehrten Heiligen Paulus wandelnd, suchte Johannes Paul II., den Körper von der Last der Jahre und der Verantwortung gebeugt, Orte von großer symbolischer Bedeutung auf und begegnete dort sowohl führenden Persönlichkeiten aus Politik und Religion als auch dem einfachen Volk in den Straßen von Damaskus.

Bei seinem Besuch wurde er vom Präsidenten der Republik, Bachar el Assad, und den Mitgliedern seiner Regierung herzlich empfangen und verabschiedet. Der Papst begab sich in die Kathedralen der drei Patriarchen, die ihren Sitz in Damaskus haben: Ignace Hazim (griechisch-orthodox), Zakka Iwaz (syrisch-orthodox) und Grégoire Lahham (griechisch-katholisch), um gemeinsam zu beten und Gespräche zu führen.

Am Sonntag, den 6. Mai, fand ein feierliches Hochamt im Stadion von Damaskus statt, und am Nachmittag folgte ein Besuch in der Omajjaden-Moschee.

Mit seiner Fahrt nach Kuneitra im Golan, seinem Friedensgebet und seinem Aufruf zur Durchsetzung der UNO-Resolutionen stellte der Papst erneut seine feste Glaubenshaltung und seine politische Vision unter Beweis.

Der Papst hat sich an alle gewandt, und von den Stationen seiner Reise, seinen Gesten, seinen Reden und besonders von seinem Schweigen und seinem Gebet fühlten sich auch wirklich alle angesprochen. Kurz, der Heilige Vater hat es geschafft, die syrische Seele in ihrem Innersten zu offenbaren. Wie hat er dies erreicht? Durch eine Haltung der Achtung und des Respekts, die weder Zugeständnisse macht noch dem Unfehlbarkeitsanspruch nachgibt. Er hat persönlich diese Orte besucht und ist den Menschen mit einer Botschaft des Vertrauens gegenübergetreten, die von Angst befreit und jeden dazu aufruft, sich für das Gemeinwohl, oder anders ausgedrückt, für die Menschenrechte einzusetzen.

Er hat es den Christen Syriens ermöglicht, ihren Beitrag zur Kirchengeschichte zu erkennen und auf ihn stolz zu sein; er hat ganz im Sinne des Hl. Franz von Assisi das Beispiel eines Pilgers gegeben, der die Begegnung mit dem Islam auf dem Wege der Achtung, Anerkennung und Besinnung sucht. Er hat den jungen Präsidenten eines an internationaler Bedeutung gewinnenden Landes unterstützt, indem er ihm geholfen hat, sich von jeglichen Terrorismusanschuldigungen zu befreien.

Nunmehr ist es an uns, die Pilgerschaft fortzusetzen und so Impulse gegenseitiger Anerkennung der Christen untereinander, zwischen Christen und Muslimen und zwischen politischen Parteien zu geben. Worauf wir uns also konzentrieren sollten, ist nicht die Frage, welchen (gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen) Status die Christen in den verschiedenen Gesellschaften des Nahen Ostens haben, sondern vielmehr, welchen Beitrag sie zur Gestaltung einer Zivilgesellschaft leisten können, in der die Menschenrechte respektiert werden. Anstatt über ihren Schutz und die Gewährleistung ihres Status zu sprechen, muss man den Christen Mut machen, für gegenseitige Anerkennung und für Demokratie einzutreten. So könnte man vielleicht ohne große Worte den Muslimen und der arabischen Welt dienen und ein Zeichen der Liebe setzen.

Verfolgte Christen Fallstudie Libanon

Guy-Paul Noujaim

In seinem Buch „Vie et Mort des Chrétiens d'Orient“ (Leben und Tod der Christen des Orients) schreibt Jean-Pierre Valognes, dass „in den Köpfen der Menschen der Libanon so eng mit den Christen verbunden ist, dass man vergisst, dass sie hier gegenwärtig eine Minderheit bilden“¹. Inwieweit die Christen wirklich eine Minderheit darstellen, kann man nicht sagen, da in der heutigen Situation die Frage einer Volkszählung tabu ist. Um die Gründe dafür zu verstehen, muss man sich ein wenig mit der Geschichte des Landes befassen.

Der libanesisische Staat wurde mit seinen gegenwärtigen Grenzen und seiner Fläche von 10.452 km² am 1. September 1920 proklamiert. Zum damaligen Zeitpunkt bildeten die Christen die Mehrheit, wie die unter französischem Mandat durchgeführte Volkszählung bestätigte. Auf dieser Grundlage hat sich zwischen Christen und Muslimen im Laufe ihres gemeinsamen Engagements für die Unabhängigkeit ihres Landes eine Art ungeschriebenes Gesetz entwickelt, der sogenannte „Nationalpakt“. Entsprechend den Regeln dieses Paktes hatten der Präsident der Republik maronitisch, der Parlamentspräsident schiitisch und der Ratspräsident sunnitisch zu sein. Die anderen Gemeinschaften waren im Parlament mit einer ihrer Stärke entsprechenden Zahl von Abgeordneten vertreten. Auch die Zusammensetzung des Ministerrats hatte das Gleichgewicht zwischen den Gemeinschaften zu wahren, zumindest in bezug auf die gleiche Anzahl von Christen und Muslimen. Auch der Oberbefehlshaber der Armee war traditionsgemäß stets Maronit (jedenfalls bis jetzt). Diese Vereinbarung galt seit 1943, also seit der Unabhängigkeitserklärung des Libanon; 1990 dagegen wurden die Vorrechte der Präsidenten verändert und eine Art relativ unklares Triumvirat zwischen dem Präsidenten der Republik, dem Parlamentspräsidenten und dem Ratspräsidenten gebildet. Es sollte damit der „komische Krieg“ beendet werden, der sich der Welt fünfzehn Jahre lang in Form von konfessionellen, sozialen und ideologischen Auseinandersetzungen dargestellt und sich je nach den oftmals konfliktgeladenen regionalen und internationalen politischen Bündnisinteressen entwickelt hatte.

Ein solches System zielt nicht darauf ab, den Wert des Individuums mit Füßen zu treten. Das beweist auch die Tatsache, dass der Libanon die UNO-Menschenrechtserklärung und die meisten Abkommen, die aus dieser Erklärung hervorgegangen sind, unterzeichnet hat. Die vollen staatsbürgerlichen Rechte werden den Menschen hingegen nur im Zusammenhang mit ihrer Zugehörig-

keit zu einer Gemeinschaft zuerkannt. Je stärker die Gemeinschaft ist, der man angehört, desto sicherer kann man sich auch fühlen und desto größeren Einfluss kann man erlangen. Das sichert bestimmten Gemeinschaften gewisse Vorrechte, wie wir soeben schon am Beispiel der Maroniten sehen konnten. Sie bildeten die zahlenmäßig stärkste Gruppe, gleichzeitig haben sie sich in einer von der muslimischen Mehrheit beherrschten Umgebung am aktivsten für die Unabhängigkeit des Libanon eingesetzt. Das erklärt auch, warum seit 1932 keine Volkszählung mehr stattgefunden hat. Eine Offenlegung der veränderten demografischen Situation würde das Gleichgewicht, so wie es zum Zeitpunkt der Gründung des heutigen Libanon entstanden ist, in Frage stellen.

Die verschiedenen inoffiziellen Zählungen, die gelegentlich durchgeführt worden sind, zeigen, dass der Anteil der muslimischen Bevölkerung im Vergleich zu dem der Christen eindeutig gestiegen ist.² Das kann auch nicht verwundern, da die Geburtenrate in der muslimischen Bevölkerung höher ist als die der Christen. Folglich könnte man annehmen, dass sich vor allem die Christen und speziell die Maroniten gegen eine neue Volkszählung wenden. Das trifft auch zum Teil zu, doch die anderen Gemeinschaften (abgesehen von einigen wenigen Gruppen, die selbst in ihrem eigenen Umfeld keine ausreichende Mehrheit finden) sind an einer radikalen Veränderung des gegenwärtigen Status der Gemeinschaften ebenfalls nicht sonderlich interessiert. Ich werde versuchen, im Folgenden die Gründe für diese Situation aufzudecken. Sie hängen meiner Meinung nach direkt mit der Frage der Menschenrechte zusammen.

I. Die Bedeutung der Zahl

Der Westen hat die Bedeutung der Person an sich, unabhängig von anderen Faktoren, entdeckt. Für ihn entsteht der Wert eines Menschen nicht durch sein Wirken oder seine Effizienz oder durch seine Zugehörigkeit zu einer Gruppe, sondern allein durch seine Existenz als solche. Diese Entdeckung bildet die Grundlage der Menschenrechte. Uns Christen ist diese Sicht vertraut, sie ist Teil des evangelischen Grundverständnisses des Glaubens, demzufolge Gott selbst für jeden einzelnen Menschen ohne irgendeine Ausnahme gestorben und wieder auferstanden ist. Der Islam dagegen konzentriert sich viel stärker auf den Wert der „Oumma“, die von einem Muslim, will er einen Wert als Individuum erlangen, eine zusätzliche intellektuelle oder spirituelle Anstrengung verlangt. Die großen Führer der fundamentalistischen muslimischen Parteien, die gegenüber jeder Abweichung vom islamischen Gesetz in ihren eigenen Ländern so unnachgiebig sind, haben ihren Aufenthalt in Ländern, in denen die Menschenrechte, insbesondere die Meinungsfreiheit, eingehalten werden, sehr wohl dazu genutzt, um für sich Werbung zu betreiben und ihrer Macht in ihren Herkunftsländern

eine noch festere Basis zu geben (z. B. Ayatollah Khomeini und viele andere; einzig Bin Laden steht überall im Westen auf der schwarzen Liste der Terroristen).

Das bedeutet, dass sich die Christen in einem islamischen Land schon allein in dieser Hinsicht in einer Art Grenzland befinden, mit allem, was das an Positivem und Negativem mit sich bringt. Wir sind uns dieser Tatsache im Libanon klar bewusst. Durch seine geografische Situation als Mittelmeeranrainerstaat und durch das mehr oder weniger stabile Gleichgewicht der Kräfte zwischen Christen und Muslimen ist der Libanon zwangsläufig nach Osten und nach Westen offen und für die entsprechenden Werte empfänglich, was auch dazu führt, dass er in die Konflikte, die zwischen beiden entstehen, einbezogen wird.

Es kann hier nicht darum gehen, diese Werte und Konflikte – und sei es auch nur kurz – zusammenzufassen. Ich möchte mich mit der Darstellung begnügen, wie die vom Okzident anerkannte Bedeutung des Individuums an sich und die besonders vom islamischen Orient der Gemeinschaft beigemessene Bedeutung für den Libanon eine Bereicherung darstellen und gleichzeitig doch auch zu Schwierigkeiten führen.

Die Anerkennung des Wertes jedes einzelnen Menschen an sich bildet eine der Grundlagen der libanesischen Verfassung, die alle individuellen Freiheiten schützt: Religionsfreiheit, Freiheit der Bildung und Erziehung, Meinungsfreiheit usw. Das Gesetz gilt für alle, nur im Personenstandswesen erlaubt es eine Unterscheidung (Al Ahwal Alschakhsiat), indem es den Religionsgemeinschaften und deren Gerichten die Regelung der Familienangelegenheiten überlässt (Heirat, Ehekonflikte, Erbschaft, Adoption usw.). Vom Standpunkt der Menschenrechte aus ist diese Unterscheidung positiv, denn sie ist Ausdruck der Respektierung unterschiedlicher religiöser Überzeugungen.

Dass man jedoch einer der achtzehn vom libanesischen Staat anerkannten Gemeinschaften angehören muss, um seine staatsbürgerlichen Rechte wahrnehmen zu können, führt dazu, dass jeder Mensch mit abweichenden Überzeugungen, die denen dieser Gemeinschaften nicht entsprechen, von diesen Rechten automatisch ausgeschlossen wird. Wenn jemand z. B. nach den Regeln seines eigenen, anderen Glaubens heiraten will, muss er in ein anderes Land fahren, z. B. nach Zypern oder in ein europäisches Land. Seine Ehe kann dann entsprechend einem Abkommen zwischen dem libanesischen Staat und diesen Ländern im Libanon registriert werden. Als der frühere Präsident der Republik die standesamtliche Eheschließung im Libanon legalisieren wollte, haben die Muslime dieses Ansinnen jedoch kategorisch abgelehnt. Um nicht ein weiteres, im Vergleich zu den gegenwärtig anstehenden großen strittigen Fragen sekundäres Konfliktfeld zu schaffen, hat sich der maronitische Patriarch schließlich auch gegen den Vorschlag des Präsidenten ausgesprochen.

Anhand dieses Beispiels kann man erkennen, welche Bedeutung die zahlenmäßige Stärke einer Gemeinschaft hat. Sie ist im Bewusstsein der Menschen fest verankert. Je mehr Mitglieder zu einer Gruppe gehören, desto stärker ist auch ihr Einfluss. Auf dieser Grundlage konnten die Christen bei der Gründung unseres Staates Schlüsselpositionen besetzen und dem libanesischen Staat eine Verfassung geben, die sich von den Verfassungen der Nachbarländer hinsichtlich der Respektierung der Freiheiten unterscheidet. Viele Muslime wissen sehr wohl, dass „eine Schwächung der Position der Christen gleichbedeutend (wäre) mit einer Einschränkung der Freiheiten“ insgesamt (vgl. dazu Issam Charara). Aus diesem Grunde stellt auch die Kampagne einiger Christen für die Trennung von Staat und Kirche eine Gefahr dar. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann der Islam eine Gleichstellung mit jeder anderen Glaubensgemeinschaft in der arabischen Region nicht anerkennen³, für ihn gilt: Demokratie bedeutet Gesetz der Zahl. Minderheiten können höchstens in den Genuss des Status eines „Dhimmi“, eines Schutzbefohlenen, kommen.

II. Anzeichen für die gegenwärtige Schwächung der Christen

Die sich daraus für den Libanon ergebende Konsequenz ist klar. Der demografische Rückgang der im Libanon lebenden Christen stellt gegenwärtig für die dortigen Christen, aber auch für jeden anderen Libanesen, der seine Freiheiten zu schätzen weiß, einen Anlass zur Sorge dar. Zu der höheren Geburtenrate in den muslimischen Familien kommt die Einbürgerung von 300 000 Menschen im Juni 1994, von denen 75 % muslimisch waren.⁴ Außerdem scheinen mehr Christen auszuwandern als ihre andersgläubigen Mitbürger (mit Ausnahme der Juden, deren Zahl sehr stark zurückgegangen ist). Die Ursachen der Auswanderung sind die Arbeitslosigkeit und vor allem der Eindruck, den die Christen haben, vom Staat diskriminiert und vom staatlichen Geheimdienst im Interesse gewisser Personen und anderer Länder zunehmend streng überwacht zu werden. In der Tat werden die Freiheiten, vor allem die Meinungs- und Versammlungsfreiheit (auch zu friedlichen Demonstrationen) immer stärker eingeschränkt.⁵

Diese demografische Schwächung wird durch eine politische noch verstärkt. Seit dem Abkommen von Taef vom 21. September 1990 sind die Machtbefugnisse des maronitischen Präsidenten der Republik stark zugunsten des sunnitischen Premierministers und des schiitischen Parlamentspräsidenten eingeschränkt worden.⁶ Viele Positionen, die traditionsgemäß von Christen besetzt wurden, sind inzwischen an Schiiten übergegangen (ein Beispiel ist die wichtige Position des Chefs der nationalen Sicherheit). Die massive Präsenz syrischer Streitkräfte und deren Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, z. B. in die Wahl der Abgeordneten und sogar in die des Präsidenten der Republik, stellen eine flagrante Verletzung der Souveränität des Libanon dar.

Hinzu kommt der immer spürbarere wirtschaftliche Rückgang des Landes und die durch die politische Situation in der Region zu erklärende Unmöglichkeit, mit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt Schritt zu halten. Die Staatsverschuldung wächst, und es gibt keine Möglichkeit, eine strengere Maßhaltspolitik durchzuführen. Der Staat ist nach dem Krieg der wichtigste Arbeitgeber geworden, doch viele Christen haben sich von ihm abgewandt, da sie kein Vertrauen in die Verwaltung und die Regierung haben.

Auch die diplomatische Situation gestaltet sich als schwierig, zumindest in Bezug auf die Christen. Nach den Massakern der Drusen gegen die Christen im Jahr 1860 waren 5 Länder des Westens⁷ den Opfern zu Hilfe geeilt. Das von ihnen eingeführte Regime sicherte den christlichen Regionen eine gewisse Unabhängigkeit, die dem Land einen langen Frieden und einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung brachte. Heute hingegen fühlen sich die Christen isoliert und ihrem Schicksal überlassen. Sie können auf keinerlei von außen kommende Unterstützung mehr rechnen.

Schließlich muss noch der kulturelle Verfall genannt werden. Er ist das Ergebnis der langen Jahre des Krieges. Doch auch die Entschlossenheit des Staates, das libanesische Bildungssystem systematisch an das der Nachbarländer anzupassen, hat ein Übriges getan. In der Vergangenheit hatte der Libanon gemäß seinen Traditionen stets versucht, in der Bildung und der Kultur an der Spitze der Staaten des Mittleren Ostens zu stehen.

All diese Erscheinungen sind nicht gerade dazu angetan, die Christen zu einem Verbleib im Lande zu ermutigen. Immer mehr junge Menschen suchen nach Möglichkeiten, ihr Heimatland zu verlassen, sie träumen davon, ihr Glück in der Fremde zu suchen. Manche westlichen Länder scheinen Ihnen hierbei den Weg zu ebnen.

III. Die gegenwärtige Kraft der Christen im Libanon und die Bedeutung ihrer Präsenz

Trotz allem stellen die Christen im Libanon auch heute noch eine Kraft dar, die man nicht so ohne Weiteres ignorieren kann. Mehr denn je werden sie von einflussreichen muslimischen Persönlichkeiten als Ansprechpartner geschätzt.⁸

Zu ihren großen Leistungen gehört das Betreiben von Krankenhauseinrichtungen und Ausbildungszentren, die aufgrund der Qualität ihrer Arbeit von allen Bürgern als beispielgebend betrachtet werden.

Doch darauf will ich an dieser Stelle nicht näher eingehen, sondern ich möchte vielmehr die Rolle hervorheben, die der Libanon bei der Propagierung der UNO-Menschenrechtserklärung gespielt hat. Zahlreiche Maßnahmen wurden ergriffen, um die Artikel dieser Erklärung bekannt zu machen und entsprechende

praktische Anwendungen anzuregen: Wie muss man z. B. vorgehen, um ein Dossier zu erarbeiten? Welche Methoden sind zur Verteidigung der Menschenrechte einzusetzen: friedliche Demonstrationen, Flugblätter usw.? Welche Instrumentarien des Schutzes sind möglich: Nutzung geeigneter technischer Mittel, um die Welt zu alarmieren, usw.? In keinem anderen Land der arabischen Welt (Syrien, Irak, Ägypten usw.)⁹ ist es erlaubt, diese Menschenrechte zu lehren. Immer öfter wird dieser Unterricht in Form kostenloser Lehrstunden in den Diözesen und Gemeinden erteilt.

Die beste Lehre, die die jungen Libanesen in Sachen Verteidigung der Menschenrechte jedoch erhalten können, erteilen ihnen der Patriarch und die Bischöfe aller Konfessionen sowie christliche und muslimische Persönlichkeiten, wenn sie sich mutig gegen jede Beeinträchtigung der Menschenrechte wenden. Hier einige Beispiele: Die vom Patriarchen und den maronitischen Bischöfen öffentlich vorgetragene Forderung nach Rückzug der Syrer aus dem Libanon und nach Einstellung der syrischen Einmischung in die libanesischen Angelegenheiten; die Verurteilung des Vorgehens der Regierung durch den Patriarchen und die maronitischen Bischöfe, den griechisch-orthodoxen Bischof von Beirut, Mgr. Elias Audi, die sunnitischen Abgeordneten von Tripolis Oumar Karamé und Mosbah El Ahdab im Zusammenhang mit den von ihnen als willkürlich angeprangerten Verhaftungen mehrerer christlicher Persönlichkeiten sowie der Studenten, die friedlich gegen diese Willkürakte demonstriert hatten.¹⁰

Abschließend sei noch hinzugefügt, dass die Christen im Libanon aufgrund ihrer spezifisch libanesischen Werte und dank der Rolle, die sie wegen ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihrer daraus gewonnenen Bedeutung spielen könnten, eine Grenzbastion zwischen dem Westen und den Christen des Ostens darstellen (vgl. Josiane Alia und Wa'il Kheir).

Schlussfolgerung

Als Schlussfolgerung möchte ich ein Reihe von praktischen Vorschlägen unterbreiten, die darauf abzielen, dass Christen im Libanon und im Mittleren Osten insgesamt bleiben können und auch bleiben wollen. Dazu brauchen sie die Unterstützung ihrer christlichen Brüder in der ganzen Welt. In diesem Zusammenhang möchte ich jedoch gleichzeitig darauf verweisen, dass, auch wenn die Menschenrechtserklärung auf den Schutz der individuellen Rechte des Menschen und gegenwärtig auch immer mehr auf den Schutz der Rechte von Minderheiten abzielt, der Libanon uns mit seiner komplexen Situation die Bedeutung in Erinnerung ruft, die die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft hat. Es ist unsere Pflicht als Christenmenschen, jedem ungerecht behandelten und zu Schaden

gekommenen Menschen zu helfen, doch wir dürfen auch nicht vergessen, dass Jesus Christus uns aufgetragen hat, einander zu lieben, damit die Welt erfahre, dass wir seine Jünger sind.

Diesem allgemeinen Vorschlag möchte ich einen sehr konkreten und ganz praktischen hinzufügen: Den Christen im Libanon muss bei der Verbreitung der Menschenrechte unter Christen und Nichtchristen geholfen werden. Die für die Erreichung dieses Ziels benötigten Strukturen sind schon vorhanden: Universitäten, Schulen, Kulturzentren, Lehrer und Erzieher in den Diözesen und Gemeinden usw. Das scheint uns das bestgeeignete Mittel zu sein, damit die Menschen guten Willens zusammenkommen. Die Verteidigung der Menschenrechte ist auch für die Kirche heute im Libanon ein hervorragendes Instrument, ihrer Mission gerecht zu werden, ein „Zeichen zu setzen und ein Instrument zu sein für die Vereinigung der Menschen mit Gott und untereinander“, eine Antwort zu finden auf den Aufruf der Apostolischen Exhortation „Eine neue Hoffnung für den Libanon“ (Nr. 98): „Ein Rechtsstaat darf sich, um sich durchzusetzen, nicht der Gewalt bedienen. Er wird in dem Maße Anerkennung finden, in dem seine Führer und das ganze Volk die Menschenrechte einhalten und sich als fähig erweisen, zwischen ihnen menschliche Beziehungen und eine Verständigung herbeizuführen, die sich auf Vertrauen und Freiheit gründet.“

In diesem Zusammenhang möchte ich der Fachstelle Menschenrechte von missio für die Organisation dieser Konferenz und für ihr Engagement, sie zu einem Erfolg werden zu lassen, danken. Sie hat mir persönlich ein sehr wichtiges neues Feld von Überlegungen eröffnet. Ich konnte ganz verschiedene Menschen, die sich im Kampf für die Menschenrechte engagieren, kennen lernen. Das ermutigt mich, mein Engagement für die Opfer von Ungerechtigkeit gemeinsam mit Ihnen, meinen neu gewonnenen Freunden, noch zu verstärken. Diese Begegnung hat mir auch die Augen geöffnet für eine Wahrheit, die mir bisher nicht so bewusst war: Die Opfer sind gegenwärtig mehrheitlich meine Glaubensbrüder. Diese Begegnung gibt mir auch Trost, denn ich habe feststellen können, dass ich auch unter den Nicht-Christen Freunde habe. Die Menschenrechte haben ihren Ursprung im Evangelium des Schöpfers, sie sprechen folglich zum Herzen jedes Menschen.

Fußnoten:

- 1 Jean-Pierre Valognes, Verlag Fayard, 1995, S. 637. Im Libanon gibt es gegenwärtig 6 katholische Kirchen: die maronitische, die griechisch-katholische oder melkitische, die armenisch-katholische, die syrisch-katholische, die chaldäische und die römisch-katholische Kirche. Hinzu kommen 5 nicht-katholische (orthodoxe und vor-chalzedonische) Kirchen: die griechisch-orthodoxe, die armenisch-orthodoxe bzw. armenisch-apostolische, die syrisch-orthodoxe, die assyrische bzw. die Große Kirche des Ostens und die orthodox-koptische Kirche. Außerdem die Protestanten, die jüdische Gemeinschaft sowie vier islamische Gemeinschaften: die Sunniten, Schiiten, Drusen und Alaouten. Alle diese Gemeinschaften sind von der Verfassung offiziell anerkannt und können ihre Vertreter in die Nationalversammlung entsenden.
- 2 Im Jahre 1932 zählte der Libanon 800.000 Einwohner, davon waren 51,3 % Christen und 48,8 % Muslime. Zwischen 1989 und 1990 soll nach Aussagen der schiitischen Bewegung Amal das Verhältnis 59,8 % Muslime zu 41,2 % Christen gewesen sein. (Diese Zahlen stimmen mit denen aus einer israelischen Quelle überein: 61 % gegenüber 39 %). Die 1998 von unabhängigen libanesischen Wissenschaftlern angestellten Untersuchungen lassen auf ein Verhältnis von 63,5 % Muslimen zu 36,5 % Christen schließen (vgl. dazu J.-P. Valognes, op. cit., S. 637).
- 3 Der orthodoxe Islam teilt die Welt in zwei Teile: die Welt des Islam (Dar al Islam = die arabische Welt) und die Welt der Verleugnung (Dar El Kofr – der Rest der Welt).
- 4 Diese Einbürgerung stellte eine Verletzung des 1990 abgeschlossenen Abkommens von Taef dar. Etwa 40 % der eingebürgerten Personen waren syrischer Nationalität (vgl. „Al Jarida Al Rasmia“ vom 30. Juni 1994). Im übrigen stellte die Regierung für keinen dieser Eingebürgerten irgendeine Nachforschung an (vgl. „Al Nahar“ vom 27. September 1995). Das Ziel dieser Einbürgerungen schien die Stärkung der Wahlchancen einiger offizieller Persönlichkeiten zu sein (vgl. Tony George Atallah, „Al-Mujannasun fi Lubnan na ba'd al-Harb: Haqa'iq wa Arqam“. Al-Abhath, 45 (1997): 97-111). 1998 kam es zu einer zweiten Einbürgerungswelle: 25.000 bis 40.000 Palästinenser wurden libanesisch Staatsbürger (vgl. „Al Nahar“, 13. Oktober 1998).
- 5 Nachdem der Staat mehrere Mitglieder unterschiedlicher christlicher Strömungen (der aounistischen Freien Patriotischen Strömung CPL und der aufgelösten Partei der Freien Libanesischen Kräfte (FL)) verhaftet hatte, organisierten junge Anhänger dieser Strömungen am 7. August 2001 eine friedliche Demonstration. In Zivil gekleidete Mitglieder des libanesischen und syrischen Geheimdienstes mischten sich unter die Demonstranten, um Unruhe zu stiften. Die jungen Demonstranten ließen sich jedoch nicht provozieren. Sie wurden trotzdem grausam zusammengeschlagen, einige wurden verhaftet (vgl. „L'Orient le jour“, 8. und 9. August 2001 und alle libanesischen Zeitungen). Ich werde auf die Reaktionen auf diese Einmischung der Geheimdienste an späterer Stelle zu sprechen kommen.
- 6 Vor dem Abkommen von Taef verfügten die Christen im Parlament über die absolute Mehrheit. Nur der Präsident der Republik hatte das Recht, den Regierungschef und die Minister zu berufen oder abzusetzen, die Exekutivgewalt als Ministerrat auszuüben, das Parlament aufzulösen und Verträge zu schließen, ohne dass er im Gegenzug die Verantwortung tragen musste. Seit dem Abkommen von Taef wurde im Parlament die Parität zwischen Christen und Muslimen hergestellt, und die Exekutivgewalt wird nunmehr vom Ministerrat gemeinsam ausgeübt (erernen und die Beamten, befiehlt die Streitkräfte, kann das Parlament auflösen usw.).
- 7 Frankreich, Preußen, Österreich, Italien und Russland. England hielt sich als Schutzmacht der Drusen zurück.
- 8 „Die Christen sind ein Geschenk Gottes an die Muslime. Gott hat den Muslimen die Christen und den Christen die Muslime zum Geschenk gemacht. Das bedeutet, dass diese beiden sich ergänzenden Gnadenerweise Gottes dieses Land geformt haben. Wir haben ihm Freiheit und Würde gegeben, wir haben erreicht, was anderswo von den Menschen abgelehnt wird, wobei ich nicht sagen will, dass es ihnen gleichgültig ist. ... Wir haben in der arabischen Welt einen modernen Staat geschaffen.“ (Imam Mohammad Mehdi Chamseddine, „Revue Al Ghadir“, Nr. 23/1992, schiitischer Hoher Islamischer Rat, Beirut, S. 20-24). Frau Dr. Rajaa Makké schreibt in einem Artikel mit dem Titel „Was erwarten die Muslime von einem katholischen Kulturzentrum?“: „In einem Interview, das wir mit seiner Exzellenz dem Gelehrten Al Sayyed Mohammad Hussein Fadlallah zu der Frage, was die Muslime von einem katholischen Kulturzentrum erwarten können, geführt haben, hob er hervor, dass es stets die christlichen Brüder sind, die die Initiative ergreifen, um die Frage eines einvernehmlichen Zusammenlebens zu stellen. (...) Er sieht in der direkten Präsenz dieses Zentrums eine Form der Akzeptanz des Anderen und der Öffnung zum Anderen.“ In einem Gespräch, das sie mit Prof. Mohammad Al Sammak, Berater des Mufti der libanesischen Republik, geführt hat, unterstreicht sie folgende Äußerungen des Mufti: „Wir unterstützen jeden Weg, der zum Dialog führt, und wir setzen uns für dessen Weiterführung ein. Wir beklagen das Fehlen von nichtstaatlichen Einrichtungen, die, anders als die offiziellen Institutionen, jedermann ansprechen und aufnehmen können. In der Tat werden alle Einrichtungen der Zivilgesellschaft nach 'Konfessionen' oder Ideologien klassifiziert. Sie alle sind stärker als der Staat und ersetzen ihn sogar. Jetzt, wo der Krieg vorbei ist, müssten sie ihren Konfessionalismus hinter sich lassen und ihr staatsbürgerliches Bewusstsein wieder in den Vordergrund stellen. Dieses Projekt der Einrichtung eines katholischen Kulturzentrums könnte eine Grundlage für die Intensivierung des Dialogs bilden. Das Beste wäre es, ein Komitee oder eine andere gemeinsame Einrichtung zu schaffen, deren Aufgabe es sein müsste, Beziehungen zur Zivilgesellschaft herzustellen.“ (im Druck)
- 9 Aus diesem Grunde nimmt die Zahl syrischer, jordanischer, ägyptischer und irakischer Studenten, die an diesen Kursen teilnehmen, ständig zu.
- 10 Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Mr. Wa'il Kheir, Präsident der Stiftung für Menschenrechte und humanitäres Recht (FDHHDH), in Anwesenheit von Vertretern der Botschaften Frankreichs und Deutschlands die Verantwortungswelle, auf die hier Bezug genommen wird, verurteilt hat: „Die universelle Menschenrechtserklärung enthält 30 Rechte und Freiheiten, die den 'jus cogens', d. h. die grundlegenden, unversetzbaren und unantastbaren Prinzipien darstellen. (...) Mit der Konferenz von Teheran im Jahre 1968 und der Wiener Erklärung im Jahre 1993 haben die Regeln des 'jus cogens' nach und nach das positive Recht ersetzt, so dass die universellen Prinzipien und nicht mehr

die innere Gesetzgebung eines Landes die Bezugsgrundlage geworden sind, wenn festgestellt werden soll, ob eine Verletzung der Rechte und Freiheiten der menschlichen Person vorliegt.“ Ausgehend von dieser Feststellung fuhr Wa'il Kheir fort, dass „die verhafteten Demonstranten lediglich von ihrem Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, also von den Prinzipien des 'jus cogens' Gebrauch gemacht haben.“ Er verurteilte schließlich „alle Formen der physischen und psychischen Folter, die an den aounistischen und FL-Demonstranten praktiziert wurden“, und betonte, dass „keine Ausnahmesituation und keinerlei Ausnahme-, Belagerungs- oder Kriegszustand die Anwendung von Folter rechtfertigen können.“ (L'Orient le jour, 23/8/01).

Verfolgte Christen? Fallbeispiel Irak

Louis Sako

1. Einige Zahlen

Von den 22 Millionen Menschen, die im Irak leben, sind 60 % jünger als 18 Jahre. Als Folge von Krieg und Emigration beträgt der weibliche Anteil an der Bevölkerung 60 %, denn die Männer sind im Krieg umgekommen oder haben das Land verlassen, während die Frauen geblieben sind. Nur für jedes sechste Mädchen steht die Möglichkeit einer Ehe offen.

Seit 11 Jahren leidet das Land unter dem Embargo. Der Norden des Landes (die kurdische Region) ist für irakische Flugzeuge eine Flugverbotszone; die Regierung hat faktisch keine Kontrolle über diese Region; hier liegt die Macht bei den kurdischen Parteien.

Nach der Besetzung des Landes durch die Moslems nahm im 14. Jahrhundert die Zahl der Christen ab. Offiziell sind 4 % der Bevölkerung Iraks Christen, in Wirklichkeit aber sind sie infolge der verschiedenen Emigrationswellen noch weniger zahlreich. Obwohl es keine genauen statistischen Angaben dazu gibt, sprechen Schätzungen von etwa einer Million Christen, die sich in folgende Gruppen aufteilen: 350.000 Chaldäer, 60.000 syrisch-katholische, 2000 armenische-katholische und 2650 römisch-katholische Christen, 50000 Assyrer, 40.000 syrisch-orthodoxe und 10.000 armenisch-orthodoxe Christen und 5000 Sonstige. Gegenwärtig leben 75 % der Christen in Bagdad, 10 % in der kurdischen Region und 15% in Mosul und Umgebung.

Im Irak bestehen fünf katholische Kirchen nebeneinander: die Chaldäische (80%), die Syrisch-Katholische (10%), die Römisch-Katholische (4%), die Armenisch-Katholische (2%) und die Griechisch-Melchitisch-Katholische Kirche. Obwohl diese Situation bestens dazu geeignet wäre, als Beispiel für Einheit in der Vielfalt innerhalb der katholischen Kirche zu dienen, ist diese Koexistenz der verschiedenen Kirchen ein Beispiel für Zwietracht geworden.

2. Die interkonfessionellen Beziehungen

Im Irak gibt es verschiedene christliche Kirchen, die weder durch gemeinsame Räte oder aktiv arbeitende Kommissionen noch durch ernsthafte Arbeit geeint werden. Die Treffen sind formal und langweilig, was möglicherweise auf die Stammesmentalität und die klassische Ausbildung der Geistlichen zurückzuführen ist.

Es gibt keine gemeinsame Arbeit und keine Zukunftspläne, es fehlt eine klare und eindeutige Führung, was zu Fehlern und Irrtümern führt.

Dank der theologischen Bildungszentren ist in den letzten zehn Jahren die Zahl derer gestiegen, die bereit sind, Verantwortung in verschiedenen Bereichen und bei der Vertiefung ihres geistlichen Erbes und ihrer Aufgaben inmitten einer islamischen Gesellschaft zu übernehmen. Junge Menschen konnten in Jugendgruppen und an der Universität an Theologiekursen und Seminaren zum Studium der Heiligen Schrift teilnehmen (in Bagdad waren es ca. 1000 und in Mosul 300 Teilnehmer).

3. Das Verhältnis zwischen Moslems und Christen

Seit die Moslems im siebenten Jahrhundert das Land besetzt haben, lassen sich in den Beziehungen zwischen Christen und Moslems verschiedene Phasen erkennen: Es gab Zusammenarbeit und Toleranz, doch es kam auch zu Verfolgungen und dadurch zur Durchsetzung der Dhimma, d. h. eines Regelwerks, in welchem der besondere Status von Juden und Christen, den so genannten Dhimmis, festgeschrieben ist. Heute stellt sich die Situation anders dar. Trotz anderer Vorgehensweisen in den übrigen arabischen Staaten verfolgt die irakische Regierung weiterhin offiziell eine Politik der Offenheit gegenüber den verschiedenen religiösen Gruppen im Land, was in der säkularen Ausrichtung der Baath-Partei ihre Ursache hat. Die Religionsgemeinschaften genießen bürgerliche und politische Rechte. Aufgrund der guten Qualifikationen der Christen ist ihr Wohlergehen in der Gesellschaft einigermaßen gesichert. Obwohl das Schulsystem ganz in die öffentliche Hand gegeben wurde, wird der Religionsunterricht normalerweise vom Staat garantiert, wenn der Prozentsatz der Glaubenszugehörigkeit 25% und mehr beträgt. In den letzten Jahren baute die Regierung verschiedene Kirchen und renovierte einige Klöster.

In den arabischen Staaten, in denen die Christen ja eine Minderheit bilden, fühlen sie sich unterlegen und von den zahlenmäßig überlegenen Moslems um sie herum bedroht. Die Moslems ihrerseits betrachten den Westen als Bedrohung.

Religiöse Freiheit und die persönliche Stellung in der Gesellschaft sind jedoch nicht dasselbe. So ist es den Christen nicht erlaubt, einen Moslem zum Christentum zu bekehren, und ein Moslem darf kein Christ werden, während ein Christ sehr wohl zum Islam übertreten kann. Wenn in einer Familie der Mann oder die Frau zum Islam übertreten, werden deren minderjährige Kinder automatisch ebenfalls Moslems. Gegenwärtig gibt es eine Welle der Islamisierung, außerdem kommt es zu vereinzelt individuellen Übergriffen, doch die Regierung hat die Fundamentalisten unter Kontrolle. Der Grund für die Islamisierung

ist der Golfkrieg und das vom Westen verhängte Embargo; sie sind die Ursachen für die schwierige Lage im Irak. Außerdem sollten wir den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern nicht vergessen. Die westlichen Staaten haben Israel geschaffen und unterstützen es nach wie vor in vielerlei Hinsicht. Diese Auseinandersetzungen haben katastrophale Auswirkungen. Sie bieten zahlreiche Möglichkeiten zur Propaganda gegen den Westen, der für viele Moslems gleichbedeutend ist mit den christlichen Ländern, denen sie eine Kreuzrittermentalität vorwerfen.

Drei weitere Faktoren bieten einen Nährboden für den Fanatismus: Die Auswanderung von Christen, der Bau von Kirchen mit westlicher Hilfe und das Verhalten von einigen Christen, die sich aus Schlüsselpositionen entfernen.

Die Kirche bezieht keine Stellung zu diesen Fragen und äußert sich nicht. Die Bischöfe haben die Bedeutung der Medien und der über sie verbreiteten Nachrichten nicht erkannt.

4. Emigration gläubiger Christen

Seit dem Golfkrieg und der Verhängung des folgenschweren Embargos ist das Leben in der irakischen Gesellschaft sehr schwer geworden. Das hat dazu geführt, dass immer mehr gläubige Christen aus dem Land emigrieren. Seit dem Ende des Golfkriegs 1991 haben jedes Jahr mehr als 10 000 Christen den Irak verlassen.

Die Auswanderung der Christen gibt großen Anlass zur Sorge, denn von Anfang an stellten die Christen eine tragende Kraft im Lande dar. Wenn die christliche Minderheit den Irak verlässt, dann ist das auch für die Moslems selbst ein schwerer Verlust!

Leider unternimmt die Kirche nichts gegen diese Entwicklung, obwohl ihre eigene Zukunft im Irak dadurch in Frage gestellt wird. So gibt es bis heute vom Episkopat keinen Hirtenbrief zu diesem Thema. Statt dessen führen die zahlreichen langen Reisen der Bischöfe dazu, dass sie in ihren Diözesen oftmals gar nicht präsent sind. Der Patriarch und die Bischöfe halten sich häufig für lange Zeit außerhalb ihrer Diözesen auf, machen Urlaub oder sammeln im Ausland Geld, um teure Kirchen und große Bischofssitze zu bauen.

In einem Land, in dem das Volk wegen des Embargos Hunger leidet, lassen solche Verhaltensweisen schon gewisse Zweifel aufkommen.

Trotz all dieser Dinge legen gläubige Christen weiterhin von ihrem Glauben Zeugnis ab. Die Kirchen sind bei den liturgischen Festen stets voll, und der Katechismusunterricht wird in den Gemeinden auf bestmögliche Weise erteilt. Solche lebendigen christlichen Gemeinden bilden die innere Kraft der Kirche im Irak.

Zusammenfassung

Die Zukunft

Was wird die Zukunft bringen?

Im Irak ebenso wie in den arabischen Ländern bilden die Christen einen Anteil von 5 % der Bevölkerung. Wenn die Christen weiterhin abgeschlossene, untereinander zerstrittene und isolierte Zirkel bilden, die überwiegend in der Vergangenheit und in fast unbewohnten Siedlungen leben, werden sie keine Zukunft haben, so, wie es ja in der Türkei und in Nordafrika bereits der Fall ist. Wenn sie also überleben, ihre Präsenz erhalten und ihre Mission fortführen wollen, sollten sie wissen, dass dies nur in enger Beziehung zu ihrem Land und ihrem Volk möglich ist.

Sie müssen zusammenarbeiten und ihre Anstrengungen vereinen, um einen modernen ökumenisch-theologischen Diskurs zu führen, der den Kirchen hilft, sich enger zusammen zu schließen. Gleichzeitig muss dies ein humaner, kultureller und zivilisierter Diskurs sein, der es ihnen ermöglicht, im Geiste der Verbundenheit, der Zusammenarbeit und des gegenseitigen Verstehens miteinander und mit ihren Brüdern aus anderen Religionsgemeinschaften gemeinsam zu wirken.

Die Kirchen stehen vor folgenden Aufgaben:

Die Frage der Einheit der Kirche: Zwischen den Kirchen muss eine Einheit in der Vielfalt hergestellt werden. Die Kirche sollte die Geistlichen und ihre Gemeindeglieder in einem ökumenischen Geist und einem schöpferischen Dialog erziehen. Wir sollten in verantwortlicher Weise und im Geist der Ökumene darüber nachdenken, wie wir die Mission unserer Kirche, ihren Auftrag in der realen historischen Situation besser erfüllen können. Es geht um eine Theologie, die jetzt und hier lebendig ist und mit den aktuellen Geschehnissen im Zusammenhang steht, damit wir sie in unserer lokalen Kultur umsetzen können. Es geht um eine Theologie, die nicht nur bei den Christen, sondern auch bei den anderen Bürgern die Hoffnung wach hält und das Vertrauen in das Zusammenleben vertieft. Die Kirche des Ostens, die durch die Jahrhunderte immer wieder auf die historischen, sozialen, kulturellen und religiösen Umstände und Veränderungen reagiert hat, gibt uns dafür ein Beispiel.

Die Frage der Emigration: Wir Christen sollten uns nicht als Minderheit begreifen, sondern als wesentlicher Bestandteil der Nation, in der wir leben. Die Kirche muss den Menschen helfen, in ihrem Land bleiben zu können, indem sie Arbeit schafft, Projekte entwickelt und Wohnungen für junge Familien baut.

Die Frage des Zusammenlebens: Wir leben zusammen mit Moslems, mit denen wir den Glauben an Gott teilen und die sich als Kinder Abrahams verstehen. Worin besteht unsere besondere Beziehung zu ihnen? Was muss getan werden, um den Dialog und die Brüderlichkeit zwischen uns zu vertiefen? Wie können wir unser Engagement für soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte ausdrücken?

In den Beziehungen zwischen Christen und Moslems dürfen wir keine Engstirnigkeit und Kurzsichtigkeit zulassen, sondern wir müssen uns zusammen dafür einsetzen, dass die Gemeinsamkeiten, die auf moralischen Werten, sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit, Verteidigung der Menschenrechte und demokratischen Werten beruhen, zum Tragen kommen. Diese Aufgabe erfordert von beiden Partnern, sich dem modernen Leben zu öffnen und den Anderen als einen Bruder zu akzeptieren und anzunehmen, anstatt ihn als Fremden oder gar als Feind zu betrachten. Bemühungen dieser Art werden den Fanatismus auf beiden Seiten überwinden helfen.

Wenn wir so handeln, tragen wir zu einer gemeinsamen, einer besseren Zukunft der gegenseitigen Achtung, des globalen Friedens und der universellen Anerkennung der Menschenrechte bei.

Verfolgte Christen ? Fallbeispiel Ägypten

Cornelis Hulsman

Vor einigen Tagen hörten wir die Meldung über die erschütternden Anschläge in New York und Washington (11. September 2001). Die ägyptische Regierung verurteilte die barbarischen Anschläge sofort auf das Entschiedenste, die Menschen auf der Straße reagierten jedoch anders.

In Geschäften, auf Märkten und an anderen öffentlichen Orten brachten viele Menschen deutlich ihre Freude zum Ausdruck. Ein Marktverkäufer gab uns Kerzen mit der Bitte, sie in der Kirche anzuzünden, um Gott zu danken. Der Mann war offensichtlich ein Muslim und sprach von „wir und ihr“. Diese Menschen stammen aus den unteren Schichten und können wahrscheinlich kaum lesen und schreiben, sehen dafür aber sehr viel fern.

Jedoch nicht nur Muslime reagierten auf diese Weise, sondern auch Christen. Sowohl Muslime als auch Christen argumentierten, dass etwas so Großes nicht ohne das Einverständnis Gottes hätte passieren können; und wenn dem so sei, dann müsse es sich dabei um eine Strafe Gottes handeln.

Meine Kinder gehen in die deutsche Schule von Kairo, und einige ihrer Mitschüler im Alter von 10 und 11 Jahren brachten ebenfalls ihre Freude über die Anschläge zum Ausdruck. Diese Kinder kommen aus wohlhabenden ägyptischen Familien und haben sicherlich nur das wiederholt, was sie zu Hause von ihren Eltern gehört haben.

Angehörige der gebildeten Schicht hielten sich in ihren Gefühlsäußerungen zurück, viele empfanden jedoch sicher ähnlich.

Ganz bestimmt war nicht jeder glücklich über das Geschehene. Ein Freund von mir rief an und sagte: „Das ist gegen den Islam. Ich möchte, dass die führenden Vertreter des Islam entschieden Stellung dagegen beziehen.“ Es war ganz offensichtlich, warum er das sagte. „Vor drei Monaten war ich im World Trade Center. Wäre der Angriff zu einem anderen Zeitpunkt erfolgt, hätte auch ich getötet werden können.“ Ägypter, die sich den Luxus einer Reise in die USA leisten können, gehören jedoch zu einer relativ kleinen Minderheit.

Warum bringen Ägypter derartige Gefühle zum Ausdruck? Es ging zwar keiner auf die Straße und tanzte, wie es von Palästinensern berichtet wurde, dennoch waren viele voller Freude über den immensen Schaden und den unermesslichen Schmerz, der den Amerikanern zugefügt worden war. Furchtbare Ereignisse wie diese bringen die Gefühle und Empfindungen von vielen Menschen an die Oberfläche.

Schon seit langer Zeit sind die Ägypter voller Zorn über die Amerikaner bzw. die amerikanischen Politiker, von denen sie schikaniert werden. Viele fühlen sich erniedrigt und unterdrückt. Stellen Sie sich die ägyptische Öffentlichkeit vor, die tagtäglich im Fernsehen das Leid der Palästinenser sieht, die mit anschauen muss, wie israelische Truppen Palästinenser töten und die dann hört, dass die Amerikaner Israel unterstützen. Die am häufigsten gestellte Frage ist: „Hat palästinensisches Blut denn keinen Wert?“

Ein weiteres wichtiges Thema für die Ägypter sind die Sanktionen gegen den Irak. Seit zehn Jahren sind die Sanktionen bereits in Kraft und haben unermessliches Leid über das irakische Volk gebracht. Zehntausende, wenn nicht sogar hunderttausende von Kindern sind gestorben, weil sie nicht genug zu essen hatten und es an den notwendigen Medikamenten fehlte. Dennoch bestehen die Amerikaner darauf, dass die Sanktionen aufrechterhalten werden müssen. Zwar ist Saddam Hussein in Ägypten nicht beliebt, aber ist das der Preis, der bezahlt werden muss? Die Amerikaner behaupten, dass die Schuld für diese Situation bei Saddam Hussein liegt, der die Verteilung von Lebensmitteln und Medikamenten behindert. Sehr überzeugend ist dieses Argument für die meisten Ägypter jedoch nicht, weil die Russen, Chinesen und Franzosen sich für die Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen haben und damit das amerikanische Argument in Frage gestellt ist. Andere gehen sogar noch weiter und sagen, dass dies beweist, dass die Amerikaner die arabische Welt beherrschen wollen.

Ein weiteres Land, über das seit Jahren Sanktionen verhängt sind, ist Libyen. Warum? Für das Attentat auf den TWA-Flug über Lockerbie? Um Libyen zu zwingen, zwei seiner Staatsbürger auszuliefern? Man sollte dabei nicht vergessen, dass Libyen und Irak für die Ägypter keine abstrakten Gebilde sind; hunderttausende von Ägyptern haben dort gearbeitet und Millionen von Familien in Ägypten auf diese Weise mit einem Einkommen versorgt. Sie wissen, dass die Freunde, mit denen sie dort zusammengearbeitet haben, unter den Sanktionen zu leiden haben. Sie selbst haben ihre Arbeitsplätze verloren, die im Vergleich zu dem, was sie in Ägypten verdienen können, gut bezahlt sind, und sie sind davon überzeugt, dass auch das auf das Konto der USA geht.

Es gibt viele solcher Beispiele. Die Leute sprechen wieder vom Abschuss eines ägyptischen Flugzeuges über dem Sinai, der Jahre zurückliegt. Bei einem anderen Zwischenfall wurde ein iranisches Flugzeug von einer US-Rakete abgeschossen. An Beispielen dieser Art mangelt es nicht.

Die Ägypter sind der Meinung, dass sie von den USA schikaniert werden, dass diese Supermacht sich auf die Seite derjenigen stellt, die sie angreifen. Unbesiegbar schienen die USA zu sein. Es schien so, als ob sie tun und lassen könnten, was sie wollten und nicht bestraft würden für das anderen Ländern zugefügte Leid.

Und auf einmal wurde diese Supermacht direkt ins Herz getroffen, das kommerzielle Zentrum New Yorks wurde dem Erdboden gleichgemacht, und das Pentagon, das Nervenzentrum der amerikanischen Verteidigung, wurde ebenfalls getroffen. Niemand hätte sich vorstellen können, dass so etwas jemals passieren würde. Doch es ist passiert. In den Augen vieler muss es eine Strafe Gottes gewesen sein.

Welche Bedeutung haben diese Dinge für unser heutiges Thema?

All dies ist von großer Bedeutung, denn auch in den Beziehungen zwischen Muslimen und Christen spielen diese Empfindungen eine Rolle. Wenn der Westen über die Situation der Christen hier spricht, sind die Muslime oftmals verletzt durch die fehlende Sensibilität des Westens. Berichten von der Verfolgung von Christen wird kein Glaube geschenkt. Muslime sind der Meinung, zu Recht oder zu Unrecht, dass die Verfolgung von Christen hier kein Thema sei, sondern dass sie mit Christen immer in Harmonie gelebt hätten. Doch jetzt behaupten auf einmal Gruppierungen im Westen, dass Christen verfolgt würden.

Die Auswanderung der koptischen Christen in den Westen begann um 1950 und erreichte ihren Höhepunkt in den 60er und 70er Jahren. Die muslimischen Ägypter, die ihr Land verließen, gingen eher für einen vorübergehenden Aufenthalt in die Ölstaaten. Schätzungen zufolge sind 70 % der in den Westen emigrierten Ägypter Christen. Im Lauf der Zeit wurde es jedoch immer schwieriger, in den Westen zu gelangen. Es gab Faktoren, die Menschen aus dem Land heraustrieben, wie z. B. erbärmliche Lebensbedingungen, es gab aber auch Faktoren, die von außen als Anreiz zum Auswandern wirkten, wie etwa die Aussicht auf die Verbesserung der Lebensbedingungen, sowie Familie und Freunde im Westen. All dies trug dazu bei, dass die Menschen weiterhin in den Westen wollten. Von vielen wurden erfundene Geschichten im Asylverfahren aufgetischt, um auf diese Weise in den Westen zu gelangen. Beispiele dafür kenne ich genug. Andere Ägypter mit ebensolchen Erfahrungen sind misstrauisch geworden gegenüber den Geschichten von Ägyptern, die im Westen um Asyl bitten.

Einige christliche Gruppen im Westen riefen Kampagnen für ihre Glaubensbrüder und -schwestern in Ägypten und anderen Ländern ins Leben. In den USA setzten sie sich für ein Gesetz ein, das es den USA ermöglichen würde, sich in anderen Ländern wegen fehlender Religionsfreiheit einzumischen. Ihre Lobbyarbeit führte 1999 zur Annahme des Gesetzes über die Freiheit von religiöser Verfolgung und zur Gründung der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit, welche die US-Regierung und den Kongress zu möglichen Straf-

massnahmen gegen Länder für deren Umgang mit Christen und anderen Minderheiten berät. Das wurde wiederum als eine amerikanische Schikane empfunden.

In der ägyptischen Presse wurden das Gesetz und die Kommission als ungerechtfertigte Einmischung in die muslimisch-christlichen Beziehungen in Ägypten gesehen und scharf kritisiert. Seitdem die ersten Diskussionen über ein solches Gesetz in den USA vor einigen Jahren begonnen hatten, zogen ägyptische Journalisten dagegen zu Felde. Problematisch an diesem Gesetz ist unter anderem, dass es von einigen koptischen und christlichen Gruppen unterstützt wurde, die als radikal islam- und ägyptenfeindlich gelten. Ein weiteres Problem war, dass man nicht darauf vertraute, dass die USA Fragen der Religionsfreiheit aus unabhängiger Sicht behandeln würden. Ägypter führten Beispiele an, in denen sich die USA in verschiedenen Teilen der arabischen Welt als Störenfried aufgespielt hatten, und dementsprechend dachte man also: „Warum sollte es jetzt anders sein?“

Das Beispiel von Al-Kosheh

In dieser Atmosphäre kam es dann zu den Ereignissen in Al-Kosheh, einem kleinen, bis dahin unbekanntem Dorf in Oberägypten. Im August 1998 wurden bei Glücksspiel und Trinkerei zwei Christen getötet. Auf der Suche nach dem bzw. den Tätern verhaftete die Polizei hunderte von Christen, aber nur einige wenige Muslime.

Zuerst beschwerte sich der koptisch-orthodoxe Bischof Wissa, in dessen Verwaltungsbereich das Dorf Al-Kosheh liegt, bei der örtlichen Polizeiführung über die Verhöre. Nach drei Wochen erfolgloser Bemühungen, die anscheinend wahllos erfolgenden Verhaftungen einzelner Dorfbewohner und die Verhöre, die von manchen als ziemlich drastisch, von anderen als Folter bezeichnet wurden, zu beenden, entschloss sich der Bischof, vor die Öffentlichkeit zu treten. Dabei betonte er, dass die Beziehungen zwischen Muslimen und Christen in Al-Kosheh immer gut gewesen waren, dass der Polizei jedoch vorzuwerfen sei, hauptsächlich Christen verhaftet zu haben. Dem müsse nun Einhalt geboten werden.

Kopten im Ausland erhoben Protest und behaupteten, dass die Polizei viele Christen nur deshalb verhaftet hatte, weil sie Christen waren. Das war jedoch nicht so, die Wirklichkeit war komplizierter.

Koptische Aktivisten buhlten geradezu um Aufmerksamkeit, was zu teilweise wahnwitzigen Behauptungen in westlichen Medien führte. Muslime fühlten sich zutiefst verletzt, insbesondere nachdem der Sunday Telegraph behauptet hatte, dass christliche Mädchen vergewaltigt und Christen gekreuzigt worden wären.

Erstens entsprachen die stark übertriebenen Behauptungen von Vergewaltigung und Kreuzigung nicht der Wahrheit, zweitens richtet sich das brutale Vorgehen der Polizei, das Schlagen, Treten, der Einsatz von Elektroschocks und Beschimpfung allgemein gegen Angehörige der unteren sozialen Schicht, d. h. gegen Christen und Muslime gleichermaßen. Und wandten sich nicht viele gebildete Muslime gegen dieses Vorgehen der Polizei? Die Behauptung, dass es sich hierbei um einen Akt von Muslimen gegen Christen handele, wurde vor diesem Hintergrund als äußerst ungerecht empfunden.

Die Kampagne im Westen ging weiter. Bischof Yo'annis, Sekretär des koptischen Papstes Shenouda, berichtete mir im Oktober 1998, dass seinem Eindruck nach die vom Staatsanwalt gegen Bischof Wissa erhobenen Anschuldigungen als Reaktion wütender Regierungsbeamter auf westliche Anschuldigungen zu verstehen wären.

Über die Kampagne im Westen wurde in der ägyptischen Presse ausführlich berichtet, und die Leser erhielten den Eindruck, dass die koptischen Emigranten im Westen und ihre Gefolgschaft die Geschehnisse von Al-Kosheh für ihre eigenen Zwecke, die als islam- und ägyptenfeindlich angesehen wurden, absichtlich falsch darstellten.

Außerdem bestand der weit verbreitete Eindruck, dass diese Gruppen von Israel oder proisraelischen Gruppen unterstützt würden und das ausschließliche Ziel hätten, die Nachbarn Israels durch Spaltung zu schwächen. Dr. Abdel-Mo'neim Said, der Direktor des Al-Ahram Institutes für Strategische Studien, forderte Journalisten in einem Interview auf, sich mit den Umständen zu befassen, unter denen die Frage der Kopten und der Menschenrechte thematisiert wird. Wenn sich die Beziehungen zwischen Israel und Ägypten in Richtung einer besseren Verständigung entwickelten, kam die Frage der koptischen Rechte nur selten auf. Verschlechterten sich diese Beziehungen jedoch, wurde das Thema wieder hervorgeholt.

In den USA und Kanada gibt es seit den 70er Jahren radikale koptische Migrantengruppen, deren Stimme jedoch lauter wird, sobald es den proisraelischen Gruppen in den Kram passt, sagte Abdel-Mo'neim Said.

Es geht nicht darum, ob die Ägypter Entwicklungen im Westen richtig interpretiert haben oder nicht. Tatsache ist, dass die weitverbreitete Meinung bestand, ägyptenfeindliche Kräfte würden die Geschehnisse von Al-Kosheh zur Erreichung ihrer eigenen politischen Ziele ausnutzen.

Durch die Berichterstattung in den ägyptischen Medien erfuhren Muslime und Christen in Al-Kosheh und Umgebung von den Berichten und Kampagnen im Westen. Während Christen in Al-Kosheh darin eine Unterstützung für sich sahen, empfanden Muslime in Al-Kosheh dies als einen heimtückischen Angriff seitens der Christen.

In einigen westlichen Ländern war Bischof Wissa nach den Ereignissen von 1998 wie ein Held empfangen worden. Freedom House in den USA, eine Organisation, die in Ägypten größtenteils als auf der Seite der koptischen Aktivisten im Westen stehend und damit als ägyptenfeindlich gilt, verlieh ihm sogar einen Preis.

Diese Berichte hatten dazu geführt, dass sich zwischen Muslimen und Christen eine Kluft bildete. Was 1998 als Entrüstung über die Vorgehensweise der lokalen Polizei bei der Aufklärung des Mordes an zwei Christen begonnen hatte, weitete sich Ende 1999 durch die vielen, von den verschiedenen Beteiligten begangenen Fehler bei der Handhabung dieser Angelegenheit zu einer totalen Spaltung zwischen muslimischen und christlichen Bewohnern des Dorfes aus.

Viele Ägypter sind der Meinung, dass es nicht gut ist, Probleme offen zu diskutieren. Das betrifft nicht nur Diskussionen über den Staat, sondern auch Fragen der Kirche, Diskussionen innerhalb der islamischen Institutionen, innerhalb anderer Organisationen und innerhalb der Familie. Es ist, als ob man seine schmutzige Wäsche vor aller Augen waschen würde. Probleme sollten unter Ausschluss der Öffentlichkeit gelöst werden. Vorherrschend ist die tiefe Überzeugung, dass das Diskutieren von Problemen in aller Offenheit nur noch zur Verschärfung der Probleme beiträgt, und in gewisser Hinsicht ist da auch etwas dran.

So wurde es als eine gute Sache angesehen, der Öffentlichkeit kurz vor Weihnachten den Eindruck von Harmonie zwischen Muslimen und Christen in Ägypten zu vermitteln. Zweifellos machten auch einige Christen und Muslime in Al-Kosheh mit und erzählten den ägyptischen Journalisten von ihrer gegenseitigen Verbundenheit, was wiederum dazu führte, dass in einer ägyptischen Zeitschrift über die brüderliche Liebe zwischen Christen und Muslimen in Al-Kosheh berichtet wurde.

Nun ist es immer recht einfach, Zeichen guter Beziehungen zu präsentieren. Die Bemerkungen jener, die diese Beziehungen als nicht so gut einschätzten, wurden dabei aber einfach ignoriert.

Die Atmosphäre in Al-Kosheh war nicht gut. Muslime und Christen waren in zwei Gemeinden gespalten und Freundschaften zwischen einzelnen Muslimen und Christen eine Seltenheit geworden. Christen berichteten anderen Christen über Ungerechtigkeiten, die ihnen von Muslimen zugefügt worden waren, und Muslime berichteten anderen Muslimen über Christen, die ihnen Ungerechtigkeiten zugefügt hatten. Beide Seiten fühlten sich als Opfer der jeweils anderen Seite, beide Seiten fühlten sich als Verlierer. Muslime suchten die Unterstützung von anderen Muslimen in Ägypten, und Christen suchten die Unterstützung von Christen außerhalb Ägyptens.

Die explosive Atmosphäre wurde auch für einen Priester in einem nahegelegenen Dorf offensichtlich. Als er mitbekam, wie Christen an der Kirche von

Al-Kosheh Reparaturen ausführten, ohne dafür eine amtliche Genehmigung zu haben, warf er ihnen vor, dass sie sich um eine solche Genehmigung der Kirche gar nicht bemüht hätten. Warum sie das denn sollten, wurde ihm von den Christen in Al-Kosheh entgegnet. Sie hätten doch die Unterstützung der USA und der ausländischen Medien. Die ägyptischen Behörden würden es nicht wagen, ihnen ihr angestammtes Recht streitig zu machen.

Die Muslime empfanden dies als Überheblichkeit der Christen und waren verärgert, dass sie dagegen nichts tun konnten. In dieser vergifteten Atmosphäre kam es am 31. Dezember 1999 in einem Geschäft zu einem Streit zwischen einem Muslim und einem Christen – es ging um etwas ganz Banales, den Preis einer Ware. Der Streit eskalierte, Anschuldigungen wurden in beide Richtungen laut. Familienmitglieder und Freunde wurden in die Sache hineingezogen, und die Emotionen von Christen und Muslimen kochten unkontrolliert hoch. Christen zerstörten das Eigentum von Muslimen und Muslime das Eigentum von Christen.

Die Spannungen im Dorf weiteten sich derart aus, dass am dritten Tag zu den Waffen gegriffen wurde. Muslime aus anderen Dörfern stießen dazu und unterstützten die Muslime in Al-Kosheh, so dass die Muslime in der Überzahl waren. Die traurige Bilanz war der Tod von 20 Christen und einem Muslim.

Dieser gewöhnliche Streit hätte sich niemals zu einer solchen Katastrophe ausgeweitet, wenn nicht vorher schon solche Spannungen bestanden hätten.

Al-Kosheh ist jedoch nur ein Beispiel. Es gibt viele andere Beispiele für Fälle, in denen gewöhnliche, kleine Konflikte zwischen Muslimen und Christen eskalierten, weil die Atmosphäre in einer bestimmten Gegend von vornherein nicht gut war.

Seit den Zusammenstößen 1979 von Al-Zawya Al-Hamra, einem Armenviertel in Kairo, die letztendlich zur Ausweisung vieler muslimischer und christlicher Würdenträger, darunter Papst Shenouda, führten, hat es mit Ausnahme von Al-Kosheh nie wieder ähnlich schwerwiegende Zwischenfälle gegeben. Jedoch kam es immer wieder zur Ausweitung kleinerer Streitigkeiten, die häufig zur Zerstörung von christlichem Eigentum und sogar zum Tod von Christen führten.

Andere, ähnliche Konflikte hatten in Gegenden, wo ein besseres Klima herrschte, nicht die gleichen Folgen. Daraus kann man ersehen, wie das soziale Klima als Katalysator fungiert. Es ist, als hätte man es mit einer Gaswolke zu tun: Wenn brennbares Gas in einen umschlossenen Raum strömt, wird es erst sichtbar, wenn es durch einen kleinen Funken zu einer Explosion kommt. Ebenso kann in einer vergifteten Atmosphäre ein kleiner, unbedeutender, nichtreligiöser Konflikt eine Explosion auslösen.

Leben im Druckkessel

Menschen, die unter Druck leben, verlieren bei irgendeinem Ärger viel leichter die Beherrschung als jene, die weniger Druck ausgesetzt sind. Darum ist es nicht verwunderlich, dass es in armen Wohngebieten häufiger zu Konflikten kommt als in wohlhabenden Gebieten. Konflikte zwischen Muslimen und Christen treten gewöhnlich in armen Wohngebieten auf, wobei die Beteiligten in der Hauptsache Angehörige der unteren sozialen Schichten sind. Eine Analyse der Spannungen in den letzten zehn Jahren oder über einen noch längeren Zeitraum würde das eindeutig zeigen.

Ägypter sehen sich wachsendem Druck ausgesetzt. Die Armut hat zugenommen. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnraum in armen Wohngebieten hat sich in den letzten zwanzig Jahren drastisch verringert und liegt mitunter sogar unter einem Quadratmeter pro Person. Dabei geht es jedoch nicht nur einfach um die verfügbare Fläche, sondern auch um die erbärmlichen Lebensbedingungen. Millionen von Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze und können mit ihrem bisschen Brot, braunen Bohnen und Reis gerade so überleben. Proteinreiches Essen und Obst sind für die Masse der Bevölkerung unerschwinglich. Die Umweltverschmutzung wird immer stärker, und auch die Krankheiten, die durch diese Lebensbedingungen verursacht werden, breiten sich immer weiter aus. Mittlerweile wächst die ägyptische Bevölkerung um mindestens eine Million Menschen pro Jahr, wodurch die urbanen Slums ins Unermessliche wachsen.

Welches Ausmaß diese Armut erreicht, wurde von einem Jesuitenpater in Ägypten berichtet, der zu dem Schluss kam, dass immer mehr Familien nicht mehr in der Lage sind, sich um ihre Kinder zu kümmern. Ägypten ist ein Land mit starken Familienbanden; diese Familien sind in ihrem tagtäglichen Kampf ums Überleben jedoch nicht mehr in der Lage, ihre eigenen Kinder zu versorgen und setzen sie einfach aus. Tut das nicht weh? Werden Familien nicht dazu gebracht, zur Vermeidung einer solchen Situation alles nur Mögliche zu tun? Das ist der Boden, auf dem Lügen zum persönlichen Vorteil, Diebstahl, der Kampf ums Überleben, illegaler Handel mit Alkohol, Drogen usw. gedeihen.

Sarakna ist ein kleines christliches Dorf in der Nähe von Qussia in der Provinz Assiut. Traditionell haben sich die meisten Bewohner von der Landwirtschaft ernährt, aber das ist immer schwieriger geworden. Die Bevölkerung hat stark zugenommen. Nach jeder Erbschaft wird das Land unter die Söhne der Bauern aufgeteilt, die Parzellen werden somit immer kleiner und reichen nicht mehr aus, einer Familie den Lebensunterhalt zu sichern. Somit halten die Bauern nach einem Nebenverdienst Ausschau. Das ist nicht leicht für Analphabeten. Die lokale Kirche hat große Anstrengungen bei der Entwicklung von Projekten unternommen,

mit denen zusätzliches Einkommen erzielt werden kann. Zum Beispiel wurden den Bauern solche Fertigkeiten wie Tischlern beigebracht, die ihnen neben dem kleinen Stückchen Land noch ein Zusatzeinkommen sichern.

Das Problem ist jedoch nicht nur auf Christen beschränkt. Die in der Gegend ansässigen Muslime sind genauso arm und leben hinsichtlich der Bestreitung ihres Lebensunterhaltes unter einem ebensolchen Druck. Wenn nun das Land eines christlichen Bauern an das eines Muslims grenzt, kann es unter solchen Umständen passieren, dass es zu Streitigkeiten kommt bezüglich der Nutzung des Bodens, der Wasserversorgung usw. Diese Streitigkeiten können auch absichtlich herbeigeführt werden, weil sowohl Muslime als auch Christen wissen, was dies bedeutet. Christen und Muslime sind beide bestrebt, sich ihre Unterstützung innerhalb ihrer eigenen Familie und Religionsgemeinschaft zu suchen; da die Christen zahlenmäßig jedoch unterlegen sind, tendieren sie oft zum Einlenken, sind im Streit die Unterlegenen und verzichten nach langem Kleinkrieg dann auf ihr Land.

Vor einigen Jahren wurde ein Mönch aus dem Kloster Muharraq von einem Muslim getötet. Da der Muslim kein Land besaß, aber eine Familie zu ernähren hatte, hatte er einfach ein Stück Land des Klosters besetzt, um es zu bearbeiten. Das Kloster war reich und verfügte über viel Land, warum also nicht etwas davon nehmen? Es war nicht das erste Mal, dass ein Stück Land des Klosters besetzt wurde. Der verantwortliche Mönch versuchte, den Muslim wieder zu vertreiben und wurde bei diesem Versuch getötet. Die amerikanischen Kopten schrien Zeter und Mordio, auch, weil der Täter nur zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Der Grund dafür war, dass zwei Personen am Tatort gewesen waren. Einer von ihnen musste der Täter sein, aber beide leugneten die Tat. Nach ägyptischem Recht werden in solchen Fällen beide zu sieben Jahren Haft verurteilt. Es wäre in der Tat nicht gut gewesen, wenn das ägyptische Recht unterschiedlich angewandt worden wäre, nur, weil es sich bei dem Ermordeten um einen Christen handelte, aber dafür gibt es keine Hinweise.

Es gibt eine Vielzahl von Beispielen mit ähnlichem Hintergrund, wo Menschen, die um ihr Überleben ringen, unter enormem Druck stehen. Diese Situation nennt Hossam Gowdat, der mich begleitet, den „Druckkesseneffekt“.

Dieser Druck erzeugt eine zunehmend explosive Atmosphäre. Kleine, unbedeutende Konflikte, die in einer anderen gesellschaftlichen Situation gelöst werden könnten, werden jetzt zu einer Zeitbombe und können zur Quelle von gewalttätigen Konflikten werden, die wie in Al-Kosheh möglicherweise den Tod von vielen Menschen verursachen.

Sich ausweitende Konflikte

In einer derart brisanten Atmosphäre tragen führende Vertreter des lokalen öffentlichen Lebens, sowohl der Behörden als auch der Religionsgemeinschaften, Medienrepräsentanten und potentielle Akteure aus dem Ausland eine große Verantwortung. Durch ihr Verhalten können lokale Spannungen verringert oder auch erheblich ausgeweitet werden. Ein richtiges Vorgehen kann eine Eskalation oft verhindern.

Ein Beispiel dafür ist die Vorgehensweise des verstorbenen Metropoliten Athanasius von Beni Suef im Falle der Ermordung von mehreren Mitgliedern einer Familie in Wasta. Dieser Vorfall war noch schrecklicher als der Mord an den zwei Christen in Al-Kosheh, die beim Glücksspiel zu Tode kamen.

Der Konflikt in Al-Wasta begann, als ein minderjähriges Mädchen, Therese Shaker (15), zum Islam konvertieren wollte. Aus Gesprächen mit Familienmitgliedern entnahmen der örtliche Priester und Bischof Athanasius, dass es sich dabei offensichtlich um eine Flucht aus armen Familienverhältnissen mit internem Familienzwist handelte. Therese war minderjährig, noch nicht 16, und nach ägyptischem Recht ist in diesem Alter noch keine Konvertierung möglich. Trotzdem weigerte sich die ägyptische Polizei, das Mädchen zu ihrer Familie zurückzuschicken.

Ebenso wie Bischof Wissa im Fall von Al-Kosheh legte Bischof Athanasius bei der lokalen Polizeibehörde seinen Protest ein. Genauso wie in Al-Kosheh und Sohag nahm auch die Polizei von Wasta und Beni Suef diesen Protest des Bischofs nicht zur Kenntnis. Im Unterschied zu Bischof Wissa wandte sich Bischof Athanasius jedoch nicht an die Öffentlichkeit, sondern an den koptischen Papst Shenouda, der mit der Angelegenheit im Büro von Präsident Mubarak vorstellig wurde. Das Präsidialamt nahm sich der Sache an, veranlasste die Absetzung der verantwortlichen Polizeioffiziere und sorgte dafür, dass das Mädchen zu seiner Familie zurückgebracht wurde. All dies wurde erreicht, ohne dass der Bischof an die Öffentlichkeit ging.

Ein Jahr später wurden Therese, ihr Vater, ihre Mutter und ihr Bruder auf tragische Weise ermordet. Ihre Schwester Nadia kam mit dem Leben davon. Der Menschenrechtler Maurice Sadek (führender Kopf der Organisation für Menschenrechte und Nationale Einheit) setzte die Mär in Umlauf, dass die Familienmitglieder von Mitgliedern der Gama'at Al-Islamiya unter Beihilfe der Polizei ermordet worden seien. Thereses Bruder Ezzat wiederholte Sadeks Geschichte, die von Freedom House in den USA ebenfalls verbreitet wurde.

Zur Untersuchung der Angelegenheit entsandte Freedom House eine Abordnung nach Ägypten, bestehend aus Joseph Assad und einem Mann, den Assad als den „verdienstvollen Schriftsteller“ Dr. Paul Marshall bezeichnete. Marshall

war durch sein Buch „Their Blood Cries Out“ bekannt geworden, das die Verfolgung von Christen auf der ganzen Welt zum Gegenstand hatte. Im August 1998 hatte ich Gelegenheit, mich mit ihm über das Buch zu unterhalten. Zu diesem Zeitpunkt hatte Marshall noch nie einen Fuß nach Ägypten gesetzt. Seine Informationen über Ägypten basierten praktisch nur auf Zeitungsausschnitten.

Bei ihrer Untersuchung des Shaker-Mordes kamen Assad und Marshall nicht weiter als zur Kanzlei von Maurice Sadek in Kairo, wo sie mit Ezzat Shaker zusammentrafen. Sie machten sich nicht die Mühe, nach Wasta zu reisen, sie trafen sich weder mit dem Priester noch mit Familienmitgliedern in Wasta noch mit Nadia, der einzigen Überlebenden. Ein amerikanischer Wissenschaftler machte sich später auf die Reise nach Wasta und war geschockt, als er erfuhr, dass die kühnen Schlussfolgerungen von Freedom House lediglich auf den unbestätigten Vermutungen des Rechtsanwaltes beruhten, dass keine Tatortbesichtigung stattgefunden hatte und dass wichtige Quellen einfach nicht berücksichtigt oder schlicht nicht recherchiert worden waren.

So sieht es oft mit der Menschenrechtsberichterstattung von bestimmten Leuten und Organisationen aus. Maurice Sadek erkundigte sich 1996 bei Journalisten, wie er nach Kanada emigrieren könne – wenn nicht als normaler Bürger, dann als jemand, der um politisches Asyl bittet. Sein Einwanderungsantrag für Quebec, Kanada, wurde abgelehnt. Daraufhin sorgte Sadek dafür, dass er nicht noch einmal abgelehnt werden konnte. Er wurde berüchtigt für die Verbreitung der wildesten Behauptungen über die Verfolgung von Christen in Ägypten. So behauptete er beispielsweise, dass christliche Mädchen oft von Muslimen entführt würden. Nachforschungen ergaben, dass keines der Mädchen jemals entführt worden war. Die meisten waren auf der Flucht vor der Armut, auf der Flucht vor den Streitigkeiten in der Familie und aufgrund anderer sozialer Probleme zum Islam konvertiert. Die Vorstandsmitglieder seiner Organisation verließen ihn, einer nach dem anderen. Keiner wollte mehr etwas mit ihm zu tun haben. In den ägyptischen Medien wurde Sadek wegen seiner Behauptungen oft angegriffen, und in seinen Interviews verlieh er seiner großen Verachtung für Ägypten Ausdruck. Sein Ziel erreichte er jedoch. Im Jahre 2000 konnte er in die USA ausreisen. Seine geifernde Stimme zur sogenannten Verteidigung der Kopten in Ägypten kam damit zum Verstummen.

Freedom House und Maurice Sadek sind jedoch nicht allein. Der Verband der Kopten in den USA, die US Copts Association, stellt ebenfalls des öfteren Behauptungen auf, die von der Ägyptischen Organisation für Menschenrechte, Human Rights Watch oder anderen unabhängigen Menschenrechtsorganisationen nicht bestätigt werden. Warum ist das so?

Die Übertreibungen der US Copts Association werden durch den Religious News Service from the Arab World gut dokumentiert. Die Behauptungen sind übertrieben, unbequeme Fakten werden ignoriert bzw. aus dem Kontext gerissen, und alles wird möglichst negativ interpretiert. Ebenso wie der Handel mit Verschwörungstheorien in Ägypten floriert, floriert er unter koptischen Aktivisten im Westen.

In Ägypten ist es bequem, viele Übel der ägyptischen Gesellschaft den Zionisten oder Israel zur Last legen zu können. Dies erreicht derartige Ausmaße, dass die meisten Ausländer in Ägypten solche Behauptungen schon gar nicht mehr ernst nehmen.

Für koptische Aktivisten ist es ein einfacher Weg, die ägyptischen Behörden und die ägyptischen Sicherheitsdienste für viele Probleme der Kopten in Ägypten verantwortlich zu machen.

Vor einigen Jahren befand sich eine Gruppe junger koptischer Pilger auf der Heimreise von einem Besuch in Gebel El-Teir, 220 km südlich von Kairo. Ihr Bus wurde von einem Lkw angefahren, und dutzende junger Christen kamen bei dem Unfall ums Leben. Es war ein furchtbares Unglück. Koptische Aktivisten setzten sofort die Mär in Umlauf, dass dies ein vorsätzlich herbeigeführter Unfall gewesen sei, dass es sich im Mord handele. Dies war jedoch keinesfalls Mord, sondern ein leider zu alltägliches Vorkommnis auf den gefährlichen Straßen Ägyptens.

Im März 2001 starb ein Priester bei einem Autounfall in der Nähe von Samalut. Der koptische Rechtsanwalt Mamdouh Nakhla, der seine Karriere in der Kanzlei von Maurice Sadek begonnen hatte, schrieb eine Presseerklärung, die von einigen koptischen Organisationen in den USA verbreitet wurde. Darin behauptete er ebenfalls, dass der Tod des Priesters gewaltsam herbeigeführt worden sei. Bischof Paphnotius von Samalut sprach mit der Schwester des Priesters, einer Nonne, die den Unfall überlebt hatte und diese Behauptung als völlig unsinnig zurückwies. Ägypten ist ein Land mit einer sehr hohen Anzahl von Verkehrsunfällen mit oft tödlichem Ausgang. Autounfälle treffen sowohl Christen als auch Nichtchristen.

Die Behauptungen dieser Gruppierungen sollten nicht auf die leichte Schulter genommen werden, weil dadurch ein Beitrag zu einem verzerrten Bild im Westen geleistet wird und auch zusätzliche Spannungen geschürt werden. Wir brauchen keine Berichte, die zu einer sowieso schon angespannten Atmosphäre noch mehr Spannungen hinzufügen.

Ich habe mich bemüht, mit diesen Gruppen in einen Dialog zu treten. Dabei hatte ich gehofft, dass sie zur Vernunft kommen würden, wenn man ihnen zeigt, dass die Probleme in Ägypten komplizierter sind als von ihnen dargestellt. Dies gelang jedoch nicht, statt dessen wurde ich mit Schmähungen und Kränkungen überhäuft.

Am 1. Mai veröffentlichte die Zeitschrift Christianity Today einen Artikel von mir über den Besuch der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit. Ich hatte darin geschrieben, dass Ägypter im Allgemeinen eine negative Einstellung zur Einmischungspolitik der USA haben. Andere Medien berichteten Ähnliches. Die für die US Copts Association vielleicht problematischste Feststellung war jedoch die folgende:

„Mehrere Bischöfe und führende orthodoxe, evangelische und katholische Persönlichkeiten sind der Ansicht, dass die Bezeichnung ‚Verfolgung‘ stark übertrieben ist. Zwar bestätigen sie das Vorkommen von Diskriminierung gegen Christen, von denen die meisten der koptisch-orthodoxen Kirche angehören. Dennoch gehen diese Fälle weniger von der Regierung als vielmehr von einzelnen Muslimen aus.“

Die US Copts Association war nicht zögerlich mit ihrer Antwort. Am 3. Mai schrieben sie: „Es ist sehr bedauerlich, dass Herr Hulsman seinen Status als ausländischer Journalist mit Wohnsitz in Ägypten dazu benutzt, als Pressesprecher der ägyptischen Regierung aufzutreten. Seine irreführenden Artikel und Berichte gibt er an ausländische Medien und Organisationen mit dem Ziel weiter, das Bild der ägyptischen Regierung im Ausland aufzupolieren, allerdings auf Kosten der Wahrheit und der verfolgten Kopten.“ Und weiter hieß es: „Da Herr Hulsman sich entschlossen hat, mit seiner einseitigen Berichterstattung fortzufahren, bleibt uns keine andere Wahl, als gegen seine Berichte in allen von ihm verwendeten Medien vorzugehen.“

Die Zeitschrift Christianity Today wurde von der US Copt Association und von Freedom House unter Druck gesetzt, keine weiteren Artikel mehr von mir anzunehmen. Auch wenn Christianity Today nicht nachgegeben hat, zeigt dies doch, welche Bedeutung die US Copts Association und Freedom House der Meinungsfreiheit wirklich beimessen. Anstatt sich auf eine Diskussion über Tatsachen und deren Interpretation einzulassen, setzen sie lieber Redakteure unter Druck, um ihnen widersprechende Stimmen zum Verstummen zu bringen.

Am 4. Mai schrieb ich dem Präsidenten der US Copts Association, Michael Meunier, einen Brief, in dem ich zu seinen verleumderischen und im Coptic Digest veröffentlichten Aussagen Stellung nahm, da er mir vorher nie eine Gelegenheit gegeben hatte, auf die Vorwürfe zu antworten. Wiederholt bat ich ihn um eine Antwort auf meinen Brief, jedoch vergebens.

Wenig später wurde ein Bericht über sexuelle Ausschweifungen eines ehemaligen Mönchs des Klosters von Al-Muharraq veröffentlicht. Das ägyptische Boulevardblatt Al-Nabaa brachte kompromittierende Fotos zusammen mit Texten obszönen Inhalts, ohne jedoch zu erwähnen, dass es sich bei dem Mann um einen ehemaligen Mönch handelt. Unter den Kopten, die diese Berichte als Entweihung einer ihrer heiligsten Stätten betrachteten, machte sich Zorn und Wut

breit. Auf dem Gelände der koptischen Kathedrale demonstrierten tausende jugendlicher Kopten, von denen viele aus den Armenvierteln kamen, wo Muslime sich schon so oft über die Mönche lustig gemacht hatten.

Auch die US Copts Association protestierte, und dies zu Recht. Als sie jedoch die koptische Demonstration eine koptische Revolte nannten, verschlimmerten sie die Situation. Über diesen Versuch, die Demonstrationen für das Anheizen der angespannten Stimmung zu nutzen, waren die ägyptischen Zeitungen empört.

Unter den Mitgliedern der US Copts Association gibt es viele, die koptische Revolutionäre wie General Yaqoub idealisieren, der sich auf die Seite Napoleons schlug, als dieser 1798 bis 1801 Ägypten besetzte, oder die für Umma Al-Qibtiya schwärmen, der 1954 den koptisch-orthodoxen Papst Yousab II entführte und ihn zwang, seine Abdankung zu unterzeichnen.

Diese Militanz ähnelt sehr derjenigen einiger radikaler armenischer Gruppen im ausgehenden 19. Jahrhundert, die hofften, die Armenier im Osmanischen Reich befreien zu können. Bewusst versuchten sie, gewalttätige Reaktionen der osmanischen Türken zu provozieren in der Hoffnung, dass dies zu einem Einmischen der europäischen Mächte zugunsten der Armenier führen würde. Sehr schnell wurden jedoch die Konsequenzen dieses gefährlichen Spiels klar. Die Beziehungen zwischen Armeniern und Türken verschlechterten sich dermaßen, dass die Türken im Ausbruch des ersten Weltkriegs eine Gelegenheit sahen, die Armenier auszulöschen und so den Völkermord an den Armeniern organisierten.

Die US Copts Association und die sie unterstützenden Organisationen sind zwar nicht in gewalttätige Aktivitäten verwickelt und fordern auch keine militärische Intervention der USA in Ägypten, dennoch verlangen sie, dass Amerika sich einmische. Sie fordern aber, mit Hilfe wirtschaftlicher Sanktionen Druck auf die ägyptische Regierung auszuüben, um so die Lebensbedingungen der Kopten in Ägypten zu verbessern. Die Tatsache, dass der koptische Papst Shenouda und andere Bischöfe davon abraten, lässt sie unberührt. Bei mehreren Gelegenheiten haben sich prominente ägyptische Kopten gegen Sanktionen ausgesprochen und ihrer Furcht Ausdruck verliehen, dass solche Sanktionen zu einer heftigen Reaktion gegen die Kopten führen würde.

Unangemessener Sprachgebrauch

Eines der Probleme bei der Behauptung, die Christen würden verfolgt, ist die Unbekümmertheit, mit der die Aktivisten das Wort Verfolgung gebrauchen.

Die anglikanische Generalsynode von Australien verabschiedete im Juli nach Demonstrationen von Kopten in Sydney und Melbourne eine Resolution, die über die Verfolgung von Christen in Ägypten spricht, ohne das Wort Ver-

folgung zu definieren. Erstaunlicherweise wurde diese Resolution angenommen, ohne dass man sich vorher mit dem anglikanischen Bischof in Kairo oder mit Fachleuten der anglikanischen Kirche in England, die bestens vertraut sind mit der Situation der Kirche in Ägypten, besprochen hätte.

Der Bischof der anglikanischen Kirche in Ägypten, Bischof Mounir, ist der Ansicht, dass die Bezeichnung Verfolgung ein systematisches Vorgehen impliziert. „Wir müssen ganz klar unterscheiden zwischen Verfolgung, Diskriminierung und Belästigung“, erläutert der Bischof. „Verfolgung bedeutet, dass eine bestimmte Gruppe systematisch auf eine niedrigere Position verwiesen wird. Es ist eine von der Regierung oder von der Mehrheit der Bevölkerung eines Landes umgesetzte Politik, durch die eine bestimmte Gruppe ihrer Rechte beraubt wird. In dieser Politik drückt sich auch die Haltung der Bevölkerungsmehrheit aus.“

Wenn die Regierung bzw. andere Institutionen jedoch keine gegen eine bestimmte Gruppe gerichtete Politik verfolgen, können vereinzelte Vorfälle und Schwierigkeiten nicht als Verfolgung klassifiziert werden. In diesen Fällen handelt es sich um Diskriminierung oder Belästigung.

Es gibt einzelne Beispiele von Gewalt und Diskriminierung, das ist unbestritten. Sie können sogar ein solches Ausmaß annehmen, dass einzelne Christen dies als Verfolgung empfinden. Wie tragisch diese Beispiele auch sein mögen, sie können, solange es sich um Einzelfälle handelt, nicht Verfolgung genannt werden.

Es ist ein Kennzeichen individueller Diskriminierung und Belästigung, dass andere Personen mit den gleichen Merkmalen nicht von der gleichen Gewalt und Diskriminierung betroffen sind. Die Dinge ändern sich jedoch, wenn sich die Taten gegen Menschen richten, die alle die gleichen Merkmale aufweisen.

Man sollte die Situation von Christen und Muslims, die unter ähnlichen sozialen Bedingungen leben, vergleichen. Wenn beide Gruppen in ähnlichen sozialen Bedingungen leben und in gleichem Maße von bestimmten Vorfällen betroffen sind, kann man nicht von Verfolgung und Diskriminierung sprechen, sondern wir haben es dann mit sozialen Problemen zu tun. Natürlich muss man sich mit sozialen Problemen beschäftigen, aber diese Probleme sollten nicht als Menschenrechtsprobleme dargestellt werden, sondern als das, was sie tatsächlich sind, nämlich soziale Probleme.

Wenn ein Christ hart arbeitet, seinem Land gegenüber loyal und in der Lage ist, seine Meinung klar auszudrücken, kann er sogar Minister in der Regierung werden. Er kann auch ein Buch schreiben und so seine Meinung veröffentlichen. Wenn all dies möglich ist, kann man nicht von Verfolgung sprechen.

Christen haben in der Tat mit Diskriminierung zu kämpfen, aber diese Diskriminierung geht nicht von der Mehrheit der islamischen Bevölkerung aus. In einer solchen Situation kann man nicht von Verfolgung reden.

Es ist ja nur natürlich, dass Muslime in bestimmten christlichen Berufen, beispielsweise als Religionslehrer an einer christlichen Schule, nicht akzeptiert werden können. In gleichem Maße können auch Christen bestimmte Berufe, die eine besondere Bedeutung für den Islam haben, nicht ausüben. Wenn ich aber höre, dass die ägyptische Fast-Food-Kette Mo'men keine Kopten anstellt, dann handelt es sich um Diskriminierung, denn Sandwiches zu verkaufen hat nichts mit der Religionszugehörigkeit eines Angestellten zu tun und darf kein Auswahlkriterium für einen Jobbewerber sein.“

Der Bischof sprach auch über schwierige Themen wie das Bauen von Kirchen und das Abtrünnigwerden vom Islam. Diese Themen werden sehr häufig vorgebracht, wenn von der Verfolgung von Christen in Ägypten die Rede ist. Auch wenn es sehr viel einfacher als noch vor zehn Jahren ist, die Genehmigung zum Bau einer Kirche zu bekommen, gibt es dennoch Unterschiede, je nachdem, ob es um eine Baugenehmigung für eine Moschee, oder für eine Kirche geht. „Wir müssen uns jedoch auch vor Augen führen, dass die Regierung diese institutionelle Diskriminierung geerbt hat, und mit diesem Problem muss sie sich auseinandersetzen“, so der Bischof.

Scheich Muhammad Sayyed Tantawi, der Leiter der angesehenen Al-Azhar-Moschee in Kairo, erläuterte nach seiner Berufung zum Imam der Universität 1996, dass Muslime sich von ihrer Religion lossagen dürfen, es ihnen aber nicht erlaubt ist, den Islam anzugreifen. Über die Bekehrung vom Islam zu einer anderen Religion zu sprechen wird als ein Angriff auf den Islam betrachtet. Bischof Mounir wählt die Worte für seine Antwort sehr sorgfältig: „Ich glaube, wir sollten tolerant sein und ein bestimmtes Maß an Freiheit akzeptieren, während wir gleichzeitig, und darin besteht auch die Herausforderung, an unseren Werten und unserer Moral festhalten.“

Joe Stork von der amerikanischen Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wendet sich ebenfalls gegen einen zu leichtfertigen Gebrauch des Begriffs Verfolgung. Folgende Kriterien definieren Verfolgung:

- 1) Verfolgung geschieht systematisch und richtet sich gegen eine bestimmte Person oder Personengruppe.
- 2) Verfolgung fügt bewusst Schaden zu und verursacht bewusst Leid.
- 3) Diskriminierung und Belästigung können ein solches Ausmaß annehmen oder einen systematischen Charakter bekommen, dass die Klassifizierung als Verfolgung gerechtfertigt ist. Die Größenordnung, in der die Vorfälle stattfinden, spielt hierbei jedoch eine wichtige Rolle, und man muss sich vor einer rhetorischen Eskalation hüten.
- 4) Je nach den Gegebenheiten einer Situation können andere Einstufungen angebracht erscheinen als der Begriff Verfolgung.

Meine Position unterscheidet sich von der des Bischofs [Mounir] nur insofern, als Verfolgung meiner Ansicht nach auch Handlungen umfassen kann, die nicht von der Regierung oder der Bevölkerungsmehrheit, sondern von anderen Personen oder Gruppen begangen werden. Verfolgung kann sich auf die Politik einer politischen oder religiösen Gruppe oder Organisation beziehen, auch wenn diese nur über eine schmale Basis verfügen sollte.

Es scheint mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass Diskriminierung nicht notwendigerweise ein geringeres Problem als Verfolgung darstellt, sondern dass Diskriminierung eine Verletzung des internationalen und auch, so nehme ich an, des ägyptischen Rechts ist. Diskriminierung ist oftmals strukturell angelegt und hat weniger den vorsätzlichen Charakter von Verfolgung. In gewisser Weise wird es dadurch schwieriger, dagegen vorzugehen; für die von Diskriminierung Betroffenen sind die Erfahrungen jedoch nicht weniger schmerzhaft als Verfolgung, sondern vielleicht eher das Gegenteil.

Aus den genannten Beispielen wird ersichtlich, dass man das Wort Verfolgung mit großer Vorsicht verwenden sollte. Es ist sicherlich weder angemessen noch hilfreich, soziale Probleme in einer Gesellschaft als Verfolgung zu bezeichnen. Natürlich muss man sich mit diesen sozialen Problemen beschäftigen, aber in geeigneter Form.

Es scheint mir angebracht, sich klar darüber zu verständigen, was Verfolgung genau bedeutet und wann eine Situation als Verfolgung bezeichnet werden kann. Verfolgung ist aber nicht die einzige Schwierigkeit, denn Diskriminierung kann für die betroffenen Personen ebenfalls ein schwerwiegendes Problem darstellen. Diskriminierung breitet sich weiter aus, wenn sich die Atmosphäre in der Gesellschaft verschlechtert. Einer der Wege zur Bekämpfung von Diskriminierung ist daher, für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Atmosphäre zu sorgen. Zwar wird dies allein nicht ausreichen, aber wenn man sich über das Problem verständigt und ein gemeinsames Ziel definiert hat, kann Diskriminierung bekämpft werden.

Verfolgte Christen ? Fallbeispiel Westafrika?

Josef Stamer

Einleitung

Bevor ich zu der heutigen Thematik komme, muss ich eingestehen, dass ich die Einladung zu dieser Tagung nur zögernd angenommen habe. Den Grund für mein Zögern werden Sie aus meinen weiteren Ausführungen ersehen. Die christlich-islamische Situation in Westafrika ist atypisch in Bezug auf die allgemeinen Vorstellungen und die Behandlung der Lage christlicher Minderheiten im islamischen Umfeld. Aber gerade deshalb schien es mir schließlich dann doch wichtig, dass auch diese Situation hier zur Sprache kommt.

Verfolgte Christen in Westafrika? Um welche Länder handelt es sich genau?

Im ganzen Sahelgürtel südlich der Sahara ist der Islam seit über tausend Jahren präsent und hat dort die verschiedenen Kulturen mit geprägt. Die gemeinsame Geschichte dieser Länder läge ohne die arabischen Chroniken und Reiseberichte noch weithin im Dunkeln. Über Jahrhunderte war der Islam in diesen Regionen die Religion der Minderheit. Erst in der jüngeren Geschichte ist er zum Bekenntnis der großen Mehrheit geworden. Dies ist vor allem der Fall in Ländern wie Niger, Senegal, Guinea (Conakry) und Mali. Ich will mich in meinen Ausführungen auf diese vier Länder berufen, wobei Mali eine Sonderstellung zukommt, da ich dort insgesamt 28 Jahre gelebt habe. Andere Situationen in der gleichen Region, wie Tschad oder Nord-Nigeria, sind viel komplexer und auf sie kann hier nicht eingegangen werden.

Jedes der vier genannten Länder hat natürlich sein eigenes Erscheinungsbild und die jüngere Geschichte und Entwicklung, zumindest seit der Unabhängigkeit vor gut 40 Jahren, ist nicht die gleiche. Es gibt jedoch zwei grundsätzliche Gemeinsamkeiten in Bezug auf unsere heutige Thematik:

- eine islamische Mehrheit von 80 % bis 95 %,
- die verfassungsrechtlich verankerte religiöse Neutralität des Staates, um so das französische Wort „laïcité“ zu übersetzen.

Zur ersten dieser Gemeinsamkeiten einige Zahlen mit der Einschränkung, dass es in diesen Ländern keine Statistiken bezüglich der Religionszugehörigkeit gibt und es sich so nur um Schätzungen handelt. Von West nach Ost:

Senegal: etwa 90 % Muslime, 5 % Christen;
 Guinea: etwa 80 % Muslime, 2 - 3 % Christen;
 Mali: etwa 80 % Muslime, 2 % Christen;
 Niger: etwa 95 % Muslime, weniger als 0,5 % Christen.

Die zweite dieser Gemeinsamkeiten wirft sofort die Kernfrage auf: Wie vereinbaren die westafrikanischen Muslime die Forderungen ihres Glaubens mit dieser verfassungsrechtlich festgeschriebenen religiösen Neutralität des Staates, wo sie doch als große Mehrheit den Anspruch auf einen islamischen Staat stellen müssten? Die Beantwortung dieser Frage hat natürlich vorrangige Bedeutung für die Situation der christlichen Minderheiten in diesen Ländern.

Grundsätzlich haben die Muslime als Glaubensgemeinschaft einen politischen Auftrag. Das Gesellschaftsleben muss so gestaltet werden, dass der vollen islamischen Religionsausübung sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich nichts im Wege steht. Im Gegenteil, seit dem Modellfall des ersten islamischen Staatsgebildes in Medina, der ja exemplarisch für das gesamte islamische Gemein- und Rechtswesen dasteht, kommt dem Staat die Aufgabe zu, das islamische Leben in allen seinen Aspekten zu fördern.

Von der jüngeren Geschichte her wäre da zu sagen: Unter den französischen Kolonialherren wurde die staatliche Neutralität („laïcité“) nie so radikal gehandhabt, wie dies seit der Trennung von Kirche und Staat im Mutterland Frankreich der Fall war. Es hat immer eine ziemlich enge Zusammenarbeit zwischen der Kolonialverwaltung und einem Großteil der islamischen Führer gegeben. Jede Seite hat von der anderen profitiert.

Was das Verhältnis zwischen Staat und islamischer Glaubensgemeinschaft seit der Unabhängigkeit angeht, so kann man hier klar drei verschiedene Perioden unterscheiden:

1. die Staatsgründungen selbst und die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit,
2. die Jahre der Monopolisierung der Macht durch Militärregimes und/oder durch Einheitsparteien,
3. die Demokratiebewegung und der Versuch ein System aufzubauen, in dem der Bevölkerung ein größeres Mitspracherecht zukommt.

Aus dieser Dreiteilung möchte ich den Senegal ausklammern, wo die Entwicklung etwas anders gelaufen ist.

1. Zur ersten Periode ist anzumerken, dass der Islam als Konzept für eine politische Ordnung weder im Streben nach der politischen Unabhängigkeit noch bei den tatsächlichen Staatsgründungen eine Rolle gespielt hat. Die Staatsgründer waren meist durch die laizistische Schule Frankreichs gegangene Intel-

lektuelle und Funktionäre. Gerade die vorausgegangene Zusammenarbeit vieler religiöser Führer mit der Kolonialmacht hatte Erstere ins politische Abseits gestellt. Die stark sozialistisch-marxistisch ausgerichteten ersten Republiken Malis und Guineas schickten die religiösen Führer im wahrsten Sinne des Wortes „in die Wüste“. Religion wurde zur Privatsache, was für einen gläubigen Muslim ja eigentlich ein Widersinn ist.

2. Die siebziger und frühen achtziger Jahre waren die Blütezeit der Militärdiktaturen und/oder der Monopolisierung der Macht durch Einheitsparteien. Niger und Mali sind hier Paradebeispiele, wie die Religion der großen Mehrheit dem Staats- und Parteiapparat ein- und untergeordnet wurde. Die Muslime mussten sich einerseits auf nationaler Ebene organisieren, um ein Mitspracherecht zu haben. Andererseits brauchte die Einheitspartei die Religion als Einigungsfaktor der Volksmassen. Auch in Guinea schwenkte Präsident Sékou Touré, nach einer Zeit der Verfolgung der religiösen Führer, auf diesen Kurs um. Die Partei schreibt jetzt zum Beispiel vor, wann und wie das islamische Gebet zu verrichten ist, um die Produktion nicht zu beeinträchtigen, oder was und worüber in den Moscheen gepredigt wird.

3. Die eigentliche Debatte über das Verhältnis von Religion, sprich Islam, und politischer Macht begann erst mit der sogenannten Demokratiebewegung zu Beginn der neunziger Jahre und sie ist bis heute in vollem Gange. Ich will hier nur kurz einige der Hauptthemen oder Brennpunkte dieser Debatte skizzieren:

Wie schon gesagt, die religiöse Neutralität des Staates ist in allen Verfassungen festgeschrieben. Aber was versteht man unter „laïcité“ und wie wird sie gehandhabt? Schon das Wort selbst ruft den Widerstand gewisser islamischer Kreise hervor, die es mit „Atheismus“ gleichsetzen. So hat zum Beispiel Niger für seine Verfassung eine andere Formulierung gewählt, die aber so für die kleine Christenminderheit keine absolute Garantie mehr bedeutet. Religiöse islamische Parteien kann es nach geltendem Recht nicht geben. Aber hinter einem neutralen Parteinamen können sich leicht islamische Vereine und Gruppen verstecken, die die Forderung nach einem islamischen Staat aufrecht erhalten und diese sogar aus einem gewissen Demokratieverständnis begründen. Die Muslime sind die Mehrheit der Bevölkerung, also kann der Staat nur ein islamischer sein.

Im Allgemeinen wird das Verständnis der religiösen Neutralität des Staates so ausgelegt, dass der Staat die freie Religionsausübung aller Gruppen garantiert und sogar fördert. Aber es gibt dann doch immer wieder Einbrüche und Unklarheiten in der Auslegung, wo die christlichen Minderheiten manchmal erschreckt

aufhorchen. So sind im Augenblick die Bischöfe Senegals sehr beunruhigt über das Verhalten des neuen Präsidenten Abdoulaye Wade. Sowohl vor als auch nach den Parlamentswahlen ist er ostentativ zu seinem religiösen Oberhaupt gepilgert, um dessen Wahlhilfe zu ersuchen bzw. ihm nach gewonnener Wahl seine Dankesreverenz zu erweisen.

Ein weiterer Diskussionspunkt, der immer wieder hervorbricht, besonders im Senegal und in Mali, ist das Schul- und Erziehungswesen. In den letzten zwanzig Jahren sind auf privater Basis durch die Gelder der arabischen Ölstaaten eine Vielzahl islamischer Schulen und Institute gegründet worden, ganz verschieden von den traditionellen Koranschulen. Einerseits versucht der Staat diesen zunächst unkontrollierbaren Auswuchs so gut wie möglich zu überwachen und eventuell in das staatliche Erziehungswesen zu integrieren. Andererseits fordern immer mehr islamische Bewegungen die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in den staatlichen Schulen. Ganz allgemein kann man eine weitere Verbreitung der arabischen Sprache feststellen, als dies in der Vergangenheit der Fall war, und parallel dazu die Vertiefung eines aus der arabischen Welt importierten Islammodells.

Schon seit 1972 ist das Bürgerliche Gesetzbuch im Senegal den Muslimführern ein Dorn im Auge und wird immer wieder in Frage gestellt. Der am Widerstand der islamischen Gruppen gescheiterte Versuch eines neuen Codex im Niger vor ein paar Jahren und die zur Zeit heftigst diskutierten Reformvorschläge des Familien- und Erbrechts in Mali, sind weitere Anzeichen für das Bestreben, dem Rechtswesen die Vorschriften des Korans und der islamischen Tradition zu Grunde zu legen.

Die Islamisierung des Gesellschaftslebens ist ein Vorgang, der zunächst aus einem vertieften Zugehörigkeitsbewusstsein der islamischen Bevölkerung entspringt. Man lebt bewusster als Muslim. Aber auch hier ist der Staat gezwungen, Entscheidungen zu treffen, die nicht im Sinne einer absoluten Neutralität sind, oder auch manchmal einfach klein beizugeben. Ein kleines Beispiel nur ist die Wahhabiya-Moschee im Zentrum Bamakos. Ein streng gläubiger Geschäftsmann hat an seinen Supermarkt eine Privatmoschee angebaut. Jeden Freitagnachmittag kommt es seitdem zu Verkehrsstörungen, weil die kleine Moschee die zahlreichen Beter nicht fassen kann und diese den gesamten Verkehr der Innenstadt lahm legen. Stadtverwaltung und Polizei konnten sich auch in diesem Konfliktfall nicht durchsetzen.

Wie steht es nun um die christlichen Minderheiten in dieser Situation? Es herrscht volle Gewissens- und Glaubensfreiheit und von Verfolgung kann keine Rede sein. Aber die Lage bleibt prekär und man muss der islamischen Mehrheit im kirchlichen Leben immer wieder Rechnung tragen.

In allen genannten Ländern besitzt die Kirche ein Ansehen und einen Einfluss, der weit über die geringen Prozentzahlen ihrer Anhänger hinaus geht. Hierfür kann man eine Reihe Gründe anführen: Zunächst ist wegen einer besseren Schulbildung der Anteil der Christen in der Elite bis hin in die Regierungskreise weit höher als ihr Prozentsatz in der Gesamtbevölkerung. Besonders in Krisenzeiten sind die christlichen Kirchenführer immer wieder als Schlichter und Vermittler gerne gesehen. In manchen Fällen taten sie dies auch gemeinsam mit muslimischen Persönlichkeiten.

Aber der Hauptgrund für dieses hohe Ansehen der Kirchen und deshalb auch für die Möglichkeit einer freien Entfaltung des kirchlichen Lebens scheint mir das soziale Engagement der Kirchen überhaupt zu sein. Die Qualität der christlichen Erziehungseinrichtungen ist sprichwörtlich. Nicht nur der Erfolg der intellektuellen Ausbildung wird anerkannt, sondern vor allem auch die Tatsache, dass eine Erziehung auf religiöser Basis angeboten wird. In Mali sind über 80 % der Schüler in christlichen Einrichtungen Muslime und die meisten der Eltern dieser Schüler nehmen bewusst das Opfer einer teureren Ausbildung auf sich, um ihren Kindern auch geistige Werte vermitteln zu lassen.

Gleiches wäre zu sagen in Bezug auf den Einsatz der Kirchen im Gesundheitswesen, im Kampf gegen Aids, in der allgemeinen Entwicklungsarbeit in diesen Ländern, die ja immer wieder von Trockenheit und Hungersnöten heimgesucht werden. Kirchliche Einrichtungen nehmen sich überdies bevorzugt der sozial Schwachen und Ausgeschlossenen, vor allem in den zu schnell wachsenden afrikanischen Städten, an.

In all diesen Bereichen kann man von einer engen Zusammenarbeit zwischen Christen und Muslimen ausgehen. Viele Muslime sehen keinen Widerspruch darin, sich in christlichen Organisationen und Strukturen zu engagieren.

Im Leben der Gesellschaft gibt es immer wieder einzelne Fälle von Ausgrenzung der Christen oder überhaupt der Nicht-Muslime. Dies ist vor allem bei Wohnungs- oder Arbeitssuche der Fall. Aber man kann auch dies nicht verallgemeinern. Aufs Ganze gesehen überwiegt die gegenseitige Akzeptanz und Toleranz, die auch ganz positiv von den Regierungskreisen als eine der Grundtugenden des Volkes von Mali gefördert und immer wieder betont wird. Sie hat ihre Wurzeln in der afrikanischen Tradition und Geschichte, wo über Jahrhunderte Muslime und Nicht-Muslime konfliktlos zusammengelebt haben.

Zum Abschluss ein kurzer Ausblick auf die Zukunft. Wie schon gesagt, die Lage der christlichen Minderheiten in diesen Ländern ist nicht alarmierend, aber sie bleibt dennoch labil und zerbrechlich. Dem muss in Zukunft im Leben der Kirchen noch mehr Rechnung getragen werden. Die radikaleren Elemente

in der islamischen Mehrheit haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht das Sagen und je mehr Freiheitsräume durch eine tiefere demokratische Bewusstseinsbildung geschaffen werden, umso weniger besteht Aussicht, in das Modell eines islamischen Staates zurückzufallen.

Hier müssen auch die christlichen Kirchen ihren Teil dazu tun, und meiner Meinung nach, noch mehr als bisher. So gibt es zum Beispiel genügend Verlautbarungen der Bischofskonferenzen über Gerechtigkeit, Frieden und nationale Versöhnung, die auch für viele Muslime richtungweisend sind. Was weiterhin jedoch fehlt ist das Engagement der Christen, besonders der Eliten, im politischen Geschehen an der Basis, in der politischen Meinungs- und Bewusstseinsbildung. Vor allem bei der studierenden Jugend mit ihren oft düsteren Zukunftsperspektiven muss die Kirche weit mehr präsent sein. Viel zu leicht werden viele von ihnen die Beute radikaler islamischer Gruppen oder aber zugewanderter Heilspropheten, sprich Sektenpredigern.

Ganz allgemein sollte die Informations- und Bildungsarbeit in Bezug auf den Islam und die interreligiöse Begegnung von christlicher Seite fortgeführt und intensiviert werden. Nur wer den islamischen Glauben in seinen Grundforderungen, aber auch in der ganzen Bandbreite der möglichen Interpretationen kennt, kann sich positiv auf ihn einstellen. Die größte Gefahr, die den christlichen Minderheiten in Westafrika droht, wäre die Bildung eines christlichen Ghettos. Dies entspräche dann ganz den Vorstellungen gewisser islamischer Kreise: In einem islamischen Staat wird das Christentum als Schriftreligion zwar toleriert, aber die Christen werden zu Bürgern zweiter Klasse.

Dem entgegen zu steuern ist, unter anderem, auch Sinn und Aufgabe eines neuen Informations- und Begegnungszentrums, das der Erzbischof von Bamako in der Hauptstadt Malis plant und dessen Aufbau ich in naher Zukunft verantwortlich mitgestalten soll.

Verfolgte Christen? Fallbeispiel Nigeria

George Ehusani

Einführung

Ich möchte missio und der Katholischen Akademie sehr herzlich danken, dass sie diese Konferenz organisiert und mich eingeladen haben, damit ich die nigerianische Sicht in die Diskussion zu Fragen der Christenverfolgung einbringe. Die Veranstalter taten gut daran, das Thema als Frage zu formulieren „Verfolgte Christen?“ Ich erkenne darin ihren Wunsch, uns über die Realität der Christenverfolgung in einem bestimmten Land zu befragen und von uns zu erfahren, welches Ausmaß die Verfolgung hat. Ich finde diese Formulierung des Themas sehr angemessen, weil sich religiöse Verfolgung in der heutigen Zeit kaum noch so darstellt, wie in der frühen Kirchengeschichte oder wie zur Zeit der Kreuzzüge und der Dschihads. Dort, wo man heute noch von religiöser Verfolgung sprechen kann, geschieht sie in verdeckter und subtiler Weise, und was mitunter in manchen Teilen der modernen Welt als religiöse Gewalt ausgegeben wird, bezeichnet eigentlich einen ganzen Komplex verschiedener, miteinander verquickter Faktoren, zu denen auch Schwächen in den sozial-ökonomischen und politischen Strukturen vieler Gesellschaften mit ihren tatsächlichen oder als solche empfundenen Ungerechtigkeiten, ihrer umfassenden Armut, ihrer hohen Jugendarbeitslosigkeit und allen sich daraus ergebenden Folgen wie Hass, Verbrechen, Gewalt und Krieg, gehören. Ich glaube, dass ein ernsthaftes Nachdenken über die Christenverfolgung heute diesen Komplex von Gegebenheiten mit in Betracht ziehen muss.

Das Wörterbuch der englischen Sprache definiert eine verfolgte Person als einen Menschen, der Belästigungen, Folter, Erniedrigungen, Einschüchterungen und Unterdrückung ausgesetzt ist. Der Grund der Verfolgung kann durch religiöse Überzeugungen, Rassenzugehörigkeit oder bestimmte kulturelle Verhaltensweisen gegeben sein. Ich will mich hier auf die Verfolgung von Christen in Nigeria aufgrund ihres Glaubens beschränken. Ich glaube, dass eine Diskussion zu diesem Thema aus zweierlei Gründen äußerst angebracht ist. Unser missionarischer Auftrag verpflichtet uns, überall in der Welt das Evangelium zu predigen, ob man es hören will oder nicht. Die Erfahrungen, die Jesus und seine Jünger in ihrem Leben gemacht haben, bestätigen, dass Verfolgung zu einer Art Prüfstein des Glaubens werden würde. Paulus hat sie überdies zu einem der Eckpfeiler unserer Erlösung gemacht, als er sagte, dass wir Christen das Evangelium

verkünden müssen, ob man uns hören will oder nicht. Er fügte sogar hinzu, dass das Nichtverkünden des Evangeliums ein Fluch ist. Wenn man sich die Erfahrungen des Propheten Mohammed und seiner frühen Anhänger anschaut, kann man zu dem Schluss kommen, dass jede Religion zu allen Zeiten Verfolgungen erfahren hat und dass die Fähigkeit, der Verfolgung zu widerstehen, das Kennzeichen aller wirklich Gläubigen ist.

Die Welt hat sich weiterentwickelt, und neue Normen des Regierens haben sich herausgebildet. Der einzelne Mensch steht nunmehr im Mittelpunkt, und die Notwendigkeit, seine Würde und Gewissensfreiheit zu achten, ist die Grundlage der Legitimität des Regierens geworden. Nach den beiden Weltkriegen, die über dreißig Millionen Menschenleben gekostet haben, ist die Welt aufgewacht und hat begriffen, dass eine konkrete Grundlage für die Sicherung der Bürgerrechte gefunden werden muss. Der Höhepunkt dieses Prozesses war die Schaffung des Völkerbundes, aus dem später, im Jahr 1948, die Vereinten Nationen wurden. Die UNO-Menschenrechtserklärung schuf 1948 den Rahmen für die nachfolgenden Richtlinien, die sicherstellen sollten, dass alle Unterzeichnerstaaten die Respektierung und Einhaltung der Menschenrechte als Grundlage für die Rechtmäßigkeit ihrer Regierungen betrachten. Dabei ist es von besonderer Wichtigkeit, dass die Welt nach und nach eingesehen hat, dass mit solchen Entwicklungen viele soziale Ungerechtigkeiten, die wir als gegeben hingenommen hatten, nicht länger geduldet werden können. Von der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei bis zu den kolonialen Befreiungsbewegungen, von den feministischen Bewegungen bis zu den breitgefächerten Kampagnen für einen dauerhaften Umweltschutz haben Frauen und Männer begonnen, sich in Brüderlichkeit einander zuzuwenden und die Erde als ihr gemeinsames Erbe zu betrachten, und zwar nicht nur für die Menschen, sondern im Interesse allen Lebens.

Ich will meine Überlegungen in drei Abschnitte teilen. Der erste wird sich etwas gründlicher mit den historischen Wurzeln religiöser Verfolgung in Nigeria beschäftigen. Der zweite wird analysieren, welche Fragen eine Rolle bei der Verfolgung gespielt haben und welche Erscheinungsformen die Verfolgung, auch ihre eher subtilen Formen, hat. Der dritte Abschnitt wird versuchen, einen Blick auf die Herausforderungen zu werfen, denen sich eine Nation stellen muss, wenn sie ein gewisses Maß an Säkularisierung in dieser zunehmend globalisierten Welt erreichen will. Die kürzliche Einführung des islamischen Scharia-Rechts und die Annahme dieser Rechtsgrundlage durch viele Bundesstaaten im Norden Nigerias bilden den Hintergrund für meine Analyse.

1. Die historischen Ursprünge religiöser Verfolgung in Nigeria

Die Geschichte dessen, was als religiöse Verfolgung in Nigeria bezeichnet wird, kann bis zu den Strategien zurückverfolgt werden, die zur Einbeziehung Nigerias in die existierenden internationalen Kapitalsysteme und zur Gewinnung seiner Rohstoffe geführt haben. Nigeria wurde durch den britischen Kolonialismus in dieses System eingeführt. Vor der Ankunft der Briten waren die Portugiesen und andere verstreute Gruppen von Abenteurern und kleinen Händlern in viele der Flussgebiete eingefallen, die heute das moderne Nigeria bilden. Im frühen 15. und 16. Jahrhundert drangen zahlreiche evangelische und später auch katholische Missionare in die verschiedenen Landesteile des heutigen Nigeria vor. Den christlichen Missionaren war jedoch der Islam zuvorgekommen, der bereits im 11. Jahrhundert in das Land eingefallen war und im Nordosten des heutigen Nigeria Stadtstaaten gegründet hatte. Diese isolierten Überfälle waren teilweise sporadisch, einige der Abenteurer kamen dabei um oder wurden krank und starben in diesem „Grab des weißen Mannes“. Doch obwohl man Afrika als den „Schwarzen Kontinent“ und das „Grab des weißen Mannes“ bezeichnete, ließen sich die Glücksritter von diesen Gefahren nicht abschrecken.

Mit der Ausweitung des Handels und den neuen Handelsmöglichkeiten verstärkten die Briten ihre Aktivitäten und bauten den Handel auf dem Niger weiter aus. Der Höhepunkt wurde mit der Eroberung des als Sokoto-Kalifats bekannt gewordenen Fulbe-Reiches im Jahr 1903 erreicht, einhundert Jahre nach der Einrichtung des Kalifats im Jahre 1804. Die Missionare, die in der Folge in den südlichen Teil Nigerias vordrangen, brachten westliche Erziehung und christlichen Glauben mit. In den meisten Gemeinden wurden Erziehung und christlicher Glauben gemeinsam eingeführt, was sich auch in der Doppelfunktion der von den Missionaren errichteten Gebäude als Kirchen und Schulen zeigte. Die Erfahrungen der Briten mit den Ergebnissen dieser westlichen Erziehung war problematisch, denn die von ihnen ausgebildeten Nigerianer waren die ersten, die den britischen Kolonialismus herausforderten, was in den Augen der Briten schwerer wog als irgendein kriegerischer Akt. Als Reaktion riegelten die Briten die Teile im Norden ab, die an das zerfallene Kalifat grenzten. Die schwache wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region bewirkte unter anderem, dass man an dem während des Kalifats eingeführten feudalistischen Versklavungssystem festhielt. Schon in der Entstehungszeit des Kalifats hatte man allen Nichtmuslimen den Status von Sklaven gegeben, um die Heimstatt des Islam zu konsolidieren. Die Briten waren von dem Feudalsystem sehr angetan, da es auf der Grundlage der islamischen Prinzipien eine Lebensauffassung propagierte, die sich durch die fatalistische Unterwerfung unter den Willen Gottes auszeichnete. Diese religiöse Anschauung fand unter den des Lesens und Schreibens weitest-

gehend unkundigen Menschen und dem armen Volk, das seine sozialen Bedingungen in starkem Maße als Wille Gottes akzeptierte und den Status quo zu ändern nicht bereit war, schnell große Resonanz.

Aus diesem Grund waren die Briten bereit, ein Abkommen mit dem Kalifat zu unterzeichnen, das die Präsenz von Missionaren innerhalb der islamischen Regionen nicht erlaubte. Diese als Nichteinmischungsvertrag bekannte Vereinbarung verhinderte, dass christliche Missionare in die islamischen Regionen kommen und dort predigen konnten. Als die Christen aus dem Süden in den Norden zogen (sie waren im westlichen Sinne gut ausgebildete Facharbeiter oder Kaufleute), wurde ihr Recht auf Religionsausübung eingegrenzt. Die Briten schufen zur Lösung dieses Problems einen gesetzlichen Rahmen, der den Christen bestimmte Stadtviertel oder außerhalb der Städte gelegene Wohngebiete zuwies. Diese Siedlungen nannte man Sabon Gari (neue Stadt), man findet sie in allen größeren islamischen Städten des Nordens. Sie waren verrufen als Viertel, in denen Alkohol ausgetrunken wurde und die Prostitution blühte. Alle Muslime, die sündigen wollten, konnten ungehindert in die Sabon Gari gehen. Auf diese Weise ist nach und nach das Bild vom Christentum als einer Religion entstanden, die minderwertig ist und die Sünde toleriert.

Diese Entwicklungen nahmen die Politik der Rassentrennung in Südafrika um sechzig Jahre vorweg. In diesen Strukturen der Diskriminierung wurde bereits der Samen für die Christenverfolgung und in gewisser Weise auch der Apartheid gelegt. Die Christen im Norden blieben Fremde, die nicht wirklich dazugehörten, und als Fremde waren sie natürlich in ihren Möglichkeiten, Forderungen zu stellen, beschnitten. In bezug auf den Zugang zu Arbeitsplätzen, zur Bildung, zu öffentlichen Mitteln und zum Landerwerb hingen die Christen im Norden vom Willen und Mitleid derer ab, die glaubten, das Land zu besitzen. Diese Situation bestand, solange die Nigerianer sich selbst als Nord-, West- oder Ostnigerianer betrachteten, bis zur Unabhängigkeit und sogar darüber hinaus. Selbst die Gründung des Staates und die Einrichtung der Kommunalverwaltungen haben wenig zur Verbesserung der Situation beigetragen.

Aus dem Gesagten lässt sich leicht erkennen, wo der Samen für die Verfolgung gelegt wurde. Aus dieser fernen Zeit kommt das bis heute zu beobachtende Selbstverständnis der Muslime, die sich gegenüber ihren Mitbürgern überlegen fühlen: Sie lebten in einem Umfeld, das sie als Bürger erster Klasse und die anderen als Bürger zweiter Klasse behandelte. Außerdem sorgte eine ungleichgewichtige politische Regelung dafür, dass der Norden über doppelt soviel Fläche und Bevölkerung verfügte wie der Süden, so dass der Norden durch die Wahlpolitik und aufgrund der modernen staatlichen Strukturen die Macht im Staate besaß. Sogar das moderne Nigeria ist lediglich eine Fortsetzung des alten Weges.

2. Erscheinungsformen religiöser Verfolgung in Nigeria

Die Christenverfolgung und -diskriminierung in Nigeria wurden im Laufe des Kampfes um die politische Kontrolle des Landes immer ausgeprägter. Von Anfang an hat die Politik den Nichtmuslimen in Nordnigeria klar zu verstehen gegeben, dass es von Vorteil wäre, Muslim zu sein. Zu diesem Zweck hat die Regierungspartei, die Northern Peoples' Congress, als ihre Philosophie den Slogan „Ein Norden, ein Volk“ verkündet. Doch kaum vier Jahre waren nach der Erlangung der Unabhängigkeit vergangen, als klar wurde, dass es der herrschenden Klasse des Nordens mehr um „Ein Norden, ein Volk, eine Religion“ ging. Der erste Regierungschef Nordnigerias, Alhaji Mohammed Bello, der auch den traditionellen Titel Sardauna von Sokoto trug, startete im gesamten Norden eine massive Kampagne der Bekehrung zum Islam. Wollte man Zugang zu den wichtigen wirtschaftlichen und politischen Institutionen in der Region erhalten, musste man Muslim sein. Die Botschaft war klar: „Wenn du im Staatsdienst vorankommen, im Geschäftsleben erfolgreich sein oder als Politiker Karriere machen willst, musst du zum Islam übertreten.“

Im Bereich des traditionellen Lebens war die nichtislamische Bevölkerung oft islamischen Eliten unterstellt, welche die sozialen und traditionellen Institutionen der Nichtmuslime zerstörten. Lokale Eliten, die ihr Volk regieren wollten, mussten zum größten Teil zum Islam übertreten, da die Zugehörigkeit zur islamischen Religionsgemeinschaft als *conditio sine qua non* für den Weg zum Thron galt, ungeachtet der Tatsache, dass diejenigen, über die man regierte, einer anderen Kultur angehörten und keine Muslime waren. Diese ungerechte Situation bestand noch bis vor kurzem, sie war die Ursache zahlreicher Konflikte und Krisensituationen in Nordnigeria.

Da die Muslime in Nordnigeria die Nichtmuslime in ihrer Mitte als Fremde betrachteten, kam es im Zusammenhang mit dem Erwerb und der Nutzung von Land zu schweren Konflikten. Diese Probleme bestehen bis heute. Wie in den meisten traditionellen Gesellschaften Afrikas wurde auch in Nigeria der Besitz von Land weitestgehend als eine Angelegenheit der Gemeinschaft und der Familie betrachtet, die entsprechend den traditionellen Normen und Gewohnheiten geregelt wurde. 1976 beschloss die Bundesregierung jedoch das Dekret über die Landnutzung, demzufolge den Gemeinschaften und den Familien das Land weggenommen und weitestgehend in den Besitz der Regierung überführt wurde. In Anwendung dieses Dekrets haben die staatlichen Behörden äußerst komplizierte Verfahren für die Verpachtung von Land erarbeitet.

Unter diesen Umständen ist der Erwerb von Land für den Bau von Kirchen oder Schulen zu einem risikoreichen Unternehmen geworden. Selbst wenn die örtliche Bevölkerung aus Christen besteht, wie in den meisten Teilen der Bundes-

staaten Kano, Katsina oder Kebbi, gab es bei den staatlichen Behörden die Tendenz, sie als Verräter zu behandeln. In den letzten hundert Jahren, in denen der Islam zum Motor für wirtschaftlichen und politischen Fortschritt geworden ist, lebten diejenigen Bewohner dieser Staaten, die den Übertritt zum Islam ablehnten, wie beispielsweise die Maguzawa, meist in Armut. Die Fulani, die nicht zum Islam übergetreten sind, sind sogar nomadisierende Hirten geblieben. Viele islamisch dominierte Bundesstaaten sind mit Nachdruck gegen die Kirchen vorgegangen, die der indigenen Bevölkerung westliche Bildung brachten. Der Grund dafür ist die Angst vor der Kraft, die aus dieser Bildung kommt, da die Menschen, die auf diesem Wege Bildung erworben haben, die sozialen Bedingungen, unter denen sie leben, in Frage stellen und für sich und ihre Völker etwas Besseres erstreben. So kommt es, dass das Christentum heute für die meisten Nicht-Muslime in den Nordstaaten Nigerias nicht nur eine Religion ist, sondern auch eine Form des Protests gegen den Islam und eine Form der Behauptung einer neuen Identität. Die meisten Zusammenstöße, Konflikte und Verwerfungen, die Nigeria erschüttern, haben daher ihre Ursache in der Suche nach kultureller und wirtschaftlicher Unabhängigkeit und sind mehr als nur eine reine Glaubensfrage.

Da den Christen systematisch der für den Bau von Kirchen benötigte Grund und Boden verweigert wurde, mussten sie sich oftmals mit Behelfsbauten begnügen, es wurden aber auch Grundstücke zum Kirchenbau verwendet, die Christen für den Bau eines Privathauses erworben hatten. Wenn aber die Kirchen dann auf solchem Grund und Boden errichtet waren, wurden sie oftmals von den islamischen Behörden mit der Begründung zerstört, dass das Grundstück zweckfremd verwendet worden sei und die darauf entstandenen Gebäude also als gesetzeswidrig zu betrachten seien. Viele Hochschulen und Universitäten in den Nordstaaten, darunter auch die der Bundesregierung gehörenden Einrichtungen, besitzen keine Räumlichkeiten für einen christlichen Gottesdienst. Moscheen dagegen gibt es in diesen Bildungsstätten zur Genüge. Und selbst in den vorwiegend von Christen bewohnten Teilen des Landes können Moscheen in derartigen Einrichtungen ungehindert ihre Tätigkeit entfalten.

In wirtschaftlicher Hinsicht stehen die Christen vor großen Problemen. Abgesehen von der schon erwähnten Unmöglichkeit, an der Machtausübung im Lande zu partizipieren, gibt es einen erheblichen Unterschied in der Art, wie der Westen und die arabischen Staaten ihre Rolle für die Entwicklung der fast als Satellitenstaaten zu bezeichnenden Länder definieren. Heute sieht sich die arabische Welt dank ihres Ölreichtums in einer neuen Rolle: Sie will den Koran in jeden Winkel der Welt tragen. Da der Ölreichtum als eines der großzügigen Geschenke Allahs erklärt worden ist, muss das Öl dazu herhalten, Allahs Botschaft zu verbreiten und das Werk des Islam zu unterstützen. Kein Weg ist zu weit und kein

Opfer zu groß, dem Islam zu dienen. Dabei wird nicht nur mit Nachdruck an der Dawah (Evangelisierung) gearbeitet, sondern zwischen Ländern wie Libyen, Saudi Arabien, Kuwait und dem Iran herrscht ein wahrer Wettstreit, sich bei der Verbreitung der Botschaft des Islam zu überbieten. Bei allen ideologischen Differenzen, die bestehen mögen, fällt es leicht, alle Differenzen beiseite zu schieben, wenn es darum geht, das Werk des Islam zu unterstützen.

Von den 60er Jahren, als der Premierminister Nordnigerias mit arabischem Geld eine Kampagne zur Verbreitung des Islam gestartet hatte, bis zu dem „Islam in Afrika“-Projekt, das der inzwischen verstorbene General Yar'adua in Nigeria ins Leben rief, ist der Auftrag der Gleichen geblieben. Die Förderer des Islam sehen in Nigeria eine Plattform; sie glauben, dass eine feste Position in Nigeria fundamentale Bedeutung für die Einnahme des ganzen Kontinents hat, von dem sie meinen, dass er ihnen gehöre. Dieser Besitzanspruch war durch den westlichen Kolonialismus lediglich unterbrochen worden. Leider sprechen die westlichen Länder jetzt von einer nachchristlichen Ära, und die westlichen Geschäftsleute, welche die multinationalen Konzerne vertreten, schicken sich an, sich eher mit dem Islam zu arrangieren, als an die Christen zu denken. Ein westlicher Bauunternehmer wie Julius Berger z. B. findet es leichter, seine Großzügigkeit durch das Bauen (und Spenden) einer Moschee aus Marmor in Abuja oder Sokoto oder Minna zum Ausdruck zu bringen, als den Bau einer Kirche in Nigeria zu unterstützen. Natürlich handelt Julius Berger, wenn er Moscheen spendet, vor allem im Geschäftsinteresse, da unter den Entscheidungsträgern, die Schlüsselpositionen einnehmen und ihn mit riesigen Verträgen belohnen können, so viele Muslime sind. Diese Widersprüche haben jedoch den Muslimen enormen Auftrieb gegeben und ihre herrschende Klasse arrogant und herausfordernd werden lassen. Sie sehen sich gegenwärtig auf der Seite der Sieger und glauben deshalb, dass jeder, der an der Macht teilhaben will, zu ihnen übertreten müsse oder in der Isolierung zu leben habe.

3. Religiöse Verfolgung und die Krise der Säkularität in Nigeria

Nach der neuen politischen Aufteilung Nigerias am 29. Mai 1999 hat die Scharia-Krise mehr als alles andere die Stabilität des Staates erschüttert. Wie ist es dazu gekommen, und inwiefern wirkte sich die Krise auf die Stabilität des Staates aus? Was stand für die Christen und Nichtmuslime in Nigeria auf dem Spiel? Es muss in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden, dass die Frage der Stellung des islamischen Rechts immer Teil unseres nationalen Diskurses war. Denken wir dabei an die 50er Jahre, als die Regionalregierung Nordnigerias kurz vor Erlangung der Unabhängigkeit Delegationen nach dem Sudan und nach Pakistan entsandte, damit diese sich über den Status des islamischen Rechts in einer plura-

listischen Gesellschaft informierten. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen wurden die Grundlage des Strafgesetzbuches, das damals in Kraft gesetzt wurde. Auch in den verschiedenen Verfassungsdebatten in Nigeria (1978/79, 1988/89 und 1995) hatte sich gezeigt, dass der Status der Scharia problematisch ist. In all diesen Debatten ging es jedoch im Wesentlichen darum, einen Weg zu finden, um die Berufungsklagen von den unteren Gerichten direkt an den höchsten Gerichtshof weiterzuleiten. Bei der Frage der staatlichen Scharia-Berufungsgerichte ging es um den Wunsch der Muslime, die sich an ein Gericht mit einem Berufungsstatus wenden wollten, der dem des Obersten Gerichtshofs gleichkam. Das Gegenargument der Experten lautete, dass man in einem Land nicht zwei Oberste Gerichtshöfe haben könne. Dies war die Situation bis zum 29. Mai 1999.

Seitdem die Scharia als Gesetz zunächst erklärt und dann angenommen wurde, haben, beginnend mit dem Bundesstaat Zamfara, die meisten der nordnigerianischen Staaten ähnliche Positionen eingenommen. Dieses im Wesentlichen von den Politikern fabrizierte Problem wurde als Teil der inneren Auseinandersetzungen um die politische Macht in Zamfara verstanden. Jetzt lässt sich der junge Gouverneur in Zamfara feiern und wird als Held verehrt. Vor dem Hintergrund dieses Erfolges werden die Gouverneure der meisten anderen Bundesstaaten von ihren Anhängern unter Druck gesetzt, die Scharia als Rechtsgrundlage anzuerkennen. Die Christen leben in diesen Staaten in ständiger Angst vor Belästigungen und Einschüchterung. Durch die Annahme der Scharia verwandelt sich der bisher säkulare Staat in einen islamischen Staat, wobei die Rechte der nichtmuslimischen Bürger stark beschnitten oder in gesetzeswidriger Weise verletzt werden. Die Frauen sind meist am stärksten von diesen rechtlichen Veränderungen im Staat betroffen.

Bisher waren weder der Präsident noch die Partei in der Lage, den Gouverneur zur Raison zu bringen, und in der gegenwärtigen Situation gibt es sicherlich keinen Weg, die Scharia wieder zurückzunehmen. Den Rückzug zu versuchen, käme für jeden Gouverneur ganz sicher einem politischen und physischen Selbstmord gleich. Wohin gehen wir? In welche Situation bringt das die Christen in den betreffenden Staaten? Ich werde versuchen, auf diese Fragen in meinen Schlussfolgerungen eine Antwort zu finden.

Abschließende Bemerkungen

Die Scharia-Krise muss im Rahmen der Machtverhältnisse in Nigeria betrachtet werden. Wenn man bedenkt, dass die Muslime als Generäle und als Zivilpersonen dieses Land fast dreißig Jahre lang seit der Erlangung der Unabhängigkeit regiert haben, so kann man verstehen, was ein Verlust dieser Macht bedeuten würde. Hinzu kommt, dass Präsident Obasanos Vorliebe für die Pfingst-Gemein-

de und die Art, wie die Pfingst-Gemeinde außerhalb und innerhalb Nigerias reagiert hat, ganz dazu angetan sind, den Muslimen mit der Aussicht auf einen wiedergeborenen christlichen Präsidenten Furcht einzuflößen. Die beste Waffe, um der Scharia Einhalt zu gebieten, wäre ein entschlossenes Vorgehen des Präsidenten gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Denn die Armee der Sharia-Anhänger besteht zum großen Teil aus einer bunten Menge arbeitsloser Jugendlicher im Norden des Landes. Ehrlicherweise muss gesagt werden, dass dies nicht eine spezifische Erscheinung des Nordens ist. Auch anderswo in Nigeria, vom Südwesten, Südosten bis zum Süden ist die Bevölkerung zu Geiseln dieser arbeitslosen Jugendlichen geworden. Deren Terrorakte und bewaffnete Überfälle, derer sich das Land erwehren muss, sind Ausdruck der genannten Widersprüche.

Die Lösung für Nigeria liegt in einem säkularen Staat. Doch wir können nicht über den säkularen Status des nigerianischen Staates sprechen, ohne wirklich verstanden zu haben, warum die Religion im Leben so vieler Menschen in Nigeria gegenwärtig so wichtig ist. Menschen, die körperlich gesund und zum Arbeiten bereit sind, von der Macht auszuschließen und sie in ihren Entfaltungsmöglichkeiten zu beschränken, ist gefährlich. Die in vielen europäischen Städten gegen Einwanderer gerichteten Reaktionen zeigen, dass es bei aller Unterschiedlichkeit der Aktionen im Wesentlichen um die grundsätzlich gleichen Dinge geht. Wir müssen zugeben, dass die Probleme der Armut und des Analphabetentums, hervorgerufen durch die Korruption der herrschenden (muslimischen und christlichen) Eliten, die wesentlichen Ursachen für die jetzige Situation sind. Ein Weg zur Lösung kann nur der Dialog sein, der weiter geht als das, was bisher von der Regierung mit ihrer augenscheinlich begrenzten Sicht zustande gebracht wurde.

Als Reaktion auf den Aufruf, sich mit der Verfolgung von Nichtmuslimen in Nordnigeria auseinander zu setzen, haben Bürger mehrfach von der Gewalt Gebrauch gemacht. Sie halten die Sicherheitskräfte für nicht vertrauenswürdig und meinen, dass sich die Regierung dieser Probleme niemals wirklich angenommen, sondern sich mit dem Bilden von Ausschüssen und Komitees aus der Affäre gezogen hat. Es ist notwendig, die ungerechten Strukturen, welche die Grundlage für die Verfolgung bilden, zu durchschauen. In anderen Teilen unseres Landes verbirgt sich diese Verfolgung hinter der Maske von Stammesproblemen. Die Herausforderung bei der Schaffung einer lebensfähigen Regierungsform liegt in der Beseitigung der Ungerechtigkeit dieser Gesellschaft, die so viele internationale Abkommen in Sachen Menschenrechte und Freiheiten jeder Art unterzeichnet hat. Natürlich müssen wir auch weiterhin die internationale Aufmerksamkeit auf diese Probleme lenken, doch auch die internationale Gemeinschaft muss ihrerseits dazu beitragen, dass sich die führenden Politiker von Ländern wie Nigeria den internationalen Standards und Regelungen anpassen.

Referenten

P. Dr. Hermann Schalück OFM ist Präsident von missio Internationales Katholisches Missionswerk e.V., Aachen

Dr. Johannes Müller SJ, Professor für Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik, ist Leiter des „Instituts für Gesellschaftspolitik“ an der Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München

Dr. Heiner Geißler MdB, Bundesminister a.D., Mitglied des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Dr. Theodor Kampschulte, 1962-1970 im kirchlichen Dienst in Indonesien, war bis 1997 Länderreferent für Indonesien, China etc. beim Bischöflichen Hilfswerk MISEREOR, Aachen.

Edmund Chia ist De La Salle Bruder aus Malaysia und Exekutivsekretär des Büros für ökumenische und interreligiöse Angelegenheiten des Bundes der Bischofskonferenzen Asiens

Schwester Norris Nawab, PBVM, ist Vorsitzende der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der Konferenz der religiösen Oberen in Pakistan.

Antoine Audo SJ ist chaldäischer Bischof von Aleppo, Syrien.

Guy Paul Noujaim ist maronitischer Bischof der Patriarchaldiözese Sarba, Libanon.

Dr. Dr. Louis Sako ist chaldäischer Pfarrer in Mosul, Irak

Drs. Cornelis Hulsman ist Chefredakteur des Religious News Service from the Arab World (RNSAW), Kairo, Ägypten

P. Josef Stamer, Afrikamissionar, Bamako, Mali

Pfarrer George Ehusani ist Generalsekretär des Katholischen Bischofskonferenz von Nigeria, Lagos

